

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg....

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. November 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Genossen! Auf zur Kommunalwahl!
Beseitigt den Freisinn aus der Wählerklasse des Volkes!
Die dritte Wählerklasse gehört der Socialdemokratie!

Zur handelspolitischen Lage.

Demnächst ist ein Jahr vergangen, seit der Exgründer der Zaurahtüte, der Abgeordnete v. Kardorff, als Geschäftsführer einer sich in ihren heiligsten Profitinteressen verlegt fühlenden Zollkammermehrheit im Reichstage jenen Antrag auf Erhebung der Zölle nach Maßgabe der dem Reichstage vorgelegten endgültigen Beschlüsse der XVI. Kommission einbrachte...

Und dieselbe Tonart schlug damals die konservative und teilweise auch die nationalliberale Presse an. Der schwierigste Teil des großen Werkes sei, so hieß es, vollbracht, die Abschließung neuer Tarifverträge sei ein wenig dem Reichstag die Regierung ein relativ leichtes Nachspiel...

Seitdem ist ein Jahr verstrichen, aber bisher hat die Regierung die von ihr übernommene Verpflichtung, auf Grund des „großen Werkes“ der Kardorffschen Tarifreform neue Handelsverträge zu bringen, nicht erfüllt. Dagegen hat sich das agrarische Schwergewicht von der Geneigtheit Russlands zur Annahme der deutschen Mindestzölle als bloße Erfindung zum Zweck der politischen Stimmungsmache erwieisen...

Erst zu Anfang des August, fast acht Monate nach Vilovs Erklärung des Einverständnisses der Regierung mit dem Kardorffschen Antrag, ist es dem auch der preussischen Diplomatenkunst gelungen, die russische Regierung zu Vertragsverhandlungen zu bestimmen oder vielmehr, wie die „Korrd. Allg. Ztg.“ mit feiner Unterscheidung versichert, nur erst zu „einleitenden Verhandlungen“, einer Vor-Konferenz zur Sondierung der gegenseitigen Standpunkte...

Vor einer Woche sind die Verhandlungen von neuem aufgenommen worden, diesmal zur Freude der Agrarier in Berlin. Nach offiziellen Nachrichten sollen sie demnächst gefördert werden, daß sie noch vor Weihnachten beendet werden können...

Wittes die Hebung der russischen Industrie, um die Kapitalkraft Russlands zu mehren und dieses mehr und mehr zu einer geschlossenen selbstständigen Wirtschaftseinheit auszugestalten, welche die von ihr erzeugten Rohstoffe selbst zu fertigen Fabrikaten verarbeitet, anstatt landwirtschaftliche Rohprodukte auszuführen und dafür ausländische Industriewaren einzuführen...

Ein für Russland vorteilhaftes Uebereinkommen kann nur ein solches sein, das die Interessen der russischen Landwirtschaft voll und ganz berücksichtigt; der neuernannte russische Finanzminister, der für die Wahrung dieser Interessen verantwortlich ist...

Zwar ist nach der Erläuterung eines solchen erregierten Agrariers, wie Herr Camp es ist, die Regierung moralisch verpflichtet, die Durchführung der Minimalzölle wenigstens zu versuchen; aber sie bindet die Regierung durchaus nicht, falls dieser Versuch ein Fiasko erleidet...

Und nicht viel glänzender steht es um die Vertragsverhandlungen mit den andern Staaten. Auch mit der Schweiz sind, obgleich in Bezug auf diesen Staat die Verhältnisse relativ am günstigsten liegen, die Unterhandlungen nicht über eine sogenannte „Fühlungsnahme“ hinausgegangen und vorläufig wieder abgebrochen worden...

Unter diesen Umständen ist es zwecklos, schon jetzt Wahrheitsverständnisse über die Annahme oder Nichtannahme der bisher noch nirgends über die allerbestehenden Vorbereitungsarbeiten hinausgediehenen Vertragsentwürfe im Reichstag anzustellen...

Schon gleich nach der Annahme des neuen Tarifs hat das ganze und halbe Freihändlerium der Hansestädte im Verein mit der Hochfinanz deutlich genug verkündet, daß es die Annahme des Tarifs als ein fait accompli betrachte und willens sei für jeden Vertrag einzutreten, der auch nur einigermaßen die Aufrechterhaltung der bisherigen Handelsbeziehungen zum Auslande gewährleiste...

Der Zustimmung dieser Kreise ist also der Regierung ziemlich sicher; zudem aber haben sie im Reichstage doch nur geringen Einfluß, und daß der Nationalliberalismus ernstlich rebelliert, ist nicht zu erwarten. Er wird für jeden Vertrag stimmen, wie dieser auch aussehen mag. So ergibt sich für die Regierung die Aufgabe, die Vertragsvereinbarungen so weit „agrarschutz-zöllnerisch“ zu gestalten, daß aus den Reihen der Konservativen und der Centrumsfraktion so viele Abgeordnete zur nationalliberal-freisinnigen Handelsvertragsgruppe stoßen...

Aber selbst wenn dieser Mißgeschick als so stark erweisen sollte, die von der Regierung eingebrachten Handelsvertragsentwürfe glatt durch die rechts und links drohende Brandung zu bringen, wäre damit erst ein halber Erfolg errungen; denn es bleibt dann noch immer die schwierige Arbeit, auf Grund der neuen Zoll- und Vertragsverträge unser handelspolitisches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika sowie zu Großbritannien und seinen Kolonien zu ordnen...

Außerdem muß aber auch das Zollverhältnis Deutschlands zu England und seinen Kolonien neu geregelt werden. Zunächst wird allerdings das zur Zeit zwischen Deutschland und England bestehende Handelsprovisorium jedenfalls auf ein weiteres Jahr, bis zum 31. Dezember 1904, verlängert werden; aber welchen Ausgang auch immer die jetzigen Chamberlain'schen Zollagitationen haben mögen, zu der Abschließung eines neuen Meißbegünstigungs-Vertrages auf der Basis des früheren, eines Vertrages, der eine gegenseitige Einräumung von Differenzialzöllen zwischen England und den englischen Kolonien ausschließt, wird Großbritannien sich unter keinen Umständen verziehen...

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. November.

## Schiffahrts-Abgaben.

Die Gemeingefährlichkeit der neuesten agrarischen Wünsche, auf die wir gestern hinwies, wird um so offensichtlicher, je spezieller man sich die wirtschaftliche Bedeutung der Abgabefreiheit der natürlichen Wasserstraßen für das deutsche Volk ins Gedächtnis ruft; und ganz besonders gemeingefährlich wird dieser agrarische Vorstoß in dieser Hinsicht wieder für die minderbemittelten Volksklassen, da gerade die Zufuhr der notwendigsten Lebensmittel auf dem Wasserwege stattfindet. Erinnern wir uns nur, daß trotz der verhältnismäßigen Mangelhaftigkeit der deutschen Wasserstraßen nach einer neueren zuverlässigen Berechnung in der Zeit von 1894 bis 1896, die Verhältnisse haben sich seitdem nur wenig verschoben, 90 Proz. der Roggencinfuhr, 88 Proz. der Weizeneinfuhr, 82 Proz. der Hafer- und Gersteneinfuhr auf dem Wasserwege einging! Diese Zahlen erst machen das agrarische neue Axiom völlig klar, das eben nur auf eine Preisdrückerei agrarischer Produkte abzielt und damit auf eine enorme Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel des Volkes.

Die sehr ferner die Ausföhrung dieses neuen agrarischen Wunsches eine weitere Absperrung gegen das Ausland bedeuten würde, erhellt daraus, daß z. B. nach Berechnungen einer der ersten Autoritäten auf dem Gebiete des Wasserstraßenwesens, des Majors a. D. Victor Kars, auf der deutschen Elbe allein 1300 Millionen Tonnenkilometer ausländische, aber nur 300 Millionen inländische Erzeugnisse geföhrt wurden! Und im Jahre 1901 kamen von den 23 Millionen Doppelcentner Weizeneinfuhr allein 18 Millionen auf dem Rheine und 225 000 Doppelcentner auf der Elbe von der Seeher. Und wie Professor Enders 1897 auf der Versammlung deutscher Forstmänner in München hervorhob, treffen von den 5 Millionen Kubikmeter Holz, die jährlich vom Ausland eingeföhrt werden, mindestens 4 Millionen auf dem Wasserwege an Ort und Stelle im Binnenlande ein, während für das inländische Holz die Eisenbahn das Hauptbeförderungsmittel ist. Ja, gerade gewisse Holzarten würden wir überhaupt nicht einföhren können, wenn die Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen die Transportkosten für den Eisenbahnfrachten näherten. So lange nämlich, um nur wieder ein Beispiel herauszugreifen, der Elbenahmari für Rundholz einen Streckenfuß von 3 Pf. pro Tonnenkilometer aufweist, kann russisches Rundholz überhaupt nicht nach Rheinland-Westfalen, 900—1000 Kilometer von der russischen Grenze, transportiert werden, selbst wenn die Russen und das Holz schenken würden! Denn die Fracht würde pro Waggon 282—312 M. betragen und der mögliche Verkaufspreis der Ladung nur 250—300 M. Und genau so ergeht es vielen anderen agrarischen Produkten.

Schließlich wird die Bedeutung dieser Versuche der Einengung des natürlichen und bisher billigsten Verkehrs auch wirtschaftlich dadurch besonders groß, daß Deutschland ein wesentlich anderes Verhältnis zwischen seinen natürlichen und seinen künstlichen Wasserstraßen aufweist wie andere industrielle Länder. Während Deutschland gegenüber 8928 Kilometern natürlicher Wasserstraßen nämlich nur 6271 Kilometer künstliche aufweist, hat Frankreich fast dieselbe Länge künstlicher Wasserstraßen, nämlich 6120 Kilometer bei nur 7884 Kilometer natürlicher Wasserstraßen und England hat sogar mehr künstliche Wasserstraßen als natürliche, nämlich 4882 Kilometer gegenüber 4358 Kilometer natürlichen. Alle Mittel, den Verkehr auf den natürlichen Wasserstraßen noch zu beschranken, müssen selbstverständlich erst recht dazu beitragen, ihn auf den künstlichen Wasserstraßen zu vermindern und damit deren Ausgestaltung verhindern. Und dies ist ja geradezu die sehnlichste Wunsch unserer Agrarier, obwohl in allen Kreisen, die nicht völlig agrarisch verfaßt sind, über die dringende Notwendigkeit dieser Ausgestaltung ja kein Zweifel besteht.

Aus allen diesen Gründen, und in erster Linie aus den rein wirtschaftlichen, gilt es mit aller Macht, diesen neuesten agrarischen Vorstoß schon im allerersten Anlauf zurückzuwerfen!

Besonders in den industriellen und kommerziellen Kreisen der Rheinlande regt sich lebhaft Opposition gegen die agrarische Stromfeindlichkeit.

Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden hat in ihrer Plenarversammlung vom 23. November beschlossen, gegen die eventuelle Einführung von Schiffahrtsabgaben entschiedenen Protest einzulegen, und spricht sich insbesondere auch gegen die Annahme aus, daß die zur Korrektion des Rheines ausgeföhrt Arbeiten dem Strome seinen Charakter als Wasserstraße benommen hätten. Gleichzeitig giebt die Kammer der Hoffnung Ausdruck, daß nicht allein von jeder Maßnahme zur Einführung von Schiffahrtsabgaben abgesehen, sondern daß auch den beteiligten Kreisen durch eine bestimmte Erklärung von berufener Seite die zur gedeihlichen Entwicklung jeder geschäftlichen Thätigkeit erforderliche Ruhe in Bälde wiedergegeben werden wird.

Die sozialdemokratische Fraktion des Straßburger Gemeinderats hat folgende Interpellation eingebracht: „Ist es dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß maßgebend bereits in Preußen die Absicht besteht, die gebührenfreie Schiffahrt auf dem Rheine aufzuheben, und welche Maßregeln glaubt der Herr Bürgermeister dem Gemeinderat vorschlagen zu sollen, die Ausföhrung dieser die Interessen der Stadt Straßburg so schwer in Mitleidenhaft ziehenden Absicht zu hintertreiben?“

Die Vieheinfuhr. Agrarische Organe schlagen Vorn, weil unter den russischen Handelsvertrags-Unterhändlern die Forderung für Veterinärfragen ganz besonders hart vertreten seien. Das schlechte Gewissen der Agrarier entnimmt diesem Umstande die Bekräftigung, die deutsche Regierung könnte geneigt sein, hinsichtlich der Viehsperren Konzessionen zu bewilligen. Die „Deutsche Tageszeitung“ reagiert gewaltig auf:

Jede Abmilderung unserer seuchenpolizeilichen Vorschriften würde den deutschen Viehstand aufs schwerste gefährden. Eine derartige Geföhrtung könnte durch keinerlei Zugeständnisse Deutschlands ausgeglichen werden. Die deutsche Landwirtschaft würde eine derartige Milderung geradezu als einen Schlag ins Gesicht empfinden müssen, sie würde zu der Ueberzeugung gedrängt werden, daß sie wieder einmal der Industrie geopfert werde, die auf eine Befreiung der russischen Differentialzölle für die Landeinfuhr hinarbeitet. Das muß die deutsche Regierung sich selbst sagen. Deshalb hoffen wir, daß sie auf diesem Gebiete nicht die mindesten Zugeständnisse machen werde. Die wirtschaftlichen und die politischen Folgen solcher Zugeständnisse würden in hohem Maße bedenklich sein, nicht nur für die Landwirtschaft sondern auch für die Regierung selbst.

Es ist ganz selbstverständlich, daß sich kein Staat mehr den großen Veterinärwindel gefallen lassen wird, durch den die den Agrariern hörige deutsche Regierung das deutsche Volk sowohl wie das Ausland betrügt. Gesundheitsliche Schutzmaßregeln sollen so wirksam sein wie möglich, die Grenzsperrn für Vieh aber sind durch nichts zu rechtfertigen. Der Herd der Viehsuchen liegt zudem im Ausland. So vermindert sich z. B. der Schweine-Rotlauf nicht, trotz der Grenzsperrn für Schweine. Gerade der Ausschluß der fremden Konkurrenz bewirkt die Verschlechterung der inländischen Viehsundheit, weil auch das minderwertige Fleisch seinen Käufer findet und deshalb die inländische Durchschmuggelung franker Viehs rentabel ist. Die Agrarier wehren sich dem auch mit aller Macht gegen die Verschärfung der gesundheitlichen Kontrolle des inländischen Viehs. Sie waren es auch, welche die Freigabe der Dauschlachtungen, und im preussischen Abgeordnetenhaus das Verbot der nochmaligen Untersuchung in den städtischen Schlachthäusern durchsetzten.

Für die Agrarier ist eben alles ausländische Vieh krank und alles inländische, und hätte es alle Kranheiten im Leibe, ferngesund.

Es ist aber nicht zu verlangen, daß sich das Ausland diese agrarische Logik des Betrugs gefallen läßt.

Gegen das Reichstags-Wahlrecht wählt wiederum die „Post“. Zwar betreibt dieses Blatt augenblicklich den Sport, alle Tataren nachrichten zusammenzulassen, die in irgend welchen Flugblättern über angebliche Noheiten der sozialdemokratischen Wahlmänner sich finden. Immerhin findet es nebenbei noch Zeit und Raum zur Verbreitung seiner höchsten politischen Aufgabe. Die „Post“ läßt sich über „Lehren aus den Landtagswahlen“ schreiben:

„Aus den eben stattgehabten Landtagswahlen ist die Lehre zu ziehen, daß in demselben die politische Einsicht der gebildeten und besitzenden Klassen zum klaren Ausdruck kommt, und daß diese Klassen jede Liebäugerei und jedes Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie unbedingt ablehnen. An Begründung dazu hat es wahrlich nicht gefehlt, auch ein Teil der sonst vernünftigen nationalliberalen Kreise hat verstanden, im Verein mit Barth, Hans Delbrück, Brentano, Raumann und Genossen die Geschäfte der Sozialdemokraten zu besorgen. Sie haben aber nur bewiesen, daß sie Offiziere ohne Soldaten, einflußlose Schwärmer ohne Gefolgschaft im Lande sind.“

Daraus ist die Lehre zu ziehen, daß an dem preussischen Dreiklassen-System mit öffentlicher Abstimmung unbedingt festzuhalten und eine Reform des Reichswahlrechts im selben Sinne in Angriff zu nehmen ist.

Der Terrorismus, welcher seitens der Sozialdemokratie bei den Reichs- und Landtagswahlen geübt worden ist, die Verurteilung einer turbulenten Minderheit, das freie Wahlrecht zu unterdrücken, muß die Frage vor nahe Entscheidung bringen: ob mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht mit geheimer Abstimmung überhaupt eine monarchische Verfassung und eine geordnete Verwaltung auf die Dauer aufrecht zu erhalten ist. Nach den bisherigen Erfahrungen führt dieses Wahlrecht direkt zur Anarchie und zur Pöbelherrschaft, und es dürfte wohl an der Zeit sein, den ersten Versuch zu machen, die Elemente ohne Unterschied der Partei zu vereinigen und zu organisieren, welche willens sind, dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft geordnete, geistliche Verhältnisse zu sichern und zu erhalten. Die Ansätze dazu sind überall vorhanden, es gilt, sie zu sammeln und zu organisieren.“

Das preussische Wahlrecht, das nichts ist als ein einziger Akt brutaler Terrorisierung der Wahlfreiheit des Volkes, gefällt der „politischen Einsicht der gebildeten und besitzenden Klassen“ vorzüglich. Es wäre wunderbar, wenn dieses ausgezeichnete Wahlsystem auch für den Reichstag gelten würde, da das Reichstags-Wahlrecht die Konserwativen von Besitz und Bildung ebenso zur dürrigsten Klammerlichkeit verurteilt, wie das Landtags-Wahlrecht ihnen die ganze Macht im Staate ausliefern.

Es sei bemerkt, daß die „Germania“ dieser Kennerung der „Post“ hündig hinzusetzt: „Die „Post“ sollte doch wissen, daß alles Drängen auf den Umsturz des Wahlrechts zum Reichstage vergeblich ist und am Centrum einen unbegreiflichen Gegner findet.“

In Schimpfleistungen gegen die Sozialdemokratie hat die „Postische Zeitung“ sich durchaus auf die Höhe der verblödeten Reaktionsblätter erhoben. Auf unsern Artikel „Der Kampf um das rote Haus“ erwidert sie:

Die wüsten Ausfälle gegen den Rathhaus-Freisinn werden von niemand ernst genommen werden, wenn man die sozialdemokratische „Parteimoral“ kennt. Man hat gehört, wie die bedeutendsten Führer der Partei über den politischen Eid denken. Man hat vernommen, wie sie den rohesten Terrorismus predigen und Geschäftsleuten, die nicht sozialdemokratisch stimmen, mit dem Nothot drohen. Auf dem Dresdener Parteitag ist dem Schriftstellern der Partei zu Gemüte geführt worden, daß sie in ihren wissenschaftlichen Ausführungen die Grenzen der Partei-Interesses einzuhalten haben, ganz nach dem Muster, das die römische Kurie aufweist, wenn sie die Wissenschaft in die Fesseln des Dogmas schlägt. Und endlich ist der Grundfah mit cynischer Offenheit erklärt worden, daß man zur Wahrheit nur der Partei, nicht dem Gegner gegenüber verpflichtet sei. Daraus erklärt sich genugsam das Treiben des „Vorwärts“ bei den Gemeindevahlen. Sind seine maßlosen, widerwärtigen Beziehungen gegen den Rathhaus-Freisinn wahrheitswidrig, was thut es? Dem Freisinn gegenüber sind die „Genossen“ nicht an die Wahrheit gebunden. Was kümmert es sie, daß die Gemeindeverwaltung die größten Opfer für die minder bemittelten Klassen gebracht hat und fortgesetzt bringt? Zwar wenn Herr Singer diese Wahlartikel liest, könnte er sich schämen; denn er weiß, daß sie nicht begründet sind. Aber im Wahlkampf scheint der Sozialdemokratie jedes Mittel recht. Sie steht völlig jenseits von Gut und Böse.“

Ganz die Kampfesart der — „Post“. Im ganzen Artikel der „Postischen Zeitung“ nicht ein Wort sachlicher Widerlegung der von uns deutlicht und im einzelnen bezeichneten Thatsachen. Nichts als freche Lügen, zusammengelehrt aus dem Nimmstein der Reaktionspresse. Die morgigen Kommunalwahlen werden der „Postischen Zeitung“ beweisen, wie sehr der Berliner Wahlschaff der Sozialdemokratie zum Elend wurde.

## Konservative Wahllügen.

Zu den Wahlschwindelmeldungen, die in der Zeit der Reichstagswahl durch die konservative Presse zogen, gehörte auch die von uns früher mitgeteilte Meldung pommerischer Amtsblätter von einer angeblichen brutalen Messerstecherei, die der sozialdemokratische Flugblattverbreiter Nielle aus Völsin gegen den Gastwirt Jelsch in Völsow, Kreis Belgard-Dramburg, verübt haben sollte. Damals hieß in dem „Dramburger Kreisblatt“ und danach auch in der hauptstädtischen Reaktionspresse:

„Die Maß- und Zügellosigkeit der bei der diesmöglichen Reichstagswahl in unserm Wahlkreise betriebenen sozialdemokratischen Agitation ist, so heißt es in der „Zeitung für Völsin“, der wir diese Ausführungen entnehmen, kaum zu beschreiben. Mit blindem Fanatismus stürzen die willenlosen Werkzeuge der sozialdemokratischen Organisation sich auf ihre Gegner, wenn sie erfahren müssen, daß man ihren Lehren kein Gehör schenkt. Als am zweiten Feiertage nachmittags ein Flugblattverbreiter, der Maurer Karl Nielle von hier, in dem Dorfe Völsow von dem Gastwirt Herrn Jelsch in dessen Hause an seiner Arbeit gehindert werden sollte, schickte Nielle mit einem Taschenmesser auf Herrn Jelsch ein und verletzte ihn so bedenklich, daß Herr Sanitätsrat Dr. Schmidt herbeigerufen werden mußte. Wir wissen nicht, was wir in diesem Fall mehr verurteilen sollen, den gewaltthätigen Charakter des M. oder die sozialdemokratischen Desapostel unres Wahlkreises, welche sich eines solchen Werkzeuges bedienen. Soviel steht aber fest, daß diese ruchlose That einzig und allein auf das Schuldkonto der sozialdemokratischen Partei zu setzen ist, welche bisher zufriedenen Arbeitern die Köpfe verwirrt und sie zu jeder Handlung fähig macht. Wie das sozialdemokratische SM wirkt, zeigt dieser Fall, welcher hoffentlich auch seine gerechte Sühne finden wird, aber noch ganz besonders.“

Die „gerechte Sühne“, so teilt jetzt der Stettiner „Volkshote“ mit, das sei nur kurz vorausgeschickt, hat dieser Fall nun vor kurzen gefunden. Und zwar hat das Kösliner Landgericht den Maurer Nielle freigesprochen. Vor Gericht wurde festgestellt, daß der Gastwirt Jelsch in Völsow der Angreifer war. Nicht Nielle hat sich auf den Gastwirt Jelsch in Völsow im „blinden Fanatismus geföhrt“, sondern umgekehrt: der brave konservative Gastwirt Jelsch hatte sich vorher mit dem Gutsverwalter in Völsow vereinbart, den Maurer Nielle, der dort Verwandte besaß, im „blinden Fanatismus“ zu bedrängen. Der Gastwirt Jelsch mußte vor Gericht sogar selber zugeben, daß er der Angreifer war, daß er den Nielle bedrängte und ihm das von demselben bezahlte Bier ins Gesicht goß. Und nun die Messerstecherei! Dieselben bestanden aus dem abweichenden Vieh mit einem Spazierstock nach dem Angreifer Jelsch. Aber auch die politische sehr interessante

Ursache des konservativen „blinden Fanatismus“ wurde vor Gericht enthüllt. Jelsch sagte vor dem Kösliner Landgericht aus:

„Dem Landratsamt sind wir (die inländischen Besitzer jenes-falls! D. Med.) angefordert worden, vorzubringen, daß namentlich sozialdemokratische Stimmzettel und Flugblätter im Dorfe verteilt würden und da mir mitgeteilt war, daß zwei Zettelverteiler im Orte wären, machte ich mich auf die Suche nach ihnen! Aber die konservative Presse schaute sich nicht, die Thatsachen in das Gegeenteil umzulehren. Ja, diese konservativen Wahlschwärmer zügelbieten sich sogar nicht einmal, auch in ihren Wahlflugblättern diese Lügen zu verwenden. In den Flugblättern, welche die Kandidatur des Landrats z. B. v. Brockhausen empfahlen, hieß es an die „Wähler des Kreises“:

Dagegen haben wir im lieben Pfingstfest den Besuch einer andern Sorte von Menschen gehabt, die sich als besondere Freunde des Volkes ausspielen. Sie haben die heilige Feststille geschändet, die ärgsten Ausschreitungen begangen, den Gastwirt Jelsch am 2. Juni durch Messerstecherei lebensgefährlich verwundet. In ihren Frachten sollt ihr sie erkennen!

So haben die Konservativen bei der Wahl gearbeitet und — gelogen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die konservative Schwindelpresse noch mit keiner Silbe auf die Freisprechung des angeblichen Völsower Messerstechers zurückgekommen ist.

„Die in ihren Grundzügen schwer erschütterte Volkswirtschaft“ bedarf erhöhter staatlicher Fürsorge; darin sind sich alle wahrhaft vaterlands- und freilebenden Parteien im Sinne der „Kösl. Zeitung“ einig. Zur Erreichung dieses Zieles ist zunächst vorgezogen, daß in dem preussischen Etat für 1904 eine bedeutend höhere Summe für Staatspreise eingesetzt wird. Das nationalliberale Blatt fügt gleich hinzu, daß diese Forderung die Zustimmung des Abgeordneten- und des Herrenhauses finden wird, da diese beiden Körperschaften notwendigen Aufwendungen für die Landes-Forstbezüge niemals ihre Genehmigung verweigert haben.“

Auch wir sind fest davon überzeugt, daß diese beiden hohen Häuser gern einen Teil der Steuern des preussischen Volkes zu Kennzwecken bewilligen werden, um so eher, als dasselbe gar nicht darin vertretet ist. Dagegen dürfte der Plan, durch Reichsgeze die Totalfaktor-Steuer wieder herabzusetzen, doch auf Schwierigkeiten stoßen, wenn auch die Regierung, wie bei allen ihren Maßnahmen, dabei das Wohl der wirtschaftlich Schwachen im Auge hat, insofern diese vom überflüssigen Betten abgehalten werden sollen.

Der königliche Kriminalkommissar v. Rantuffel hat bereits eine Abhandlung über „Wettbüreau und Wirtelbuchmacher in Deutschland“ herausgegeben, worin auf die Reformbedürftigkeit des deutschen Kennspotts hingewiesen wird und die Herbeiföhrung geordneter Kennverhältnisse gefordert werde, wie sie eines „civilisierten“ Staates würdig seien. Der Herr Kommissar geht schnell gegen die Buchmacher vor, aber nicht etwa aus sittlicher Entrüstung, sondern weil sie dem Totalfaktor Konkurrenz machen.

Nachdem in dieser Angelegenheit von hoher kultureller Bedeutung bereits geheime Sitzungen stattgefunden haben, deren Ergebnisse vorläufig nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind, darf man gespannt sein, womit die Edeln und Edelsten der Nation das Volk beglücken werden.

Dresden, 26. Novbr. Bei den gestrigen Stadtvorordnetenwahlen errang unsere Partei glänzende Ergebnisse. Bei dem reaktionären Listensystem, das keine Wahlbezirke kennt, sondern der Liste, welche die Mehrheit für die ganze Stadt erreicht, die Gesamtzahl der zu erneuernden Mandate giebt, konnte ein Sieg der sozialdemokratischen Liste noch nicht ermöglicht werden. Die Partei erreichte aber eine Stimmenzahl, die außerordentlich ist gegenüber früheren Wahlen, nämlich 5000—6000, d. h. mehr als das Doppelte der Wählerzahl, die bei der vorjährigen Ergänzungswahl für uns wählte. Noch einmal konnte die konservativ-antidemokratische Clique ihre Liste retten, aber die Stimmenzahl der Sozialdemokratie zeigt, daß die reaktionäre Kleinbürgerliche Herrlichkeit auf kommunalem Gebiet, der letzten Position, die sie in Dresden und Sachsen hat, ihrem Zusammenbruch entgegengeht.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Frage der Handelsverträge. Aus Wien wird uns vom 22. November geschrieben: Ende dieses Jahres laufen bekanntlich fast sämtliche internationale Handelsverträge ab — wenn auch, mit einer Ausnahme, für keinen die vertragsmäßige Kündigung erfolgt ist. Immerhin sind sie aus dem Zustande der Gebundenheit in die Höhe der Kündigungsmöglichkeit getreten: sie können nun jeden Tag mit der Wirkung gekündigt werden, daß sie nach einem Jahre erlöschen. Für Oesterreich-Ungarn ist die Sache um so kritischer, als es seinen autonomen Tarif, die Basis neuer Verhandlungen, nicht fertig gestellt hat, und so ziemlich jede Aussicht geschwunden ist, ihn neuer noch fertig zu bringen, im Gegenteil ventilirt man schon ganz ernsthaft den Gedanken, ihn in Oesterreich mit dem § 14, also auf dem Wege einer unabweidenden Verfassungserlegung, „ins Leben zu rufen“. Doch das sind Zukunftsvorlegungen; was sofort nach einer Lösung verlangt, ist die Neuregelung der Vertragsverhältnisse zwischen Oesterreich und Italien. Dieser Vertrag ist von Oesterreich-Ungarn Ende vorigen Jahres gekündigt worden und tritt somit Ende Dezember außer Kraft. Die Kündigung erfolgte wegen der Weinzollkaufel — die es Italien ermöglicht, Wein nach Oesterreich zu einer weit unter dem Zollfuß sich bewegenden Grenzbezugung einzuföhren. Da die Fortdauer dieser Begünstigung vom 1. Januar 1904 auch für Frankreich gelten hätte müssen und da die agrarischen Kreise in Oesterreich und Ungarn auf ihre Befreiung lebhaft drängten, entschlossen sich die Regierungen zur Kündigung — wohl in der Hoffnung, daß der neue autonome Tarif rechtzeitig fertig sein werde, um auf seiner Grundlage die neuen Verhandlungen zu föhren. Nun besteht aber selbst für den Abschluß eines provisorischen Uebereinkommens eine Specialschwierigkeit. Das ungarische Gesetz macht nämlich für den Abschluß neuer internationaler Verträge die Gesetzgebung des neuen Tarifes zur Voraussetzung — so daß vorher eigentlich gar nicht verhandelt werden darf. Das ist die berühmte Szellische Formel — ein Meisterstück legislativer Ungeheuerlichkeit.

Da beide Staaten den vertragslosen Zustand aber keineswegs wünschen, so soll dennoch ein provisorischer Vertrag zu stande kommen und zu diesem Behufe soll im Reichsrat und im Reichstag eine gesetzliche Ermächtigung ausgesprochen werden, dieses Uebereinkommen mit Italien abzuschließen. Die bittere Frage der Weinzollkaufel soll so gelöst werden, daß Italien wohl ein Ausnahmezoll bewilligt wird — wenn auch kein so niedriger wie jetzt und nur für eine begrenzte Quantität von Weizweinen — was natürlich nicht nach dem Gesetze der Weinproduzenten in Oesterreich und Ungarn ist, die einen Minimalzoll von 20 Gulden Gold begehren. Die Aussicht, daß diese Ermächtigungsgesetze parlamentarisch zu stande kommen werden, ist freilich sehr gering und so wird man sich damit abfinden, daß sich die beiden Regierungen einfach selbst bevollmächtigen. Mit und ohne § 14. Wie man sieht, ist das Verhandeln mit dem Staate des Dualismus alles nur keine einfache Sache.

Rom, 26. November. Die Unterhändler Oesterreich-Ungarns für einen vorläufigen Handelsvertrag mit Italien sind heute hier eingetroffen und werden heute vom Ministerpräsidenten Giolitti, dem Minister des Aeußern Tittoni, dem Schatzminister Luzzatti und dem Minister für Aerbau, Industrie und Handel Rava empfangen werden.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es am Donnerstag zu erregten Szenen. Bei Beginn erklärte Präsident Perczel, der Präsident der liberalen Partei, Baron Podmaniczky, habe schriftlich den Antrag auf Abhaltung von Parallelsitzungen

Im Parlamente eingereicht; hierüber werde morgen am Schluß der Sitzung abgestimmt werden. (Ungeheurer Lärm, Widerspruch links.) Ugron erörtert darauf in längerer Rede, daß die Erklärung des Präsidenten die Hausordnung verlege; über den Antrag mußte die Debatte eröffnet werden. Während der Rede Ugrons sind die Mitglieder der äußersten Linken sehr unruhig. Der Präsident ernennt die Aufseher wiederholt zur Ordnung. Andreas Rath wird, da die Ordnungstrafe bei ihm nichts fruchtete, vor den Immunitäts-Ausschuß gestellt werden, wo über ihn wegen systematischer Außer Achtlassung abgeurteilt werden wird. Dem Präsidenten wird unter andern leidenschaftlichen Juristen vom Abgeordneten Horvath das Wort Vandit ins Gesicht geschleudert. Der Präsident rügt dieses Wort. Hierauf spricht Ministerpräsident Graf Tisza; seine Rede ist bei dem fortwährenden Lärm nur schwer verständlich. Er kommt unter andern darauf zu sprechen, daß gewisse Bestimmungen der Hausordnung auf einer Verständigung der Parteien beruhen. Nikolaus Bartha (Szederkengipartei) ruft dazwischen: Die Vorteile dieser Verständigung haben Sie in die Tasche gesteckt. Der Ministerpräsident erwidert: Sprechen wir nicht von der Tasche, worauf Bartha ruft: Ich bin kein verkrachter Wanddirektor! Geza Gajary (lib.) schreit daraufhin: Man hat Sie einen Schurken genannt; widerlegen Sie das! Dadurch veranlaßt, stürzt der Oppositionelle Erner drohend auf Gajary los. Die Abgeordneten schoren sich im Halbkreise; aus dem ungeheuren Lärm tönen hin und wieder leidenschaftliche Ausrufe hervor. Man glaubt jeden Augenblick, es werde zu Thätlichkeiten kommen. Der Präsident suspendiert daher die Sitzung. Nach Wiederaufnahme der Sitzung lehnt der Ministerpräsident seine Rede fort. Er erklärt, es erfülle ihn mit besonderer Gemüthsruhe, daß Ministerpräsident v. Koerber in seiner geistigen Rede eine so präzise, dem ungarischen Staatsrechte völlig entsprechende Erklärung über die gemeinsamen Institutionen abgegeben habe; man könne weder von einem Siege noch von einer Niederlage sprechen, er gebe einfach seiner Freude Ausdruck, daß Koerber die Gelegenheit ergriffen habe, um in so befriedigender Weise zur Schlichtung der schwebenden Differenzen beizutragen. (Lebhafte Beifall rechts.) Redner appelliert dann nochmals an den Patriotismus der Opposition und bemerkt, alle, die diese unheilvolle, die Verfassung gefährdende Obstruktion trieben, würden bittere Wortwürfe treffen. Bei dem Vorschlage des Präsidenten, auf die morgige Tagesordnung auch die Abstimmung über den Antrag auf Parallelsitzungen zu setzen, schreit der zur Opposition gehörende Schriftführer Rathay: Das ist nicht gerecht. Darauf ruft die Regierungspartei: Wie können Sie es wagen, vom Siege der Schriftführer aus dergleichen zu sagen! Unter großer Erregung wird die Sitzung geschlossen.

### Frankreich.

**Vom Streit der Weber in St. Quentin.** Die Stadt ist voll von Militär, was der Gemeinde jeden Tag ca. 1000 Fr. kostet. Die Reaktionsäre freuen sich dessen, weil die Verwaltung der Gemeinde in sozialistischen Händen liegt. Nach den Mitteilungen, welche die „Petite République“ von ihrem Korrespondenten erhält, hat der Streit auch einen politischen Hintergrund. Danach wollen die Unternehmern, die bei den Kommunalwahlen 1900 unterlegen sind, durch die Einführung des Dreifach-Systems unter Herabsetzung des Lohnes um 25 Prozent etwa 1000 der anfänglichen Weber übermäßig machen und zum Fortziehen zwingen. Damit würden den Sozialisten die Stimmen verloren gehen. In der Lage des Streits selbst ist eine Aenderung nicht eingetreten.

**In Armentières** ist nach Ablauf der ersten Arbeitswoche die versprochene Entschädigung und Lohnhöhung richtig an die Arbeiter zur Auszahlung gelangt. Die Fabrikanten haben sich also vollkommen in ihre Niederlage gefügt.

### Italien.

#### Prozess Terzi-Bettolo.

**Rom, den 23. November.** (Fünfter Verhandlungstag.) Der heutige Tag beginnt mit der Mitteilung des Präsidenten, daß an Stelle des Intendanten-Vizeverwalters Vettori der Anwalt Borgoni getreten ist.

Es werden darauf die folgenden Zeugen der Zivilpartei verhört: Florio, der sich über ein von Bettolo vorgeschlagenes Gesetz über die Handelsmarine auspricht. Casini, ein Ministerialbeamter, der Konteradmiral de Crespi, der Oberinspektor der Marinekonstruktionen Martinez, der Vorkammardall'Orso, der Direktor der Eisenwerke und Hochöfen „Terni“ Vettini, der Präsident der Handelskammer von Genoa Romairone und der Buchhalter und Konkursverwalter Viale.

Es handelt sich im wesentlichen darum, folgende Punkte zu klären: Aus welchen Gründen erklärt sich das Auffesseln der Terni-Affäre nach Bettolos Berufung zum Minister? — welche Beziehungen bestanden zwischen einigen Bettolo nahestehenden Finanzleuten und einem Genueser Vorkammard Scartazzini, der Bankrott gemacht hat und dessen Bücher trotzdem nicht bei den in Betracht kommenden Behörden deponiert wurden? — war der Lieferungsvertrag in der Höhe von 20 Millionen, den Bettolo der Terni gab, im Interesse der Marineverwaltung?

Das Auffesseln der Affäre wollten die Zeugen auf den Umstand zurückführen, daß gerade damals die Terni durch ein einer Marinekommission vorgeschicktes Experiment die Leistungsfähigkeit ihrer Panzerplatten bewies. Von den Ursachen der Vergünstigung Scartazzinis geben die Zeugen an, nichts weiter zu wissen. Sie wollen allerdings gehört haben, daß er infolge großer Zahlungen, die er den auf Haupte der Terni-Affäre spekulierenden Herren zu machen hatte, seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Auch, daß seine Register nicht veröffentlicht wurden, um niemand zu kompromittieren. Die Zeugen meinen aber, Bettolo sei nicht dabei beteiligt gewesen. Schließlich halten die darüber befragten Zeugen dafür, daß der Staat, als die „Terni“ mit den großen Lieferungsverträgen betraut wurde, tatsächlich entweder neue Panzerschiffe brauchte oder die alten reparieren lassen mußte.

Alles in allem war der Tag ruhig, die große Zurückhaltung der Zeugen machte aber einen der Zivilpartei nicht günstigen Eindruck. Der Prozess wurde auf morgen vertagt.

**Ein Advokatenstreik.** Rom, 23. November. Gestern sind die Rechtsanwälte des Appellhofes von Aquila (Abruzzen) in einen regelrechten Streik eingetreten. In diesem Schritte haben sie sich genötigt, um Verhältnisse zu beseitigen, die ihrem Stande und der Verwaltung der Justiz überhaupt in hohem Maße unzulässig sind. In Aquila sind nämlich seit mehreren Jahren mehrere Richter untereinander, mit den Staatsanwälten und Advokaten verbandt und verchwägert und folgen in der Erfüllung ihrer Berufspflicht mehr dem Familien- als dem Rechtssinn. In ganz Aquila und Umgebung pflegt man seit langem zu sagen, daß der dortige Appellhof mehr Gefälligkeiten erweise als Urteile fällt. Bereits im vorigen Sommer war eine Ständevertretung der Advokaten von Aquila beim Justizminister, um die Beseitigung des Mißstandes zu fordern. Da trotz der empfangenen Versicherungen keiner aus der Verwandtschaften verweist wurde, beschlossen gestern die Rechtsanwälte den schon dem Minister angedrohten Streik. Sie verlangen Neubesehung der Richterstellen und erklären, bis zur Erledigung dieser Forderung jede Thätigkeit bei Zivilprozessen zu verweigern. Wird ihrem Wunsche nicht Genüge geschehen, so werden sie den Streik auch auf die Strafsachen vor dem Appellhof und vor den Assisen ausdehnen.

### Rußland.

#### Aus den litauischen Gefängnissen.

In Grodno ist das Gefängnis überfüllt. Es sitzen dort politische Gefangene aus Valupol, Suwalki, Klein, Delsa und den benachbarten Städten. Die Verpflegung der Gefangenen ist

miserabel: drei russische Pfund Brot pro Tag, warmes Wasser morgens und abends und Grütze zu Mittag — das ist alles. Für 9 M. monatlich kann man eine Suppe mit einem Stück Fleisch erhalten. Die verhafteten Arbeiter können aber 9 M. nicht bezahlen.

Ungefähr dasselbe ist im Wilnaer Gefängnis. Die Gefangenen klagen, daß das Essen schmutzig und aus Faulnis riechend ist. Es ist nicht zu essen. Wenn ein Gefangener den Arzt in Anspruch nimmt, so erhält er die Antwort: „Trinken Sie etwas warmen Thee, da wird's schon besser.“

Eines Tages besam ein Kriminalist beim Abend-Appell einen heftigen Wutsturm. Die Gefangenen wollten nach dem Arzt laufen. Der diensthabende Beamte verbot es aber; erst müsse der Appell beendet sein. Als der Arzt kam, war der Gefangene schon tot. Unter den Gefängnisärzten befindet sich auch der berüchtigte Michajlow, der sich durch seine bestialische Roheit bei der Massen-auspeithung der Maidemonstranten von Wilna im vorigen Jahre ausgezeichnet hat. Legitim wurde Michajlow im Gefängniskorridor mit dem litauischen Auf: „Weg mit dem Henker“ und einem Hagel von rohen Kartoffeln und Brotkrumen empfangen. Er floh so schnell wie möglich.

In den Gefängnissen von Wilna saßen nach der letzten Feststellung unserer Genossen folgende politische Gefangene:

In Nr. 14 am 20. Juni: 1. Poles Kowicz. 2. Jan Karimajzn. 3. Adolf Karimajzn. 4. Wertha Kowicz. 5. Dwarja Pupo. 6. Janiel Pupo. 7. Benjamin Pupo. 8. Manter Pupo. 9. Stanislaw Trusiewicz. 10. Poles Willmierski.

Im Gefängnis Antokol am 10. Juli: 1. Fritz Steinberg, Landmann aus Kurland, verhaftet am 24. September 1902 in Kowno mit über 300 Pfund polnischer, russischer und lettischer Schriften. Er sah vorher in Kowno in Untersuchungshaft. Am 12. Mai wurde er in Wilna zu 3 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Polizei-Aufsicht verurteilt. 2. Wolf Eric, Maler. 3. Elias Sergin, Klemptner. 4. Werdach Sapoznik, Druker. 5. Jostel Gieslman und 6. Motel Gajdoski, Strumpfarbeiter. 7. Szymul Szymulman, Bildhauer. 8. Nordese Kaplan, Arzt. 9. 10. 2—8 in Untersuchung wegen der Demonstration im Wilnaer Theater vom 2. März 1903. 9. Mathias Valtysis, am 6. Oktober 1902 auf dem Wilnaer Bahnhof mit 100 Pfund Schriften verhaftet. 10. Anton Rozer, Gerber und 11. Stanislaw Mackiewicz, verhaftet am 29. September und 6. November 1901 in der Sache des Streits von Smogon. 12. Israel Hymnan, Handlungsgehilfe, verhaftet zum drittenmal am 2. April 1903; man fand bei ihm 10 Pfund Schriftsatz. 13. Stefan Walukiewicz, Gerber, war 1897 auf 4 Jahre nach Sibirien verbannt; nach seiner Rückkehr unter dem Verdacht der Flugblattverbreitung am 31. Mai 1903 verhaftet. 14. Wladyslaw Walukiewicz, Gerber, verhaftet am 15. April 1903. 15. Joseph Valtroszkojts, Maler, verhaftet am 19. Mai 1903. 16. Franz Rutkiewicz, Schüler der technischen Schule in Wilna, verhaftet am 20. Mai 1903. 17. Janiel Kaganowicz, verhaftet 10. April 1902. 18. Wulf Dondzj, verhaftet 2. April 1902. 19. David Gopner, verhaftet 11. April 1903; man fand bei ihm Schriftsätze und die Photographie von dem Wahl-Klientel-Ledert vor. 20. Gabriel Kreczmer, Lehrer; Schriftsätze und Schriften waren bei ihm. 21. Franz Japalok, Landmann, verhaftet 24. April 1903. 22. Laska Andruszowski, Klemptner, verhaftet 11. April 1903; man fand bei ihm Flugblätter der P. P. S. 23. Alfons Dofalski, verhaftet 1903 beim Ankleben von Flugblättern der P. P. S. Das Urteil lautet: 6 Monate Gefängnis, 3 Jahre Verbannung. 24. Alfons Krasowski, Schuhmacher, verhaftet 28. Mai 1903; man fand bei ihm Flugblätter der P. P. S. 25. Abram Gieslman. 26. May Epstein. 27. Jurdzj Szymel. 28. Schmidt. 29. Janiel Zabinski. 30. Janiel Margolis. 31. Szymul Gajdoski. 32. Szalam Mejerow; zu 25 bis 32 verhaftet im Mai 1903 bei einer Verammlung im Walde. 33. Szejpiel Zeller. 34. Jojne Kagan. 35. Josef Kemzer. —

## Nach den Landtagswahlen.

### Das Ende des Freisinn.

Es wird uns geschrieben:

Das Wahljahr 1903 hat einen Tiefstand der Freisinnigen, namentlich in Preußen, aufgedeckt, der es fast ausgeschlossen erscheinen läßt, daß von ihnen im Kampf gegen die Reaktion irgend etwas Remmeswertes zu erwarten ist. Dabei denken wir noch gar nicht an die politischen Sünden, sondern nur an deren äußere Symptome — die zahlenmäßig festzustellende Schwäche. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß bei einer künftigen Landtagswahl in Preußen ein etwaiges Entgegenkommen der Freisinnigen seitens der Sozialdemokratie mit der Frage: „Was kannst Du armer Teufel bieten?“ abgelehnt werden muß; es sei denn, daß sich die wenigen einsichtigen, wohlhaft liberalen Elemente in ihnen, ad, so gelichteten Reihen zusammenschließen, dann an der Seite der Sozialdemokratie im großen Kampf gegen die Reaktion mit streiten könnten.

Die Freisinnigen dürfen sich für ihre Mißerfolge bei der Landtagswahl nicht auf das elendeste aller Wahlsysteme berufen; das Selbstadrecht ist ihnen vielfach günstig; zudem hatte die konservative Presse die Parole: „Unterstützung der Richterschen“ ausgegeben, die diesen denn auch reichlich zu teil geworden ist — so darf auch die Deffenlichkeit der Wahl für sie keine Entschuldigung abgeben. Das verbietet aber vor allen Dingen das vernichtende Urteil der geheimen Abstimmung bei der Reichstagswahl. Mit besonderer Energie wurde diesmal der Kampf geführt; von der mächtig gestiegenen Zahl der Wahlberechtigten gingen in Preußen 75,5 Prozent zur Reichstagswahl gegen 68,4 Prozent im Jahre 1898. Abgesehen von der Reichspartei, den Antisemiten und dem Bund der Landwirte hatten alle andern Parteien wenigstens eine Zunahme der absoluten Stimmenzahl zu verzeichnen, wenn sie auch mit Ausnahme der Nationalliberalen und Polen relativ mehr oder weniger zurückgegangen waren. Die freisinnige Volkspartei dagegen, die 1898 aus preussischem Gebiete noch 432 970 Stimmen für ihre Reichstagskandidaten gezählt hatte, erhielt 1903 nur 386 411 Stimmen!

Wir entnehmen unsere Zahlen, die sich sämtlich auf das Ergebnis der Reichstagswahlen innerhalb Preußens beziehen, dem Bericht des kaiserlichen Statistischen Amtes für 1903. Die freisinnige Vereinigung, deren parlamentarische Vertreter sich im denkwürdigen Kampf gegen den Zollwucher den Sozialdemokraten angeschlossen hatten, erhielt 154 204 Stimmen gegen 139 400 im Jahre 1898; auch relativ war sie nur wenig zurückgegangen, sie hatte 2,7 Proz. der gültig abgegebenen Stimmen erhalten gegen 2,9 Proz. im Jahre 1898. Dagegen war die freisinnige Volkspartei von 9,2 im Jahre 1898 auf 6,7 Proz. im Jahre 1903 zurückgegangen, ihre Stellung hatte sich fast um ein Drittel verkleinert — alles das unter dem Reichstags-Wahlrecht, für das sie ja voll und unentwegt eintreten — wie sie sagen. Und wie sieht es nach der Landtagswahl aus?

Vergeßlich hatte der geistig bei weitem überlegenste Führer der freisinnigen Vereinigung — Dr. Theodor Barth — zu einem kraftvollen Vorstoß gegenüber der Reaktion geraten, einem Vorstoß, der, wie er klar erkannt hatte und scharf hervorhob, in Preußen nur noch in Verbindung mit der Sozialdemokratie geschehen kann. Seine Parteigenossen folgten ihm nicht; in würdigem Stolz lehnte Barth es ab, unter diesen Umständen überhaupt zu kandidieren, er hat seinen Anteil an der Schmach der übrigen. Und das Ergebnis für diese? Die freisinnige Vereinigung hat acht Mandate behauptet — oder neun, wenn man ihr den wildliberalen Wollast in Kiel zurechnet —, und zwar mit starker Majorität in Stettin, wo alle Nationalsozialdemokraten einschließlich der Konservativen für sie eintreten. Leidlich in Königsberg, wo sie neben einem Volksparteiler und einem Nationalliberalen ein Mandat verteidigte, sehr schwach in Danzig,

wo zwei ihrer Kandidaten nebst einem Volksparteiler nach Gängen und Vängen mit wenigen Stimmen Majorität durchkämen; — beteiligt sich in Danzig bei gleichem Wahlsystem das nächste Mal die Sozialdemokratie, so genügt ihr der geringste Erfolg, um das Schicksal der Danziger Freisinnigen in Händen zu haben. Die übrigen vier Mandate verbandt die freisinnige Vereinigung ausschließlich den nationalen Verhältnissen, unter denen die braven deutschen Bürger sich mit Außerachtlassung politischer Fragen gegen die Polen zusammenschließen. Drei der freisinnig-vereinigten Abgeordneten gemessen so den Vorzug, mit je einem konservativen Abgeordneten gemeinschaftlich gewählt zu sein, während der vierte zusammen mit zwei Freikonservativen von denselben Wahlmännern erkoren wurde.

Aber auch mit den „Unentwegten“ am Richter sieht es traurig aus. Ihr Königsberger und Danziger Mandat haben wir bereits erwähnt und beurteilt. Sie behaupteten ferner mit starken Majoritäten Berlin I, II, IV mit zusammen sieben Mandaten, Nordhausen und Hagen-Schwelm mit drei Mandaten und Frankfurt a. M., wo neben ihrem eigentlichen Mitglied der deutsche Volksparteiler Dejer gewählt wurde. Sehr schwach war ihr „Sieg“ in Berlin III, wo sie das nächste Mal ziemlich sicher der Sozialdemokratie werden weichen müssen. Die fünf neuen Siege, die sechs Verluste gegenüberstehen, verdanken sie den Zusammengehen mit den Nationalliberalen! Frankfurt-Lebus und Liegnitz-Gahndau nahmen die vereinten Nationalliberalen und Freisinnigen den Konservativen ab; in Lennep-Remscheid überließen die Nationalliberalen eins ihrer drei Mandate den Freisinnigen, während in Halle-Saalkreis und Elberfeld-Varmen je ein freikonservatives Mandat einem Freisinnigen zufiel, indem die Nationalliberalen, um sich selbst das bisher mit Hilfe der Konservativen erlangte Mandat zu sichern, diesmal einen Pakt mit den Freisinnigen schlossen. Die beiden Siege in Elberfeld und Halle verdankt die freisinnige Volkspartei dem Vordringen der Sozialdemokratie; die Nationalliberalen sahen sich veranlaßt, das Kartell mit den Freisinnigen zu lösen, weil sie mit diesen zusammen nicht mehr auf die Majorität der Wahlmänner rechnen durften; hatte doch schon im Jahre 1898 die Sozialdemokratie in Halle 81, in Elberfeld 177 Wahlmänner durchgebracht, während sie jetzt 120 und 219 erhielt.

Außer den erwähnten 22 Mandaten verdankt die freisinnige Volkspartei ein Mandat ebenfalls der „polnischen Wirtschaft“, indem in Bromberg ein Wasserhändler neben einem konservativen und einem Freikonservativen dem Geschmack der deutschen Wahlmänner zusagte!

Haben wir unter Hinweis auf ihre Stimmenzahl bei den Reichstagswahlen mindestens der freisinnigen Volkspartei das Recht abgesprochen, sich auf das Wahlsystem zu berufen, so müssen wir den Freisinnigen auch das Recht absprechen, zu behaupten, die Sozialdemokratie habe ihren Vorstoß gegen die Reaktion gememmt. Wir sind so frei zu behaupten, daß es sich um einen ernstlichen Vorstoß gar nicht gehandelt hat. Das folgt nicht nur aus dem Mangel einer ernsthaften Agitation — ist doch eine freisinnige Wahlbeteiligung überhaupt nur in verhältnismäßig wenigen Kreisen zu verzeichnen —, sondern auch aus dem Umstand, daß die ärgsten Reaktionsäre an der Unterstützung der Freisinnigen nicht den geringsten Anstoß nahmen — unter der an sich schon wenig imponierenden Löwenhaut war Schmid der Schreiner zu deutlich sichtbar. Aber weiter: als 1898 die Leg. Rede drohte und sich bei der noch unentschiedenen Stellung der Sozialdemokratie den Freisinnigen die glänzendste Gelegenheit bot, sich als Vorkämpfer bei einem Vorstoß gegen die Reaktion zu zeigen, wo blieb 1898 der freisinnige Vorstoß? Der Stuttgarter Parteitag hatte es den Genossen der einzelnen Kreise überlassen, ob und wie sie sich an der damals bevorstehenden Wahl beteiligen wollten, in den wichtigsten Kreisen, so in Teltow-Deestow und Nieder- und Oberbarnim, hatten die Parteigenossen, wie in Berlin, Wahlenthaltung beschlossen. Damals haben private Besprechungen mit Führern beider freisinnigen Gruppen stattgefunden — natürlich gesondert —, um sie zu ausgedehnterem Vorgehen zu bewegen; bei einigermaßen energischer Agitation, so wurde ihnen in Aussicht gestellt, würden unsere Parteigenossen ihnen vielfach ihre Stimmen geben, auf die ja die eigne Partei keinen Anspruch machte. Vergeßlich — die Führer sahen die Wichtigkeit solcher Ausführungen ein; aber der Stumpf sinn ihrer Philistergarden erlaubte keine energischen Schritte, kleinlicher Egoismus lähmte selbst die Lust zu einem Versuch. Und diese Leute sollten jetzt einen Vorstoß geführt haben und nur durch die „perfide Taktik“ der Sozialdemokratie gehemmt worden sein? Ach nein, umgekehrt wird ein Schuh daraus; die kleinen Erfolge von 1898 verdankten die Freisinnigen nur dem Eingreifen der Sozialdemokratie, was sie in Frankfurt a. M. mit zwei, Breslau mit drei und Götting-Lauban mit drei Mandaten auch dankend anerkannten. Und sollte es noch eines weiteren Beweises bedürfen, wie wenig die Freisinnigen ernstlich der Reaktion zu Leibe gehen wollten, so liefert ihn ein Blick auf die Stichwahlstatistik der Freisinnigen bei der letzten Reichstagswahl. Mit vollem Recht spricht Theodor Barth es aus: Der Liberalismus hat durch sein ganzes Verhalten „den Glauben an den Ernst seines Kampfes gegen das elendeste aller Wahlsysteme erschüttert.“

Die preussische Sozialdemokratie ist in diesem von ihr jetzt allen Ernstes angenommenen Kampf auf sich allein angewiesen; sie wird ihn umso entschlossener und erbitterter weiterkämpfen!

### Freisinnsmoral.

Zur Rechtfertigung ihrer Verräterei greifen die freisinnigen Volksparteiler zu Wahrheitswidrigkeiten aller Art. In Breslau leistet der Redakteur Dr. Dehke von der „Breslauer Zeitung“, ein Nichtermann unentgeltlich ein Stück, um das ihn die „freisinnige Zeitung“ weiden könnte. Er verteidigt das klägliche Verhalten des Breslauer Liberalismus; es könne kein Zweifel bestehen, „daß eine Verbrüderung mit der Sozialdemokratie die Chancen des Liberalismus nur verkleinert haben würde“; „die Sozialdemokratie ist eben einflussreicher noch nicht händnisfähig“; „zunehmende Rigorosität und Gemeinheit eines Teils der sozialdemokratischen Presse“; das Vorkommen will „von einer Verbrüderung mit der Sozialdemokratie, in welcher Form auch immer, absolut nichts wissen“; es sei gut, daß der Freisinn in Breslau die Verbrüderung mit der Sozialdemokratie abgelehnt habe. Dr. Dehke schließt:

„Wir sind nunmehr das Odium, das in Form eines Verdachtes heimlichen Vaktierens auf uns lastete, endgültig los. Wir marschieren der Zukunft entgegen mit leichterem Gepäck. Die Prinzipientreue und Festigkeit, die wir am Freitag bewährt haben, wird uns neue Sympathien im Bürger-tume eintragen.“

Es wäre überflüssig, das liberale Gerede von den sozialdemokratischen Verbrüderungen nochmals als das zu kennzeichnen, was es ist, als blöden Versuch, die liberale Thätigkeit zu bedauern. Die Breslauer „Volkswacht“ ist aber in der Lage, alternmäßig nachzuweisen, wie durchaus verlogen das Verhalten der Liberalen in dem besonderen Breslauer Fall ist:

„Es war vor zehn Jahren, 1893, als der Breslauer Freisinn den Versuch machte, der Reaktion die drei Landtagsmandate wieder abzukämpfen. Er mochte sich wohl damals schon zu schwach fühlen, um das Werk aus eigener Kraft zu vollbringen. Deshalb begabten sich die freisinnigen Führer zu dem damaligen sozialdemokratischen Vertrauensmann Emil May und veranlaßten ihn und mehrere andere Genossen, ein Flugblatt „an die Breslauer Arbeiter“ loszulassen, in welchem für die Unterstützung freisinniger Wahlmänner und freisinniger Abgeordneter Stimmung gemacht wurde. Schon 1893 schaute man den Pakt mit den Sozialdemokraten trotz gefährlicher Prognosen und „abschreckender Theorie“

nicht, man suchte im Gegenteil die Unterstützung solch gefährlicher Patrone für die freisinnigen Wahlen zu finden.

Fünf Jahre später. Wieder ging's zur Landtagswahl. Unter Anleitung des Genossen Bruns beteiligten sich 1898 die Sozialdemokraten Breslaus zum erstenmal offiziell und selbständig an dieser Wahl mit dem Erfolge, daß sie 88 Wahlmänner-Mandate erwarben. Der liberale Gedanke war auch diesmal nicht kräftig genug gewesen, um den Sieg sich zuzuwenden, und abermals trat der Freisinn an die offizielle Vertretung der Breslauer Sozialdemokratie heran mit dem Ersuchen, ein Bündnis abzuschließen. Zuerst erhoben uns Genossen damals schon die Forderung auf Abtretung eines Mandats, ließen sich aber im Laufe der Verhandlungen von den Freisinnigen überzeugen, daß die Forderung „diesmal“ noch nicht zu verwirklichen sei. Gegen eine Minderheit wurde 1898 das Bündnis mit dem liberalen Bürgerturn abgeschlossen. Und als der Pakt den erwarteten Erfolg gezeitigt hatte, da bedankten sich mittels Interzats in der „Volkswacht“ die Freisinnigen bei ihren roten, „gefährlichen“ und „absprechenden“ Bundesbrüdern für die gehaltenen Treue.

Durch eine auf unserer Seite verübte Ungeschicklichkeit erfolgte 1900 die Kassation der Breslauer Wahl laut Beschluß des Abgeordnetenhauses. Zum drittenmal stritten die „Bürger“ die Bruderhand aus nach der schwierigen Fäust der bündnisunfähigen Sozialdemokraten. Wieder schlugen wir ein, wieder siegte der Freisinn, wieder Lobeshuldigungen der liberalen Blätter über die vernünftige Haltung der Bundesbrüder von der roten Partei.

Und zwischendurch laufen mancherlei Posten sekundärer Natur... Treulich haben wir jedesmal unser Versehen gehalten, dankbar haben die Freisinnigen das stets anerkannt und heute kommt Herr Dehße, um uns zu beweisen, daß wir bündnisunfähig sind.

Diese Bündnisunfähigkeit trat erst in dem Augenblick ein, als wir ein Mandat forderten, vorher hat man sie nicht gemerkt...

Diese Erinnerungen der „Volkswacht“ an einstige Freisinn-Bereitschaft, sich durch die Sozialdemokratie Vorteile zuzugewinnen zu lassen, beantwortete Dr. Dehße durch Fortsetzung ebenso hochmütiger wie unwahren Darstellungen: es sei richtig und spreche für die Vorurteilslosigkeit der Liberalen, daß es „von freisinniger Seite in Breslau an wohlwollenden Versuchen, eine gewisse Verständigung mit der Sozialdemokratie wenigstens in einigen Fällen herbeizuführen, in früheren Jahren nicht gefehlt hat“, aber „nie hat unsre Parteileitung ein Abkommen dahin getroffen, den Besitzstand mit der Sozialdemokratie zu teilen, sie ist nicht einmal so weit gegangen, die freisinnigen Wähler in irgend einem Falle dazu aufzufordern, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Vorschläge letzterer Art sind zwar in früheren Jahren im Schoße der Parteileitung ausgetauscht, aber schließlich doch jedesmal abgelehnt worden.“

Die „Volkswacht“ setzt diesem dreifachen Ablehnungsversuch die Veröffentlichung dieses Rundschreibens entgegen:

Stadtverordnetenwahl.

III. Abteilung, Bezirk 20.

Breslau, Dezember 1900.

Sehr geehrter Herr!

Die sozialdemokratische Partei empfiehlt ihren Parteifreunden, in der Stichwahl im Bezirk 20 und 24 für die freisinnigen Kandidaten Rende, Müller und Schleifer zu stimmen.

Wir empfehlen unsrerseits unseren Parteigenossen im 20. Bezirk dringendst, in der Stichwahl für die sozialdemokratischen Kandidaten, die Herren

Tischler Hermann Wrofig

und

Köpfer Hermann Neuberger

zu stimmen.

Der diesem unsrem Rate folgt, bekämpft die Reaktion und fördert gleichzeitig die Wahl unsrer Kandidaten im 20. und 24. Bezirk.

Das Wahlbureau der vereinigten freisinnigen Parteien.

Simon Heilberg.

Das freisinnige Bezirks-Wahlkomitee.

In den Unterzeichnern dieses Rundschreibens gehörte unter andern Freisinnanhängern auch — Dr. Dehße!

Es ist danach unausweichlich festgestellt, daß der Freisinn stets gegen die sozialdemokratische Hilfe nahm, besonders wenn unmittelbare Gegenleistungen nicht gefordert wurden, daß er aber neuerdings das frühere Verhalten fortzujagen sich bemüht und die einst heiß umwordene Sozialdemokratie unsinnig und wahrheitswidrig lästert, nur um die liberalen Gefolgskleute für das Bündnis zu jähnen, das er mit rechtsstehenden und reaktionären Parteien abzuschließen durch seine eigne reaktionäre Entwicklung sich begeistert fühlt.

**Terrorismus!** Der „Hannoversche Courier“ veröffentlicht Namen, Stand und Wohnort derjenigen eif. für die Kandidatur Wof verpflichteten Wahlmänner, die nicht zur Wahl erschienen. — Bei dieser Gelegenheit wird festgestellt, daß in der Stadt Linden, wo 198 Wahlmänner zu wählen waren — also in jeder Abteilung 66 — die Sozialdemokratie 122 Wahlmänner durchsetzte. Im Landkreis Linden mit 150 Wahlmännern erhielten die Sozialdemokraten nur 19 (gegen 18 im Jahre 1898). Für ungültig erklärt wurden 6 national-liberale Mandate, oder wie der „D. C.“ sich ausdrückt, um dem Loben und Lärmen der Sozialdemokraten ein Ende zu machen, verzichteten diese Wahlmänner auf die Ausübung ihres Wahrecht! Bei einer etwaigen kommenden Wahl wird mit besonderem Nachdruck in Linden-Land gearbeitet werden müssen, das zum großen Teil auch industriell bevölkert ist. Das Resultat von Linden-Stadt zeigt, was durch harte Arbeit — 1898 standen sich dort 84 sozialdemokratische und 60 national-liberale Wahlmänner gegenüber — in städtischen Industriebezirken erreicht werden kann.

**Zu Stiebers Spuren.** In unsrer Notiz unter dieser Aufschrift bemerkt die „Freisinnige Zeitung“, daß sie die Schmach mit der „Kölnischen Zeitung“ teilt. Ihre Ansrede: „Offenbar ist nicht beachtet worden (von wem? vom Sieger?), daß die drei Worte durchstrichen waren“ ist absolut haltlos; gerade die drei Worte waren ja die Hauptsache, ohne die der Heß gegen den „Vorwärts“ völlig unmöglich war.

### Ein letztes Wort an die Gemeindegewähler

wurde gestern noch einmal in 15 Versammlungen gerichtet. Unse Genossen thun, indem sie sich an der Wahl beteiligen, einfach ihre Pflicht, und nach vollendeter Wahl gehen sie unermüdet wieder an die Organisationsarbeit. Solche brachte ihnen die verlorene Landtagswahl und wird ihnen auch die jetzige Stadtverordnetenwahl wieder in Halle und Pöhl bringen. Die Sozialdemokratie jaugt aus allen Wäldern Honig, warum nicht auch aus der öffentlichen Abstimmung, mit deren Hilfe gerade der abhängige Wähler gelnebelt oder der Wahl ferngehalten werden soll?

Bei der öffentlichen Abstimmung lernt man so manchen bisher unbekanntem Genossen kennen, den man der Organisation und dem man die sozialistische Presse zuführen kann!

Gegen die Sozialdemokratie ist eben kein Kraut gewachsen. Das haben die Berliner Kommunal-Freisinnigen bei der Stadtverordnetenwahl in der dritten Klasse bereits zur Genüge erfahren. Wer weiß, vielleicht kommt nach den Erfahrungen der Landtagswahl auch noch die Zeit, wo man ihnen da oder dort auch in der zweiten Klasse einmal ernsthaft zu Leibe rücken wird.

Die Unzufriedenheit mit dem Kommunal-Freisinn ist riesengroß; vielleicht noch größer als mit dem politischen. Sie reicht in Kreise hinein, wo die Herren es nicht ahnen; sonst hätten sie sich bei der Aufstellung „Ihrer“ Wahlmänner gelegentlich der Landtagswahl nicht so oft und so arg vergiffen.

Die Wortwörter, welche gestern die Redner in den 15 sozialdemokratischen Kommunalwähler-Versammlungen der freisinnigen Stadtverordneten-Majorität machten, fanden nicht nur den Beifall der Versammelten, sondern werden von der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung als berechtigt anerkannt.

In den Armirehallen waren die Vorlesungen des 2. Kommunal-Wahlbezirks zahlreich versammelt. Mit sichtlichem Interesse und lebhaftem Beifall nahmen die Anwesenden das Referat des Genossen Karl Liebknecht sowie die Ausführungen des Kandidaten, Genossen Manasse entgegen, der in herediten Worten zum Kampf gegen das volksschädigende Regiment des Freisinn aufrief.

In Zähltes Salon, Demewitzstraße, tagte die Versammlung für den 5. Kommunal-Wahlbezirk. Hier bestritt der Reichstags-Abgeordnete Sturm noch einmal die Wahl des Genossen Werner mit warmen Worten, nachdem er das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie entwickelt, den Liberalismus kritisch beleuchtet und nachgewiesen hatte, wie thöricht das freisinnige Märchen von der angeblich ihrem Wesen nach unpolitischen kommunalen Verwaltung sei, wo die Interessen aller Bevölkerungsschichten gleichmäßig gewahrt würden. Das Gegenteil sei der Fall. Lebhafter Beifall folgte dem Vortrage.

Die Wähler des 8. Bezirks waren noch einmal nach Habels Brauerei-Kaufhaus zusammengerufen worden, wo der sozialdemokratische Kandidat Genosse Krieger das Referat hielt. Treffend kennzeichnete er das Wesen des Kommunal-Freisinn, indem er durch eine kritische Betrachtung seiner Thaten und seiner Unterlassungs-sünden den aufmerksamen Hörern unter andern vor Augen führte, wie oft in der Kommune der Freisinn in seiner dortigen Nachstellung sein eignes politisches Programm verrät. Demgegenüber stellte er das Wirken der Sozialdemokratie. Redner fand bei der Versammlung diesen Beifall. Einhellig war man mit ihm und dem Genossen Scholz, der nach ihm fertige Worte sprach, der Meinung, daß der Bezirk mit aller Kraft der Partei wiedererobert werden müsse.

Im Alten Schützenhause hatten sich die Wähler des 28. Bezirks ziemlich zahlreich versammelt und folgten mit lebhaftem Interesse dem Vortrag des Genossen Dr. Weyl, der treffend den Unterschied zwischen der Sozialdemokratie, die die Kommune zu einem sozialen Gemeinwesen gestalten will, und dem Freisinn, der sie gleichsam als ein kapitalistisches Unternehmen betrachtet, darlegte und zum Schluß darauf hinwies, daß der sozialdemokratische Kandidat Franz Kopske, der sich bereits in mehreren städtischen Ehrenämtern auszuweisen bestrebt hat, vortrefflich zur Thätigkeit eines Stadtverordneten vorgebildet und befähigt ist. Hierauf nahm Genosse Kopske das Wort zu einer fertigen Ansprache, die starken Beifall hervorrief.

Im Saale der Brauerei Königsbad, wo die Versammlung für den 31. Bezirk tagte, waren etwa 500 Personen versammelt. Hier sprachen zunächst Genosse Poersch und darauf der Kandidat Hermann Schubert, der unter andern auf ein für den freisinnigen Kandidat-Kandidaten Max Groß verbeichtetes Flugblatt einging, das von Lügen über die Sozialdemokratie strotzt, so daß es kaum von der schärfsten Reaktion überboten werden kann. Die von gründlicher Sachkenntnis und erwiehten Willen zeugenden Ausführungen des Referenten und des Kandidaten fanden lebhaften Beifall.

In der „Arantia“ sprach Genosse Reichstags-Abgeordneter Stadthagen vor zahlreichen Zuhörern, die seinen fesselnden Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit folgten. Der Redner begann seine Kritik an der liberalen Kommunalpolitik mit einer Verpöschung des liberalen „Männerstolzes“ vor Königsthronen und erörterte die Bodenpolitik der liberalen Hausbesitzer in der Stadtverwaltung. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung legte der Redner die sozialdemokratischen Forderungen an die Kommune dar.

Der weite Saal der „Drachenburg“ war vollständig besetzt. Der Referent, Genosse Singer, wurde von den lebhaftesten Zustimmungsrufen der begeisterten Zuhörer fortwährend unterbrochen. Nach einer Darlegung des erbärmlichen Verhaltens der Freisinnigen bei den Landtagswahlen erörterte der Redner in eingehender Weise die Mißstände in der Berliner Stadtbewaltung, für welche die freisinnige Mehrheit verantwortlich sei. Die Darlegung des Verhaltens der Verwaltung gegen die städtischen Gasarbeiter anlässlich der Landtagswahl rief die stürmische Entrüstung der Versammlung hervor, welche Genosse Singer mit den Worten beantwortete: „Darauf wird noch an anderer Stelle ein Wortchen geredet werden.“ In der Versammlung herrschte begeisterte Kampfstimmung.

In dem Saale der Brauerei Germania, Frankfurter Allee 13, hatten die Genossen Heimann und Druns, letzterer als Kandidat für das Stadtparlament, es übernommen, ein letztes Wort an die Wähler zu richten. Beide gaben ein erschöpfendes Resümee der Aufgaben, die unter Genossen im roten Hause noch harren, und feierten die Versammelten an, durch recht zahlreiche Beteiligung an der Wahl den Sieg zu einem vollständigen zu machen!

37. Kommunal-Wahlbezirk. Trotz des unangenehmen Schneegewitters hatten sich die Genossen zahlreich in Hirtens Lokal eingefunden. Der bisherige Vertreter des Bezirks, Genosse Vogmann, führte den Wählern in seinem beifällig aufgenommenen Vortrage die zahlreichen Schäden und Mängel der hiesigen liberalen Kommunalpolitik vor Augen und legte ihnen nahe, auch noch die letzten paar Stunden vor der Wahl auszunutzen, damit der Bezirk nicht nur wiedererobert, sondern auch eine möglichst große Stimmenzahl auf die sozialdemokratische Partei vereinigt werde.

Im Saale von Herzog, Memelerstr. 67, sprach der Stadtverordnete Genosse Ad. Hoffmann vor einer sehr stark besuchten Versammlung. Seine reichen Erfahrungen aus der kommunalen Praxis verwendete er zu einem eindrucksvollen Referat. Er wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen. Nach Beendigung des Vortrags richtete der Kandidat Genosse Paul Schneider noch einige Worte an die Versammlung, die nach kurzer Diskussion mit Hochrufen auf den Genossen Ad. Hoffmann auseinanderging.

Im Saale der Sprechhallen in der Kirchstraße referierten die Genossen Ewald und Kagenstein vor den Wählern des 42. Kommunal-Wahlbezirks. Die Ausführungen der Redner, besonders die an den Freisinnigen geübte scharfe Kritik, fanden lebhaften Beifall. Nach den Referenten nahm der Kandidat des Bezirks, Genosse Anders, zu einer kurzen Ansprache das Wort. Auch aus den Reihen der Versammelten wurde auf die Bedeutung der Wahl hingewiesen und zur regen Beteiligung aufgefordert.

Für den 47. Kommunal-Wahlbezirk fand im Feldschlößchen, Müllerstraße, eine Versammlung statt. Genosse Reichstags-Abgeordneter Jubel gab in seiner Rede einen historischen Rückblick auf die Entstehung der Städteordnung, die ein Ausfluß des reaktionärsten Geistes ist. Diese Verordnung hält man noch aufrecht, daß sie das Eindringen der Arbeiterklasse in die Stadtparlamente verhindern und das Regiment des Grundbesitzes aufrecht erhalten soll. In treffender Weise schilderte der Redner die Rückständigkeit der Hausbesitzer und kritisierte in scharfer Weise unter der Zustimmung der Versammlung ihre kulturwidrigen Forderungen. Die Berliner Arbeiterklasse möge dafür sorgen, daß den Herren ihre Suppe versalzen wird.

47. Kommunal-Wahlbezirk. Im „Marienbad“ referierte Doktor Friedberg. Nach einer gründlichen Kritik unsrer kommunalen Zustände feuerte er die Genossen an, für eine möglichst zahlreiche Wahlbeteiligung zu sorgen, damit die Gegner für immer darauf verzichten, und den Bezirk je wieder freitig zu machen. Hierauf richtete der Kandidat und bisherige Vertreter des Bezirks, Genosse Augustin, noch eine kurze Ansprache an die Erschienenen. Wäher ist noch nichts darüber bekannt geworden, ob die Gegner einen Kandidaten aufgestellt haben oder nicht.

In der in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstraße, stattgefundenen Versammlung sprach Genosse Walded Manasse. Er legte dar, welche hohes Interesse der Ausfall der Kommunalwahlen für die Arbeiterklasse Berlins habe. In satirischer Weise beleuchtete

er das Treiben des Freisinn im roten Hause und forderte die Anwesenden auf, durch die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten dem Freisinn den Lohn für sein feiges und verräterisches Verhalten bei den Landtagswahlen zu geben.

### Versammlungen.

Der Centralverband der Stultateure hielt am Montag seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Ueber den ersten Punkt, Anstellung eines Verbandsbeamten, referierte H. S. n. e. r., welcher die Notwendigkeit einer solchen Anstellung darlegte, und berechnete, daß bei einer Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 Pf. es den Mitgliedern der Filiale Berlin möglich sei, sämtliche dadurch entstehende Unkosten zu decken. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, eine Urabstimmung in der Filiale darüber herbeizuführen, ob die Mitglieder gewillt sind, pro Arbeitswoche 10 Pf. Extrasteuer zu zahlen, und wenn eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder dafür ist, soll ein Kollege als Beamter angestellt werden. — Hierauf wurde der letzte Leitartikel des Fachorgans einer scharfen Kritik unterzogen und wurde beschlossen, der Redaktion eine Erklärung zum Ausdruck zu unterbreiten, in welcher dagegen protestiert wird, daß der Berliner Vorstand, ohne im Einverständnis mit den Mitgliedern zu sein, die Geschäfte führen soll. — Abschluß wurde mitgeteilt, daß den Arbeitgebern Circulars zugesandt seien, worin dieselben ersucht werden, darauf hinzuwirken, daß die Baupolizei-Verordnung vom 1. Oktober 1901 auch überall innegehalten wird und worin ferner darauf hingewiesen wird, daß die Arbeitszeit der Stultateure sich im Winter entsprechend der der Maurer verkürzt. Hierbei soll besonders darauf geachtet werden, daß da täglich um 4 Uhr Feierabend gemacht wird, dieses des Sonntags um 3 Uhr geschieht. — Das Resultat der Urabstimmung in betreff der Arbeitslosen-Unterstützung ergab für Berlin die Ablehnung derselben mit 420 gegen 150 Stimmen. — Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand in seiner Sitzung den streikenden Textilarbeitern in Grimmitzhan 100 M. als zweite Rate, den Metallarbeitern 200 M. und den Adressenschreibern 50 M. zugebilligt habe. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Hierauf wurde mitgeteilt, daß der Schlichtungskommission einige Streitfragen bei der Firma G. Mielke vorliegen, und soll hierbei gleichzeitig versucht werden, durch eine besondere Definierung klar festzulegen, was ein Preisgebot ist. — Nach Erledigung mehrerer Angelegenheiten von geringerer Bedeutung wurden die Anwesenden noch ersucht, sich zahlreich an den demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen, damit recht viele Vertreter der Arbeiterinteressen ins rote Haus ihren Einzug halten.

Teltow. In einer gut besuchten Versammlung von Männern und Frauen sprach am Sonntag im „Schweizerhause“ in Seehof-Teltow Genosse Dr. Maurer über den Ausfall der preussischen Landtagswahlen. In andershalbtündigem Vortrage geißelte der Redner das Verhalten der bürgerlichen Kräfte gegenüber der Sozialdemokratie. Obwohl es dem Freisinn nochmals möglich war, in einigen Wahlkreisen eine Anzahl Stimmen zu erhalten, schwand den Freisinnigen dieser Trost infolge ihrer jämmerlichen Haltung bei den Stichwahlen für die nächsten Wahlen mehr und mehr, da für wirklich oppositionell genante Wähler nur allein die Sozialdemokratie als einzige Kampfpartei übrig bleibe. Haben wir auch keine Mandate erobert, so sind doch die Erfolge für uns große zu nennen und müssen bei weiterer Beteiligung sich noch vergrößern. Geradezu erbärmlich nannte der Redner das Geschrei der Gegner, angeführt der Dreifachwahl von einer Niederlage der Sozialdemokratie zu schreiben. Die fesselnden Ausführungen des Referenten wurden von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — In der kurzen Diskussion kam die grenzenlose Wut unsrer Gegner hier selbst zur Sprache, da in der 3. Abteilung unsre Wahlmänner mit erdrückender Mehrheit 110 gegen 30 bürgerliche gewählt wurden. Alle kleinen Geschäftsleute, welche nicht nach dem Geismad unsrer Philister gewöhnt haben, sollen boollottiert werden. — Im zweiten Punkt der Tagesordnung erstatteten die Genossen Röber und Kehler als Stadtverordnete Bericht über ihre Thätigkeit in der Stadtverordneten-Versammlung. Der Bericht fand den Beifall der Genossen. — Abschluß erfolgte die Aufstellung eines Kandidaten für die am 30. d. Mts. stattfindende Stadtverordneten-Wahl. In Vorschlag gebracht als solcher und von der Versammlung angenommen wurde unser Parteigenosse Schneidermeister Gustav Franke. Die Versammelten versprachen, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß Genosse Franke als dritter im Bunde ins Stadtverordneten-Kollegium einzieht.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordnetenwahl in Reimscheid.

Reimscheid, 26. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden 3 Sitze mit großer Mehrheit von der Sozialdemokratie erobert.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 26. November. (B. T. Z.) In der Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten führt Abg. Forsthat aus, die Gesehen seien unter Aufrechterhaltung ihres politischen Programms jederzeit bereit, an den Versuchen zur Konsolidierung Oesterreichs teilzunehmen, sofern ihre Rechte, ihre politische und kulturelle Bedeutung geachtet würden. Abg. Neuner erklärt, die Ueberweisung der der Krone bezüglich der Armee stehenden Hoheitsrechte an die gesetzgebenden Körperschaften in Oesterreich würde endlose Parteikämpfe auf die Armee übertragen. Abg. Klossac spricht sich dafür aus, daß der Föderalismus auch auf die Armee Anwendung finden solle. Die Weiterberatung wird sodann auf morgen vertagt.

Nach Schluß der Sitzung stellten die Czetsch-Radikalen Pressi, Klossac und Schnal den Journalisten Wandl, welcher die Nachricht von dem angeblichen Ueberdiebstahl Pressi im Belgrader Konal verbreitet haben soll, in der Parlamentshalle energisch zur Rede, wobei es zu einem heftigen Wortwechsel kam, der in Thätigkeiten ausartete.

Rom, 26. Nov. (B. T. Z.) Die Unversität ist wegen der heute von den Studenten veranstalteten Kundgebungen geschlossen worden.

Wohum, 26. November. (B. T. Z.) Auf der Straße Wanne-Münster wurden heute mittag zwei Streifenarbeiter von dem Schnellzuge 93, Münster-Köln, erfaßt. Der Westfälischen Volkszeitung zufolge war der eine Arbeiter sofort tot, während der andre kurz nach dem Unglücksfall seinen Verletzungen erlag.

Liens, 26. November. (B. T. Z.) Infolge des letzten Regenwetters sind im Defreggerthale viele Felsstürze erfolgt. Die Straße ist zerstört; zahlreiche Felder sind verschüttet und viele Häuser in großer Gefahr.

Genf, 26. November. (Mitteilung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Auf Ersuchen der Landes-Polizeibehörde verhaftete die hiesige Polizei zwei Anarchisten Namens Stohanoff oder Wurtzoff und Arakoff. Der Name des ersten ist ungewiß. Er kam zum erstenmal im Jahre 1889 von Sibirien nach Genf, blieb aber nicht dauernd hier. Später wurde er in London wegen anarchoistischer Propaganda und Aufreizung zur Anwendung gewaltthätiger Mittel zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe lehrte er hierher zurück, wo er vor zwei Jahren Arakoff kennen lernte. Sie haben beide ein Blatt „Narodovolch“ (Volkswille) heraus. Zur Täuschung der Polizei trug das Blatt den Berner: Gedruckt in London. Beide Anarchisten hielten sich bald in Genf, bald in Clarens und in Montreux auf. Voraussichtlich werden sie ausgewiesen und an die Landesgrenze geführt werden, welche sie wählen.

Jaurès gegen Kritschewsky.

Bereits aus dem Artikel unfers Pariser Korrespondenten, des Genossen Kritschewsky: „Die Jaurès citiert und warum er schimpft“ (Nr. 271 des „Vorwärts“) erfahren unsere Leser, daß Genosse Jaurès die Berichterstattung des Genossen Kritschewsky in der „Petite République“ bemängelt, ihr „seltenerische Vereinnahmung“ und „monströse Verleumdung“ vorgeworfen hat. Genosse Kritschewsky hat auf diesen Angriff durch obigen Artikel eingehend geantwortet. Er hat jedoch auch gleichzeitig der „Petite République“ eine kurzgefaßte Entgegnung eingeschickt, an die dann Genosse Jaurès eine umfangreiche Replik geknüpft hat. Am Schlusse dieser Entgegnung erklärte Jaurès, daß er es der Loyalität des „Vorwärts“ überlasse, ob er diesen Artikel, wiedergeben wolle. Trotzdem der Jaurès'sche Artikel, wie er selbst hinzufügt, „ziemlich heftig in seiner Form“ ist, tragen wir selbstverständlich nicht das geringste Bedenken, diesen Ausfluß „einer schon lange zurückgehaltenen Entrüstung“ in seinem vollen Umfange abzubilden. Wie uns Genosse Kritschewsky mitgeteilt hat, beabsichtigte er, in der „Petite République“ selbst dem Genossen Jaurès abermals, diesmal ausführlicher, zu entgegen. Sobald uns diese Entgegnung unfers Korrespondenten vorliegen wird, werden wir auch sie selbstverständlich zur Kenntnis unfers Leser bringen.

Der Artikel des Genossen Jaurès lautet: Wenn Kritschewsky sagt, daß der Säbelschlag über die Unternehmer von Armentières auch durch mich mit herbeigeführt sei, wenn er dieser Einmischung der bewaffneten Macht (intervention du sabre — Dazwischenschuß des Säbels) die angebliche Niederlage des Streiks zuschreibt, so habe ich das Recht, zu sagen, daß er damit unsere ganze Politik und unser ganzes Bestreben dahin zusammenfaßt, das Proletariat des Nordens unter das Regiment des Säbels zu bringen. Und wie kann er sagen, ich hätte die Anwendung der Gewalt gegen die Streikenden gutgeheißen? Ohne Unterlaß habe ich dem Ministerpräsidenten die Beschlüsse des Streikkomitees über die militärische Besetzung übermitteln und dieser hat sofort Instruktionen gegeben, die schreiendsten Mißstände abzustellen.

Was konnten wir in diesem Punkte mehr thun? Sieht es heute bei der gegenwärtigen politischen und sozialen Entwicklung eine Regierung, von der man erwarten könnte, daß sie niemals Soldaten nach einem Streikgebiet entsendet? Soll man, bis dieser Augenblick einmal kommt, der durch nichts andres beschleunigt werden kann als durch eine starke Organisation der Arbeiterklasse, die befähigt ist, ihre Bewegungen selbständig zu regeln, soll man sich bis dahin jeden wirksamen Eingreifens zu Gunsten der streikenden Arbeiter enthalten? Und doch macht mir im Grunde genommen der Korrespondent des „Vorwärts“ gerade daraus einen Vorwurf. Es scheint, daß wir Unrecht thäten, indem wir nicht der Tagesordnung Delors, die weder von dem Schiedsgericht, noch von der Enquete spricht und die sich darauf beschränkt, die Zurückziehung der Truppen zu verlangen, den Vorzug gaben. Ein ohnmächtiges Votum, eine „platonische“ Manifestation, in diesem entscheidenden Augenblick des Streiks, wo es galt, zu handeln und etwas zu erreichen. Ich habe in meiner Rede selbst gegen die übermäßige Truppenzusammenziehung protestiert. Unsere Freunde haben der Budgetkommission, die demnächst ihren Bericht erstatten wird, einen Antrag unterbreitet, wonach den Familien der Streikenden eine staatliche Unterstützung von 100 000 Fr. bewilligt werden soll. Aber in die Resolution, welche ich der Kammer unterbreitete, wollte ich nur zwei Forderungen hineinbringen, Schiedsgericht und Enquete, für welche ich auf eine Majorität hoffen konnte.

Dies hätte ich mit Vorbedacht gethan, im Interesse der kämpfenden Arbeiter und unter Zustimmung von zwei Delegierten der Arbeiter, den socialistischen Bürgermeistern von Armentières und von Houplines, die nach Paris gekommen waren, um mich in der Disziplin zu unterstützen. Wir dauern einen Vortour zu machen und zu behaupten, daß ich damit den Unternehmern des Nordens den Säbelschlag gegenüber den Arbeitern bewilligt hätte, das ist eine unerträgliche Verleumdung, das ist eine so ungeheuerliche Entstellung der Absichten und der Thatfachen, daß ich wohl das Recht habe, dies als einen Skandal zu bezeichnen. Der Genosse Kritschewsky scheint sich auch nicht im Zweifel zu sein über die Schwere dieser Entstellung und er enthält damit den Grad von Gewissenlosigkeit, bis zu welchem die Sektiererei führen kann.

Alltürkisches.

Die deutsche Socialdemokratie ist nicht mehr so naiv, wie der Bürger im „Raust“ zu sagen:

Nichts befeuert wech ich mit an Sonn- und Feiertagen Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei. Wenn hinten, weit, in der Türkei Die Völker aufeinander schlagen.

Sie wech vielmehr, daß eben wie in China so auch in der Türkei die Interessensphären des Handels und der Gewalthaber der großen Nationen Europas zusammenstoßen, daß ein Punkt dort einen Weltbrand entfachen kann. Die Socialdemokratie weiß, was ihr Karl Marx über die orientalische Frage in den fünfziger Jahren und Wilhelm Liebknecht 1877/1878 in seiner Broschüre „Soll Europa losatisch werden?“ gesagt haben, daß mit Rußlands Macht über die Türkei seine Uebermacht über das übrige Europa wächst und damit die Gefahr für Freiheit und Kultur; daß die Socialdemokratie also für die Unabhängigkeit der Türkei von Rußland, gegen russische Annexionsgelüste einzutreten hat, sowie für Loslösung und Selbständigkeitsklärung von Macedonien und Albanien. Doch die Socialdemokratie hat ein noch weitergehendes Interesse an der Türkei als das durch die augenblickliche politische Konstellation bedingte. Sie hat die Pflicht, auf die kulturwidrigen Zustände immer von neuem hinzuweisen, unter denen ein für höhere Kultur reifes Volk leidet, und den türkischen Revolutionären gerecht zu werden, die ihrem Vaterland die Achtung vor Menschewürde und Menschenrecht erobern wollen, die aber entweder in ihrer Heimat geknebelt sind oder im Ausland als Flüchtlinge umherirren. So soll im folgenden wiedergegeben werden, was türkische Freunde mir zu sagen wollten, und zwar sei eine Schilderung der Verhältnisse in der Türkei gegeben, weil sie ein Musterbeispiel bieten, wie es unter der uneingeschränkten Herrschaft reaktionärer Gewaltent ausseh.

Es giebt selbstredend keine Oppositionspresse in der Türkei, vielmehr nur offizielle, von der Regierung subventionierte Zeitungen, die zwar in verschiedenen Mäßen unterstützt, doch alle in Geist und Ausdrucksweise den gleichen Regierungsstempel tragen. Daber müssen wir und der geheimen türkischen Presse zutenden, die in London, Genf, Brüssel, Paris erscheint, wenn wir die revolutionären Elemente der türkischen Tagesdruckschreiberei kennen lernen wollen. In Genf war in den 90er Jahren der Sammelpunkt der unbotmäßigen türkischen Intelligenz; eine Gruppe von Leuten, meist Ärzte, die ihr Studium aus politischen Gründen nicht absolvieren hatten, daher kurz die Mediziner (Tıbbiyyiler) genannt, hatte den Vorschlag gefaßt, eine nationale türkische, entschieden freiheitliche, aktiviätige Partei zu gründen und vertrat ihre Forderungen in einer Zeitung, dem „Osmanen“. Unter diesen Flüchtlingen herrschte aber keine Einheitlichkeit der Ueberzeugungen und der Affion. Der eine wollte den Anarchismus, der andre den Socialismus, wieder ein anderer erwartete alles Heil vom Atheismus. So ging jede Einheitlichkeit verloren, der Regierung mußte es gelingen, mit Hilfe einer stuppelosen Spitzelwirtschaft die Genfer Partei zu zersprengen. Der „Osmanen“ wurde später nach London verpflanzt. Bester als der „Osmanen“ ist ein andres, noch jetzt

Es ist wahr, der Genosse Kritschewsky urteilt von oben herab und benützeit das Resultat unserer Bemühungen. Die Unternehmer hatten das Schiedsgericht, welches der Präsekt vorgeschlagen und das von den Arbeitern acceptiert worden war, abgelehnt. Der Augenblick war kritisch; alle Auswege waren verstopft. In diesem Moment erlangten wir von der Kammer ein einstimmiges Votum für das Schiedsgericht und die Enquete und dies bedeutete eine direkte Verleumdung und Verurteilung des unverföhnlichen Standpunktes der Unternehmer. Daburch wurde das Vertrauen der Arbeiter wieder belebt und die Möglichkeit einer gerechten und billigen Lösung des Konflikts eröffnet. Aber was bedeutet das für den Genossen Kritschewsky? Nichts oder fast nichts: Ein „einstimmiges und platonisches“ Votum. Als ob nicht schon diese Einstimmigkeit an sich, die sich insofern meiner Rede, in der ich die Täuschungen der Unternehmer kennzeichnete, ergab, die Unternehmer des Nordens in eine unangenehme Lage versetzt hätte! Als ob die Abstimmung nicht die Widerstandskraft der Unternehmer gegen die gerechten Forderungen der Arbeiter wesentlich geschwächt hätte! Aber nein, weil die Unternehmer selbst auch unter dem Eindruck des Kammervotums noch das Schiedsgericht ablehnten, beist sich der Korrespondent des „Vorwärts“ zu schreiben, daß die Abstimmung der Kammer nutzlos ist, daß sie nicht zählt; und er läßt vor den Augen der Socialdemokratie Deutschlands nur den (mit meiner Zustimmung) über den Arbeitern des Nordens geschwungenen Säbel erscheinen. Blindheit und Verleumdung!

Umsonst beruft sich der Genosse Kritschewsky zu seiner Verteidigung darauf, daß er diese Korrespondenz drei Tage vor dem streikenden Ende des Streiks abgehandelt hat. Er gesteht damit selbst seinen Mangel an Scharfsicht und seine radikale Unfähigkeit zu. Er verkündet und proklamiert die Niederlage der Arbeiterklasse drei Tage vor dem vollständigen Siege. Und aus dieser angeblichen Niederlage, welche sein Sektierergeist feberhaft in sich aufnimmt, machte er sich eine Waffe gegen diejenigen der Socialisten, welche den Sieg herbeiführen halfen.

Der Streik ist in voller Entwicklung, der Kampf dauert fort und weil die Unternehmer noch eine Gederbe des Widerstandes zeigen, so beist sich der Genosse Kritschewsky zu erklären, daß alle unsere Anstrengungen umsonst waren, daß sie sogar eine Wendung gegen die Arbeiter genommen hätten. Er giebt nicht 24 Stunden Zeit, um die Wirkung des Votums abzuwarten.

Diese Abstimmung ist nutzlos, wiederholt er, da die Unternehmer das Schiedsgericht wiederholt abgelehnt haben. Ja, aber, indem sie nach einer solchen Debatte und nach einer solchen Abstimmung es nochmals ablehnten, setzten sich die Unternehmer in eine unhaltbare Situation. Und sie konnten das Schiedsgericht nur ablehnen, indem sie genau das zugestanden, was die Arbeiter verlangten. Somit hat die Abstimmung ihre volle Wirkung gehabt, wenn nicht eine rechtliche, so doch eine thatsächliche (un effet non de procedure, mais de fond). Indem sich der Genosse Kritschewsky in der Abshägung der moralischen Kräfte so schwer irtzt, zeigt er, daß er unfähig ist, die Dinge klar zu sehen oder daß die wachsende Erregung der sektiererischen Votanten seine Aufrichtigkeit beeinträchtigt hat.

Jetzt vor der ins Auge springenden Offenständigkeit der Thatfachen ist er natürlich verpflichtet, anzuerkennen, daß dieser Sieg nicht bloß eine lokale Bedeutung hat, sondern daß er den allgemeinen Sieg der Textilbranche anstündet und vorbereitet. Noch mehr als das. Es ist der Kampf um den Neunjundtag ohne Lohnreduktion, der dort für die ganze Arbeiterklasse Frankreichs gewonnen wurde. Wägen wir mit unsrer propagandistischen und parlamentarischen Thätigkeit auch noch so wenig dazu beigetragen haben, so genügt es doch, uns über das Urteil des Korrespondenten des „Vorwärts“ hinweg zu trösten.

Es ist wahr, es bleibt ihm noch eine Rettung, deren er sich bedient, nämlich daß der Kampf nicht gewonnen worden sei durch uns, sondern durch unser. Darüber will ich nicht streiten. Ich wech, daß ohne die betwundernswürdige Ausdauer, ohne das Geschick und die Klugheit alle unsere Anstrengungen umsonst gewesen wären. Aber ich wech auch, daß diese selben Arbeiter nach errungenem Siege auf Vorschlag des Streikkomitees durch ein Votum von 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen „den Ausdruck ihrer Anerkennung“ an diejenigen richteten, welche der Repräsentant des „Vorwärts“ verleumdete.

Die Arbeiterklasse ist eben wechbildender, klüger und gesunder Sinnes, als alle diese Sektierer! Die Arbeiter des Hsthales haben zwischen den verschiedenen Verantwortlichkeiten wohl zu unterscheiden gewußt; sie haben verstanden, die Fesler des Generals, welcher seine Weisungen noch verschärzte, zu konsultieren, und zu

bestehendes Blatt „Neschweret“, die „Beratung“ (Mohammed empfiehlt Beratung vor jedem Thun). Dies Organ der jungtürkischen Partei, das für Ordnung und Fortschritt eintritt, hat Niza Bey zum Begründer, den Sohn des Englisch Ali Bey, früher landwirtschaftlicher Beamter in Brussa. Vergebens hatte er dem Sultan seine Dienste angeboten; strenge Bewachung war die Antwort gewesen. Etwas 1800 sah er, „um die kaiserliche Majestät über Heilmittel aufklären zu können“. Er gab die „Beratung“ in Paris, zeitweise in Genf, wo er sich auch mit den „Medizinern“ verbandete, später (seit 1896) in Brüssel heraus. Sobald die französische Regierung von der türkischen wirtschastliche oder politische Konfessionen erhielt, wurde Niza Bey zum Dank angeklagt und verfolgt, endlich ausgewiesen. Seitdem erscheint die Zeitung zweiteilig, halb in französischer, halb in türkischer Sprache. Niza Bey fordert eine Konstitution und halbe Volkssouveränität, etwa nach englischen Muster, und tritt sehr scharf gegen Religion und eingebildete Moral auf. Von weiteren ausländischen Blättern wären zwei Londoner erwähnenswert, die für den Sturz des jetzigen Sultans agitierende „Freiheit“ („Hurriyet“) und die „Zukunft“ („Istikbal“).

Nicht vorübergehen dürfen wir an den verbreiteten revolutionären Flugblättern. Ein Mediziner, zeitweise Leiter der Genfer Partei, gab sogenannte „Kanzelreden“ (Hutbe) heraus, in denen er durch Koransprüche (in alter Druckschrift) das Volk der Regierung abspenstig zu machen suchte. Viel verbreiteter ist das in glänzender Stil geschriebene, von großen historischen Kenntnissen zeugende Mahkome-i-kübra, das große Gericht, verfaßt von einem Mediziner, dem turben Nihal „dem Schweigenden“. Der Dichter träumt eine Versammlung in der Sophiamoschee, eine Versammlung der Toten, Mohammeds und der Kalifen, aller osmanischer Herrscher. Die 32 trefflich charakterisierten Sultane treten nacheinander auf und geben als Patrioten ihre Fehler und Schwächen zu. Endlich wird der jetzige Sultan vor Gericht geschleppt, vergebens sucht er seine Thaten zu rechtfertigen; man spricht das Verdammungsurteil über ihn aus und jedem Mohammedaner wird verboten, in dieses Sultans Namen ein Gebet zu verrichten.

Die ausländische Presse findet nur schwer Verbreitung in der Türkei. Die postlagernd an die Postämter der Mächte in Konstantinopel, Smyrna, Saloniki, Beirut gesandten Zeitungen werden von Agenten, Saisfieren, Ausländern abgeholt, welche sie heimlich verbreiten, dabei selteneren überfallen zu werden und — wie es unabweikem Leuten in der Türkei ergeht — dann zu „verschwinden“. Periodisch beschlagnahmt die Regierung die ganze eintreffende Post. Dann werden alle kompromittierten Familien unglücklich gemacht. Bei Protest der Mächte bittet man um Verzeihung.

Wir kommen nun zur Besprechung der eigentlichen türkischen offiziellen Presse. Gute Zeitungen und gute Bücher gab es vor 18—25 Jahren, als noch eine relative Rede- und Pressfreiheit existierte; Zeitungen wie die „Zeit“ („Wakyt“), der „Weg“ („Tarik“), das „Glück“ („Saded“), kultivierte Litteratur, Wissenschaft, Sprache, sorgten für Vermehrung der Druckereien und Verbesserung des Drucks. Dichter wie Kemal Bey, Schinassi, Nasim Rahsi waren als Redakteure thätig. Mitarbeiter war fast das ganze gebildete Volk, dessen beste Einfendungen man mit ästhetischen und grammatischen Erläuterungen abdruckte. Manches Talent wurde dabei entdeckt,

gleicher Zeit haben sie dem Präsekt, welcher sich im Namen der Regierung bemühte, den Konflikt zu lösen, Gerechtigkeit widerfahren lassen; sie haben auch verstanden, die Anstrengungen der socialistischen Kämpfer, welche inmitten der Schwierigkeiten aller Art unermüdetlich mit ihnen arbeiteten, um den Sieg zu gewinnen, anzuerkennen.

Man vergleiche mit dem engherzigen und verleumdertischen System des Genossen Kritschewsky die Tagesordnung, welche Tausende von Proletariern an jenem Tage des Sieges, an welchem sie die Wiederaufnahme der Arbeit feierten, angenommen haben.

Das Streikkomitee schlägt den Streikenden die Annahme folgender Resolution vor:

Die Generalversammlung der Streikenden dankt dem Präsekt des Nord-Departements für sein Eingreifen und richtet den Ausdruck ihrer Anerkennung an alle diejenigen, welche die Arbeiter von Armentières und Houplines in ihrem Kampf unterstützt haben, namentlich an die Zeitung „Réveil du Nord“ (das socialdemokratische Organ von Lille, N. d. B.), an die Genossen Jaurès, Delafosse, Desmons, Rivola, Sauve-Evauch und Maurice Monier, die ihnen eine dauernde Unterstützung zu teil werden ließen, an die Genossen, Bürgermeister von Armentières und Houplines, Daudrumez und Sobier, an die Redner, welche in den Versammlungen der Streikenden das Wort genommen, an die Organisatoren und an die freiwilligen Arbeiter der Volksmägen von Armentières und Houplines, an alle, die durch Geldunterstützungen den Widerstand gestärkt haben und den endlichen Sieg mit herbeiführen halfen.

Angesichts der gewonnenen Resultate beglückwünscht sich die Versammlung, daß es der Kaltblütigkeit der Arbeiter gelungen ist, jeden Zusammenstoß zwischen Arbeitern und den Truppen zu vermeiden, trotz der Provokationen des Generals Lohez, des Kommandanten der Besatzungstruppen, dessen Haltung einstimmig getadelt wird.

Das war der richtige, gerechte und lange politische und soziale Sinn einer Klasse, die sich organisiert und für die wachsenden Schwierigkeiten ihrer Rolle vorbereitet. Wo bleibt da die Revolution Delors, die für den Genossen Kritschewsky den ganzen Horizont ausfüllt? Die Proletariet haben gar nicht daran gedacht, und sie war in der That nichts andres, als eine Kinderei des Sektentums. In dieser Weise fällt der Genosse Kritschewsky alle Proportionen, so läuscht er das socialistische Deutschland über die Bedeutung der Bewegung in Frankreich und über die Kämpfe des französischen Proletariats.

Und die Enquete über die Verhältnisse in der Textilindustrie und der Arbeiter? Kritschewsky mißachtet ohne Zweifel auch diese. Und doch gewinnt diese eine große soziale Bedeutung durch die Debatte, der sie ihre Entstehung verdankt. Die Reaktionsäre und Konserbativen aller Gattungen fühlen es wohl, und sie suchten sich für das Votum, das sie öffentlich abgeben mußten, zu rächen, indem sie sich bei der geheimen Abstimmung bemühten, meinen Eintritt in die Kommission zu verhindern. Und in der ersten Sitzung der Kommission, welche Intriguen, um sie zu schwächen, um sie in Paris festzulegen, um sie auf ein bloßes Korrespondenzbureau, welches Dokumente in Empfang zu nehmen hätte, herabzudrücken, um sie von vornherein in ohnmächtige Unterkommissionen zu zerlegen. Glücklichweise waren alle diese Versuche umsonst, die Kommission ist in ihrer Gesamtheit in die wichtigsten Centren der Textilindustrie, um direkt mit dem ganzen Problem in Verührung zu kommen.

Und währenddem wir in dieser Weise ohne Unterlaß mit der organisierten Arbeiterklasse kämpfen, sieht der Genosse Kritschewsky nur das eine Ding und spricht nur von dem einen Ding, nämlich, daß durch uns der Schrecken des Säbels über dem Proletariat herrsche.

Er (Kritschewsky) ist's, der mich zwingt, alles dies zu sagen. Die Arbeiter des Hsthales und des Nord-Departements werden es mir bezeugen, daß ich in dieser Periode des Kampfes nicht einmal die Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Schulen und die Eifersüchteleien der Selten hineingezogen habe. Es ist mir aber unmöglich, dieses tendenziöse und skandalöse System, welches, diesmal wie immer, unsere Gedanken und Handlungen fälscht (denature), passieren zu lassen, ohne einen Protest, ohne eine Erklärung an die Socialdemokratie Deutschlands zu richten.

Diesen Protest werde ich nicht erneuern. Schon oft haben socialdemokratische Freunde Frankreichs oder Deutschlands mich gefragt: Aber warum antworten Sie nicht auf diese falschen Darstellungen, auf diese gezwungenen Auslegungen und ständigen Au-

Zwar waren auch damals „böswillige Propaganda“ und Angriffe auf die Regierung verboten, man durfte jedoch ein wenig politisieren, einheimische Angelegenheiten besprechen, auch wohl mal eine Witte um Abhilfe ansprechen. Das ist jetzt alles erstickt. Auch die bescheidenste Bemerkung ist verboten. Die letzte Zeitung mit etwas höheren Tendenzen, der „Dolmetscher der Wahrheit“ („Terdjuman-i-hakikat“) liegt im Sterben. Kein Wunder auch, daß sich gebildete Leute nur schwer noch zum Redakteur hergeben, weil das fast ein erziehender Stand geworden ist. Die Presse ist auf die Staatsubvention angewiesen, da jede Zeitung weniger als 5 Pf. kostet und pro Exemplar vom Verleger eine Steuer von 1 Pf. zu zahlen ist. Ueberfliegen wir schnell die hauptsächlichsten Blätter. „Sabah“ (der „Morgen“) hat vor 3—4 Jahren nationale Revellen gesammelt; seitdem jedoch ist auch in ihm jedes höhere Element geschwunden. Unfrer „Kreuz-Zeitung“ entspricht der panislamistische, lediglich von Mohammedanern gefesete und geschriebene „Ikdam“ (der „Fleisch“), den zu lesen in den „höheren“ Ständen zum guten Ton gehört. Streng religiös, stut der „Ikdam“ sogar prinzipiell nichts gegen Aberglauben „Malmat“ („Nachrichten“) in türkisch-arabischem Text und „Sorwot“ (das „Vermögen“) in türkisch-französischem Text sind Gründungen des als stuppelosen Journalisten und Spekulanten-natur in der ganzen Türkei berühmten Tahir (zu deutsch: der „Saubere“). Dieser Mann von niedrigster Bestimmung schuf zuerst gegen die übrige Presse eine gefährliche Konkurrenz durch eine illustrierte Zeitschrift, bei der lediglich Papier und Seper bezahlt zu werden brauchten, da der Inhalt durch offenen systematischen litterarischen Diebstahl und Kadhrud zusammengeräubert wurde. Die Nachrichten aus Europa beschränkte er auf Verbrechen, Selbstmorde, Ueud, Parlaments-Skandalaffären und suchte durch diese gehäßige Auslese alle moderne Kultur verächtlich um für den Islam untauglich zu machen.

Zahlreich sind die in fremder Sprache erscheinenden Konstantinopeler Blätter, aber ohne größere Bedeutung, trotzdem ihnen etwas mehr Spielraum zugestanden wird. Von den Provinz-Zeitungen sind als selbständigere Organe nur die in Smyrna, Saloniki („Assyr“, das „Jahrhundert“), Beirut zu erwähnen. Die übrige Provinzpresse ist ein geradezu beispielloses Schamomen: Der Sekretär des Provinzialrats, der des Gouverneurs und der Direktor der öffentlichen Arbeiten sind die Hauptredakteure. Mitarbeiter sind die aufstrebenden jungen Beamten. Selbstverständlich sind die Beamten zum Abonnement gezwungen, gelesen werden diese Blätter jedoch so gut wie gar nicht.

Der Türkei genügt nicht nur die finanzielle Abhängigkeit der Presse; eine ungleich schlimmere Fessel ist die Censur. Zwar können im Gegenzug zu Zeitschriften Tageszeitungen auf eigene Gefahr sehr viel unternehmen, jedoch geht der Herausgeber gerade deswegen vorfichtiger zu Werke als der schlimmste Censur, weil das Organ einfach verboten, der Redakteur verbannt resp. wenn er weniger angesehen ist, andern willkürlichen Mißhandlungen ausgesetzt werden kann. Die Censurbehörde ist beinahe ein Ministerium zu nennen, hat verschiedene Sprachabteilungen und zählt zu ihren Beamten auch alle Angestellten für — öffentliche Aufklärung! Ein guter Unterthan darf natürlich ein nicht einwandfreies Buch gar nicht erst vorlegen. Ein Spionagesystem ver-

griffe des Korrespondenten des „Vormärts“ oder der Redakteure der „Neuen Zeit“? Meine Antwort ist einfach: Die Zeit mangelt uns. Man müßte alle Tage berichten und wir haben hier alle andre Dinge zu thun. Die sozialistische Partei Deutschlands wird also auch in Zukunft die Dinge in Frankreich unter dem Gesichtspunkte des Genossen kritisch beurteilen. Er lenkt sie ohne Zweifel viel besser als wir alle, die wir die Verantwortung der Handlungen zu tragen haben. Und er beurteilt die großen Arbeiterkonflikte wie denjenigen, der soeben in dem Hospital siegreich beendet wurde, viel besser als die Arbeiter selbst, welche die Schwere des Kampfes zu tragen hatten.

Ein für allemal verfahren wir uns gegen ein tendenziöses System der Berichterstattung und Auslegung, das einen Stempel bedeutet, und wenn der Genosse kritisch neue Vändigkeiten zu hören nötig hat, wenn ihm das Beispiel der Verständlosigkeit oder Unaufrichtigkeit, das er bei allen seinen Mitteilungen bezüglich des Streiks gegeben hat, nicht genügt, um sich selbst kennen und beurteilen zu lernen: wir verzichten darauf, ihm einen noch weiteren und klareren Spiegel vorzuhalten.

Jean Jaurès.

## Partei-Nachrichten.

**Gemeindevahlen.** In Gera wurden fünf Socialdemokraten und acht Gegner gewählt. In Kattowitz beteiligten sich unsere Parteigenossen zum erstenmal an den Stadtverordnetenwahlen. Sie erzielten 79 Stimmen. Auch die Polen traten zum erstenmal auf und brachten 30 Stimmen zusammen. Die bürgerlichen Parteien hatten 756 Stimmen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Durch Verbreitung von Wahlzettelchen und Stimmzetteln in einem schlesischen Orte sollten die Parteigenossen Brieger, Kiefer und Scholz die Verordnungen für Schlesien übertreten haben, indem sie Sonntags eine „öffentlich bemerkbare Arbeit“ verrichteten. Die Angeklagten bestritten, eine Arbeit im Sinne der Oberpräsidial-Verordnung über die äußere Heiligung der Sonntags- und Feiertage verrichtet zu haben. Sie wurden jedoch in zweiter Instanz vom Landgericht Briesg zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht führte aus: Die Angeklagten hätten die Verteilung der Druckschriften systematisch besorgt. Sie hätten die Blätter und Zettel, von denen sie eine größere Anzahl bei sich führten, von Haus zu Haus und in die Häuser hineingetragen, um sie dort dann abzugeben. Diese ihre Thätigkeit hätte vom Publikum wahrgenommen werden können und sei auch wahrgenommen worden. Somit handele es sich um eine öffentlich bemerkbare Arbeit, die an Sonn- und Feiertagen nicht gestattet sei.

Die Angeklagten legten Revision ein. Rechtsanwalt Dr. Heine mann hob in der Verhandlung vor dem Kammergericht hervor, daß das Verteilen der Schriften in den Häusern ja ohne weiteres straflos sei. Und was den Aufenthalt auf der Straße angehe, so habe das Kammergericht ständig daran festgehalten, daß es für die Annahme einer öffentlich bemerkbaren Arbeit im Sinne der Verordnung genauger Feststellungen darüber bedürfe, in welcher Art und welcher Menge die Schriften von den einzelnen getragen wurden, ob eine gewisse Anstrengung damit verbunden gewesen sei usw. Die Feststellungen des Landgerichts seien in der Beziehung ungenügend, vor allem viel zu allgemein. Sie könnten die Verurteilung der Angeklagten keinesfalls stützen.

Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision mit folgender Begründung: Die Feststellungen des Vorberichters reichen vollkommen aus, um die Verurteilung auf Grund der Oberpräsidialordnung zu rechtfertigen. Das Verteilen in den Häusern scheidet allerdings aus. Aber durch die Thätigkeit des Herumlaufens mit den Druckschriften, des Indichhäufigens, hätten die Angeklagten eine öffentlich bemerkbare Arbeit vollbracht, die sie Sonntags nicht hätten vornehmen dürfen.

— Wegen Beleidigung eines Senators Reichenbach wurde Genosse Graeger vom „Lüneburger Volksblatt“ zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Genosse G. hatte die Behauptung aufgestellt, verschiedene unwahre Behauptungen über den Streik in der Reichenbachschen Holzfabrik seien von Herrn Reichenbach in die Presse lanciert worden.

## Sociales.

### Landesversicherungs-Anstalt und Schiedsgericht.

Ein schwerer Kompetenzkonflikt, der sich bis auf das Zimmerlegen und Ofenheizen ausdehnte, war zwischen dem Vorsitzenden der Landesversicherungs-Anstalt Berlin, Herrn Dr. Freund, und dem Vorsitzenden des Berliner Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, Herrn v. Gostkowsk, ausgebrochen. Der Konflikt, der im einzelnen

hindert es, Bücher ohne Censur durchzuschuggeln. Selbst viele Wörter sind von vornherein verboten: so Vaterland („Länder Seiner Majestät“), Naturalisten, Realisten, Socialisten, Verfassung, Parlament, Revolution, Dynamit, Thraneei zc. Für „Volk“ giebt es überhaupt gar kein Wort. Wie unter solchen Umständen eine türkische Zeitung aussieht, ist schwer vorzustellen! Jeden Sonnabend liest man einen Besuch über den Hofbesuch des Sultans, eine Anhäufung von Titeln und Phrasen im vornehmen Arabisch. Er wird mindestens genannt: Schatten Gottes auf Erden, glorreichster Nachfolger des Herrn der Propheten, der Stolz aller Herrscher, Beherrscher der beiden Kontinente und der beiden Meere, Wohltäter der ganzen Menschheit. Die erste Spalte oder auch Seite ist angefüllt mit Ernennungen und Ordensverleihungen, dann folgen offizielle Mitteilungen. Brächtig hören sich die Telegramme in der Landräte an: „Dank der Fürsorge Sr. Majestät ist eine Schule in... errichtet“. Oft werden aus den Gemeinde-Gaststätten „Schulen“ gemacht! Die geringste Kleinigkeit wird gemeldet; beliebt ist alles, was der Regierung nichts kostet. Der Ton ist stets hochfahrend nach oben und unten, händisch nach oben. Der und der Vorkämpfer habe eine Audienz nach-gesucht, schließlich sei sie ihm bewilligt, er habe die hohe Ehre genossen, den Staud des Thrones zu küssen. Langatmige Ausführungen preisen die Wohlthätigkeit des Sultans; ein Beispiel: „Unser heiligsten Oberfeldherrn seinen Soldaten zu preisen erzeigten wir die angenehme Gelegenheit bei dem Anlaß der allergnädigsten Bewilligung von 200 Pfässern (40 M.) für den Bau einer Schutzbatare für einen Soldaten in...“ Minimalste Geldbewilligungen für Witwen und Waisen werden spaltenlang gepriesen, ebenso die Wohlthätigkeit der Verwaltungsbehörden der Privatgüter des Sultans. Von literarischem Jubel ist in der Zeitung wenig zu finden, allenfalls die Uebersetzung eines möglichst ideenarmen französischen Romans. Im allgemeinen ist die Besprechung äußerer und innerer Politik verboten. Allenfalls werden Darstellungen der Reibereien auswärtiger Mächte aus dem „Figaro“ überseht. Bei Fürstbesuchen beim Sultan heißt es: „... kommt, um dem mächtigsten und künftigen Monarchen seine Verehrung auszudrücken“. Gelogen und verschwiegen wird über alle Mächte; da heißt es beispielsweise: „Gestern ist der König von Italien Umberto in seinem Schloß ruhig und sanft eingeschlafen“. Der von Kurpfuschern-Anzeigen strotzende Annoncentheil beschließt das Blatt.

Zum Schluß eine kleine Scene aus dieser Atmosphäre: Man hat einen gebildeten Türken ein französisches Weltblatt lesen sehen. Grund genug, ihn zur Volkseiwache des Sultansviertels zu führen. Der dortige Sicherheitskommissar, ein roher Analphabet, herrscht ihn an: Welchen Glauben hast Du? — Ich bin Mohammedaner (— andernfalls Heide!). — Warum liest Du feindliche Zeitungen und nicht die Sr. Majestät? — Ich glaube als anständiger und gebildeter Mensch die Freiheit zu haben, Zeitungen in einer Sprache zu lesen, die ich lange geübt habe. — Du bist ein Däse, wenn Du Dir dumme Worte einbildest, Du habest irgend eine Freiheit. Damit Du diese Einbildung aufgiebst, sollst Du 60 Däse erhalten! — Geschicht.

einen etwas komischen Anstrich, im ganzen aber doch einen ziemlich ersten Hintergrund hatte, war entstanden aus der Zwitterstellung, die den Hilfsbeamten der Schiedsgerichte durch das neue Invalidentgesetz (§ 104 Abs. 4) zugewiesen worden ist. Früher waren diese Beamten Privatbeamte des Vorsitzenden des Schiedsgerichts; um sie sicher zu stellen, machte man sie zu Beamten der Versicherungsanstalt, also zu öffentlichen Beamten. Damit wurde der Vorsitzende der Landes-Versicherungsanstalt ihr Vorgesetzter, der Disziplinargewalt über sie hat. Sie werden vom Vorstand der Versicherungsanstalt angestellt und in Pflicht genommen. Ihr Gehalt und ihre etwaigen Aufzählungsverhältnisse werden von dieser Behörde bestimmt. Aber da sie beim Schiedsgericht beschäftigt sind, unterstehen sie der unmittelbaren Dienstaufsicht des Schiedsgerichts-Vorsitzenden. Beim Schiedsgericht Berlin ist dieser neue Zustand am 7. April d. J. perfekt geworden. Das Schiedsgericht ist natürlich keine der Versicherungsanstalt untergeordnete, sondern eine völlig selbständige Behörde, als Organ der Rechtsprechung ist sie Berufungsinstanz gegen Entscheidungen des Vorstandes der Versicherungsanstalt. Der Konflikt liegt bei diesem seltsamen Verhältnis gewissermaßen in der Luft, namentlich wenn die Vorstände der beiden so miteinander verknüpften Behörden nicht gerade in dicker Freundschaft leben. Das scheint nun bei den zwei Berliner Herren auch nicht der Fall zu sein und so haben sie wegen der Hilfsbeamten des Schiedsgerichts seit der kurzen Zeit des Bestehens dieses neuen Zustandes eine ganze Anzahl kleiner Streitigkeiten um ihre Autorität gehabt, die allmählich zu immer größerer Gereiztheit führten und schließlich in einer großen Beschwerde-Aktion explodierten, mit der der Oberbürgermeister, der Polizeipräsident, das Reichs-Versicherungsamt und der Aufsicht der Versicherungsanstalt beschäftigt wurden.

Der Streit begann schon gleich bei der Verpflichtung der Beamten. Herr Dr. Freund ist der Meinung, daß es seine Sache sei, den Beamten Urlaub zu erteilen; er ließ deshalb die Beamten zur Verpflichtung als Anstaltsbeamte laden zu einer Zeit, zu der sie des Urlaubs von ihrer Dienstthätigkeit bedurften, und zwar alle zu gleicher Zeit, er ordnete auch eine Art der Gehaltszahlung an, daß die Beamten wiederum alle zu gleicher Zeit des Urlaubs von ihrer Dienstthätigkeit zum Zwecke der Abholung ihres Gehalts an einer entfernt gelegenen Kassenstelle bedurft hätten. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts, der sich dadurch nicht nur in seiner Autorität verletzt fühlte, sondern in der Regel auch eine Schädigung des Dienstbetriebes beim Schiedsgericht sah, verweigerte seinerseits den Beamten den Urlaub zu Gehaltszahlung. Dadurch gerieten einige Beamte, die ihr Gehalt nicht durch Mittelspersonen abholen lassen konnten, in Geldverlegenheiten. Darum wies der Vorsitzende des Schiedsgerichts diesen Beamten das Gehalt vorläufigweise aus der Kasse des Schiedsgerichts an, die gepreist wird aus der Kasse der Versicherungsanstalt. Er meldete das zwar sofort dem Vorstande der Versicherungsanstalt, Dr. Freund aber erkannte diese Zahlung nicht an und ließ den Beamten das Gehalt auf ihre Kosten nochmals zu senden. Diese Streitigkeiten um das Recht der Urlaubserteilung bezogen sich auch auf die Erteilung des Sommerurlaubes und der Krankmeldungen. Es ist eigentlich selbstverständlich und bedarf gar keines Nachweises, daß der Vorsitzende des Schiedsgerichts, der für den ordentlichen Dienstbetrieb beim Schiedsgericht haltbar ist, auch über den Urlaub seiner Bureaubeamten in dem vorgeschriebenen Rahmen zu bestimmen haben muß; Dr. Freund wollte zwar dem Schiedsgerichts-Vorsitzenden zugestehen, daß er um seine Meinung befragt, also am Ende diese auch beachtet werden würde, anordnen aber wollte trotzdem Dr. Freund den Urlaub. Aus Prinzip! sagt er; zur Wahrung seiner Autorität.

Herr Dr. Freund erwiderte sich in dem Kampfe um seine Autorität als ein Mann von lauter Prinzipien. Sogar über das Densitzen durch einen Bureaubeamten wollte er aus Prinzip bestimmen. Die drei in Berlin domizilierten Schiedsgerichte, von denen aber nur eins zur Landes-Versicherungsanstalt Berlin gehört, sind in demselben Gebäude untergebracht und auch ihre Kassengehäfte sind an einer Stelle vereinigt und werden seit je von einem Beamten verwaltet. Dieser ist als Hilfsbeamter des Berliner Schiedsgerichts jetzt Beamter der Berliner Versicherungsanstalt und verwaltet die Kassengehäfte der beiden anderen Schiedsgerichte im Nebenamt. Seit Jahren und zur Zufriedenheit und zum Vorteil aller Beteiligten. Auch die Beheizung der Bureauräume aller drei Schiedsgerichte wird seit Jahren von einem Beamten des Berliner Schiedsgerichts ausgeführt. Nach der Umwandlung der Anstellungsverhältnisse der Beamten des Schiedsgerichts verlangte nun Dr. Freund, daß seine besondere Genehmigung zur Ausübung dieser Nebenbeschäftigungen eingeholt werde. Nur aus Prinzip! Versagen wollte er sie keineswegs.

Und dergleichen Kleinigkeiten mehr. Allenthalben zeigte Herr Dr. Freund das Bestreben, wie ein kleiner Autokrat, gefragt zu werden um Dinge, über die er praktisch gar nichts wissen und sagen konnte, für die er immer, sollten seine Anordnungen nicht oft unausführbar werden, auf die Wissenschaft des Schiedsgerichts-Vorsitzenden angewiesen war. Dieser leitet die Dienstgehäfte des Schiedsgerichts, er allein weiß, wie er seine Beamten verwenden muß und deshalb muß auch er das Bestimmungsrecht haben, nicht aber der Vorsitzende der Landesversicherungs-Anstalt, der in die Angelegenheiten des Schiedsgerichts doch nicht das geringste dreinzureden hat.

Bei alledem bediente sich Dr. Freund bei seinem vielfachen Schriftwechsel mit dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts gewisser Wendungen, wie sie allerschlimmsten dem Vorgesetzten gegen den Untergebenen nachgesprochen werden. Es war so weit gekommen, daß Herr v. Gostkowsk es ablehnte, mit Herrn Dr. Freund noch weiteren Schriftwechsel zu pflegen.

Der Vorsitzende des Schiedsgerichts beschwerte sich schließlich über Herrn Dr. Freund bei den zuständigen Instanzen und bekam allenthalben in der Hauptsache recht. Der Polizeipräsident, an den die Beschwerde zunächst zu gehen hatte, stellte sich auf die Seite des Schiedsgerichts-Vorsitzenden und ebenso das Reichs-Versicherungsamt, das formell zu entscheiden hatte.

Kamentlich in der Gehaltszahlungs-Angelegenheit erklärte es zwar die Vorkassezahlung aus der Kasse des Schiedsgerichts als nicht korrekt, sprach aber Herrn Dr. Freund seine „ernstliche Mißbilligung“ für sein Verfahren aus.

Ebenso stellte sich der Aufsicht der Versicherungsanstalt auf die Seite des Schiedsgerichts-Vorsitzenden. Dort wurde auch die erstbeste Seite dieses Missverständnisses hervorgehoben. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Beamten des Schiedsgerichts von dem an allen Prozesssachen als Partei interessierten Vorstände der Versicherungsanstalt unabhängig sein müssen. Es dürfe in ihnen nicht die Verpflichtung entstehen, daß sie in ihren persönlichen Verhältnissen abhängig seien vom Vorstande der Versicherungsanstalt. Es wurde dem zwar entgegengehalten, daß die Rechtsprechung ja nicht von den Bureaubeamten ausgeht, und daß diese überdies Gr und G e s e h e s in ihren Anstellungs-, Gehalts- und Aufzählungsverhältnissen vom Vorstande der Versicherungsanstalt abhängig seien, welcher Zustand auch nur g e s e h e s geändert werden könne. Doch wurde auch darauf hingewiesen, daß thatsächlich schon der Vorsitzende des Schiedsgerichts die Abberufung eines Beamten habe verlangen müssen, der ihn von der Versicherungsanstalt Brandenburg überwiesen war; er hätte bei der Aftenbearbeitung fortgesetzt im Interesse dieser Anstalt gehandelt. Diese Gefahr ist auch in der That nicht von der Hand zu weisen. Wenn auch die Bureaubeamten an der Rechtsprechung nicht teilnehmen, so sind sie bei der Aftenbearbeitung trotzdem in der Lage, in bestimmten Grenzen einseitige Interessen wahrzunehmen zum Nachteil des rechtsprechenden Publikums und es wird deshalb auch der Gesetzgeber an diesem Kleinstrich zwischen den beiden Behörden nicht achtlos vorübergehen dürfen. Es dürfte unter Umständen doch wohl zu erwägen sein, ob die Stellung der Hilfsbeamten der Schiedsgerichte nicht geändert werden muß. Es ist ohne Zweifel ein widerspruchsvoller Zustand, daß eine Berufungsinstanz mit ihrem ganzen Personal abhängig ist von einer Instanz, deren Entscheidungen sie nachzuprüfen und eventuell zu corrigieren berufen ist.

**Gewerbegerichtliches.** In Erfurt wurden in der Klasse der Arbeiter sämtliche Kandidaten des Gewerkschaftsartells gewählt und in der Klasse der Unternehmer ebenso bis auf einen, der mit einer Stimme Minderheit gegen den Kandidaten der Innungen unterlag. Vollständig siegte die Liste des Gewerkschaftsartells sowohl in der Klasse der Arbeiter wie der der Unternehmer in Eisenach. Die Arbeiterliste des Gewerkschaftsartells wurde auch in Jena gewählt und zwar ohne Gegenliste. Dasselbe geschah in Hanau. In Freiburg i. V. wurde zum erstenmal nach dem System der Verhältniswahl gewählt. Das Gewerkschaftsartell erhielt 750 und die christlichen Gewerkschaften 686 Stimmen; es gelten danach von jeder Partei fünf Beisitzer als gewählt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt:

Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstück- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unzüchtige Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungekürzt und zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgebern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmaßregeln. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befeuchtung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Befichtigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Beschwerden nehmen entgegen: Fräulein Vaander, Blücherstraße 49, Hof II. Frau Baucke, Postdörferstr. 43, Diergeb. I. Frau Dr. Wehl, Lothringersstr. 67, I. Frau Laß, Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau Reich, Lindenstr. 3, linker Aufg. IV. Frau Ties, Blumenstr. 63, I rechts. Fr. Heidemann, Alte Jakobstr. 108, IV. Fr. Gränberg, Köpnickstr. 8b, IV. Frau Jeché, Kirdorf, Steinmetzstraße 120, Hof I. Frau Schmidt, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 130.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr. Gewerkschafts-Bureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 16, im Laden. Vom 9—11 und nachm. 6—8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektions-Beauftragten Fr. Reichert, Engel-Ufer 4, Fr. Kummer, Georgenkirchplatz 21, Fr. v. Bennigsen-Förder, Prinzen-Allee 88, sind für Arbeiterinnen allein jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9—10 Uhr vormittags zu sprechen.

Die Beschwerdekommmission der Arbeiterinnen Berlins.

## Verfammlungen.

Zu der Kronen-Brauerei tagte am Mittwoch wieder eine stark besuchte Kommunalwähler-Verfammlungen. Genosse Ewald, der leitende Vertreter des 43. Kommunal-Wahlbezirks sprach hier zu seinen Wählern. Er begann seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß es freisinnige in Berlin gar nicht mehr gebe, denn die preussischen Landtagswahlen haben gezeigt, daß die, welche sich freisinnige nennen, mit den Reaktionen ein Herz und eine Seele sind. Uns kann es nur recht sein, wenn sich die Parteigruppierung so gestaltet, daß alle bürgerliche Parteien vom Freisinn bis zur äußersten Rechten uns geschlossen gegenüberstehen. Wir wissen dann mit wem wir es zu thun haben. Mit entschiedenen Gegnern ist immer noch besser fertig zu werden, wie mit falschen Freunden. Wie auf politischem so gehören die Freisinnigen auch auf kommunalem Gebiet zu denen, die weder Verständnis für die Interessen des Volkes, noch den Willen haben, diese Interessen zu vertreten. Der Redner besprach eine Reihe der belamnten Vorkommnisse auf dem Gebiet der städtischen Verwaltung und zeigte dabei, wie sehr die Interessen der arbeitenden Bevölkerung durch die Vertreter des Freisinn geschädigt worden sind, wie diese Herren immer nur nach „oben“ schielen, und auf einen Wind von hoher Stelle heute das anzuschauen bereit sind, was sie gestern erst beschlossen haben. Es kann keine Frage sein, daß die Berliner Arbeiter solche Leute nicht zu ihren Vertretern machen, es kann auch nicht fraglich sein, daß der 43. Bezirk auch diesmal wieder für unsere Partei gewonnen wird, aber es kommt auch darauf an, daß der Sieg mit einer bedeutend größeren Stimmenzahl wie bei der vorigen Wahl errungen wird, und ferner gilt es, auch den 42. Bezirk den Freisinnigen abzunehmen. Dafür möge jeder Genosse seine Kraft einlegen. — Nach dem mit lebhaft aufgenommenen Vortrage richtete der Vorsitzende, Karl Fischer, die Mahnung an die Anwesenden, für rege Wahlbeteiligung und Mitarbeit Sorge zu tragen, worauf er die Verfammlungen mit einem Hoch auf die Socialdemokratie schloß.

### Marktpreise von Berlin am 25. November 1903

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidenten.

	15.90	15.87	Strohlohn, neue D. Str.	6.50	5.00
*Weizen, gut D. Str.	15.90	15.87	Rindfleisch, Rente 1 kg	1.90	1.20
„ mittel	15.84	15.81	„ do. Bauch	1.50	1.10
„ gering	15.78	15.75	Schweinefleisch	1.60	1.10
*Roggen, gut	13.00	12.98	Kalbsteck	2.00	1.20
„ mittel	12.96	12.94	Hammelfleisch	1.80	1.10
„ gering	12.92	12.90	Butter	2.90	2.00
†Gerste, gut	14.50	14.30	Eier	60 Stück	5.00
„ mittel	13.20	12.10	Kartoffeln	1 kg	2.20
„ gering	12.00	10.90	„	„	2.30
†Hafer, gut	15.60	14.70	„	„	2.50
„ mittel	14.60	13.70	„	„	2.60
„ gering	13.60	12.70	„	„	2.00
Milchstroh	4.16	3.66	„	„	1.80
Heu	7.20	4.90	„	„	3.00
Erdbeeren	40.00	25.00	„	„	1.40
Speisebohnen	50.00	25.00	„	„	1.50
Rüben	60.00	30.00	„	„	3.00

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Freitag, den 27. November, abends 9 Uhr:

# 11 Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

- 1. Kreis:**  
Industrie-Festsäle, Beuthstr. 20/21
- 2. Kreis:**  
Kabels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
- 3. Kreis:**  
Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96
- 4. Kreis (Südost):**  
Urania-Säle, Brangelstr. 9/10.

- 4. Kreis (Ost):**  
Königshaus, Gr. Frankfurterstr. 117
- 5. Kreis:**  
Schützenhaus, Linienstr. 5.
- 6. Kreis:**  
Fröbels Allerlei-Theater, Schönhäuser Allee 148.
- Wilke, Brunnenstr. 188.
- Schmidt, Gartenstr. 9.
- Lehmann, Schulstr. 29.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49

Tagesordnung in allen Versammlungen: **Verkündung des Wahlergebnisses.**  
Zahlreichen Besuch erwarten

## Achtung! Bananschlager! Achtung!

Der Lokalverein der Bananschlager Berlins und Umgegend hat am Sonntag, den 29. November 1903, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr **Versammlung** bei Franke, Sebastianstraße 39. Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 29. November 1903, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, Saal 1: **Versammlung der Einsetzer Berlins und Umgegend.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Koll. Fendel. 2. Wahl eines Reviseurs. 3. Branchenangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Obmann.

## Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. 89.)  
Sonntag, den 28. November, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Melchior-Strasse 15: **Versammlung**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Dr. Südkom über: „Das Wesen des Arbeitsvertrages“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. NB. Die Bilets zum Weihnachts-Vergnügen am 1. Feiertag in Herzbergs Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96 (Zoo der Leipziger Sänger und Ball) gelangen zur Ausgabe.  
Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. Der Vorstand.

## Central-Verband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin u. Umgegend.  
Sonntag, den 29. November 1903: **2 Versammlungen.**  
Bezirk 4 (Osten): Nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr bei Keller, Koppensstraße 29 (oberer Saal). Tages-Ordnung: Die Gewerkschaftsbewegung und was müssen die Frauen davon wissen. Referent: Genossin Frau Thiede.  
Bezirk 15 (Rixdorf): Nachmittags 3 Uhr bei Mercker, Steinmühlstraße 113. Tages-Ordnung: 1. Gewerkschaftliches. 2. Das Unfallversicherungsgesetz und seine Bedeutung für die Arbeiter. Referent: Arbeitersekretär Genosse G. Link.  
Es ist Pflicht der Mitglieder, vollständig zu erscheinen. Im Bezirk 4 findet die Versammlung mit Frauen statt. Der Vorstand.



**Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.**  
Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**  
Gambrinusbräu (Münchener)  
Nepomukbräu (Pilsener)  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.  
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.  
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.

**Herren-Kragen,** — reinfarben, garantiert 4fach, — verschiedene Façons in allen Weiten, Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht. — Geschlossene Kragen — per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf. Manschetten, Prima, garant. 4fach 1/2 Dutzend 1.80 Mk., Oberhemden, Serviteurs, Krawatten, in größter Auswahl, Trikotagen, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Engrospreisen. Ernst Marcuse, Wägenstr. 23.  
**Restaurant Paul Scholz** Barutherstr. 22, Ecke Zossenerstr. 1. Vereinszimmer für Zahlstellen noch einige Tage frei (auch Sonntag abends). — Gutes Bayrisch und Welshier. 34312  
**Kopfläuse** — Nebst Brut verschwinden sofort durch Caschidil. Erfolg überraschend. In Drogerien 50 Pf. „Puffi“

Heute gibt es wieder **Frische Blut- und Leber-Wurst** in bekannter labelloser Qualität. **Rich. Augustin,** Lindenstr. 69. „Vorwärts“-Haus. Frühstück- und Mittagstisch. Sitzungszimmer.

**Nur** in Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Köpferstr. 2. **Koch & Seeland** enorm billige **Reste** für Herren-Anzüge, Winter-Paletots, Hosen, Kinder-Anzüge usw. • Damen-Tücher. •



Nickel-Remont.-Uhren von 5 M. an  
Silb. Remont.-Uhren „ 8 „ „  
Gold-Remont.-Uhren „ 15 „ „  
Regul.-Nussb.-Uhren „ 9 „ „  
Reelle schriftliche Garantie.  
**E. Möbis,** 82 Koppen-Strasse 82  
3 Min. v. Egl. Bahnh.

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Metallarbeiter **Hermann Gärtner** nach langen schweren Leiden verschieden ist. 34945  
Dies zeigen tiefbetrübt an Witwe Gärtner nebst Kindern. Admiraistr. 3.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. November, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr in der Halle des neuen Jacobikirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Todes-Anzeige.  
Den am 25. d. M., nachts 2<sup>1/2</sup> Uhr, erfolgten Tod Ihrer geliebten Tochter **Gertrud Vogt** zeigen tiefbetrübt an **Paul Vogt** nebst Frau. Beerdigung Sonntag abends 2<sup>1/2</sup> Uhr vom Paul-Gerhardt-Friedhof.

**Dankfagung.**  
Für die überaus große Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters des Arbeiters **Karl Schulz** sage dem Herrn Chef Otto Heumann, dem Meister Herrn Koch, sowie allen Kollegen der Firma Koch u. Heumann, ebenfalls den Vereinsmitgliedern und allen Bekannten meinen herzlichsten Dank. 34896  
Die trauernde Witwe **Frau Schulz** nebst Kindern Schöneberg, Reimingerstr. 8.

**Sägen-Schränkzangen,** höchst praktisch, jede Säge kann damit geschränkt werden, ist auch zu anderen Zwecken noch brauchbar. Defektwerden ausgeschlossen. Preis 1,50 M. Nur zu haben bei **Richard Siebach, Plauen i. V., Rinnelberg 11.** Für Wiederverkäufer hoher Rabatt.

**Hamburger Cigarrenlager**  
500 000 la. Sumatra, Brasil, Vorstd. v. 20 Mk. für Tausend an zu verk.; von 500 Stück an gegen Nachnahme. **Leo Isaacsen, Hamburg, 145/11<sup>a</sup> Gerhofstrasse 32.**

**Winter-Paletots.** Elegante Jackett-Anzüge in allen modernen Farben und Streifen 18-45 Mark. **Rock- und Gehrock-Anzüge** schwarz und farbig von 25-54 Mark. **Stoff-Hosen** von 3-14 Mark. **Winter-Paletots.** Elegante und moderne Verarbeitung in allen modernen Farben und Streifen von 16-54 Mark. **Jünglings- und Knaben-Garderobe** in grosser Auswahl. **Moderne Westen** von 1,75-7,50 Mark.

Gegründet 1879.  
**Herren- und Knaben-Garderobe**  
**Julius Lindenbaum**  
141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.  
Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.  
**Feste Preise!**

**Einen** Versuch bitten wir mit unserer anerkannt guten 5 Pfg.-Cigarre **Meteor** zu machen; Sie haben dann eine hochfeine Qualitäts-Cigarre gefunden. Alleinverkauf bei **Stein, Chausseestr. 65/66.**

**Nur** neueste **Moden.** Dieser leichte, schwarze Hut mit Futter, moderne Form, kostet 1,90 M. **Cylinderhüte und Chapeau claquees** in großer Auswahl. **Special-Hut-Engroslager** nur neuester Moden. **Einzelverkauf zu Fabrikpreisen** im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexander-Platz. Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise. 32772  
**Filzhüte für Herren,** mit Atlasfutter M. 1.50, höchste Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität M. 4.50.

Die weltbekannte **Bettfedern-fabrik** Gustav-Luftig, Berlin, Pringelstr. 46, verleiht gegen Rücknahme garant. neue Bettfedern d. Fd. 50 Pf., beste Goidbannen d. Fd. 1.25, beste Goidbannen d. Fd. 1.75, beste Goidbannen d. Fd. 2.25, 3 bis 4 Fäden zum großen Comfort. Verpackung frei. Preis v. Federn gratis. Bitte Anerkennungskarte.

**Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.** Sonntagmittag 1/2 2 Uhr: **Brandenburger (Bahnhof) (Gesundbrunnen) nach Wilhelmshagen.** 18/5  
Donnerstag, den 3. Dezember: **Versammlung** bei **Merkowski, Andraastr. 26.**

**Partei-Expeditionen:**  
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenbinderstr. 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Frig. Pringelstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engelke, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Bauhofstr. 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Wunders, Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz:** Hermann Rasche, Hagenstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Wars, Kastanien-Allee 95/96. — **Alt-Gliencke:** W. Pries, Rudowerstr. 69. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Seifenheimerstr. 1, Ecke Goethestr., vorn l. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Ridel, Umlandstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:** Otto Seidel, O. 112, Kronprinzenstraße 50, l. — **Grünau:** Rüd. Budak, Köpferstr. 1, ll. — **Rixdorf:** R. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Rastin-Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöne-weide:** Otto Rünzer, Ohmstr. 1a, 2 Treppen. — **Nieder-Schöne-weide:** Sonatowski, Berlinstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Köpferstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Hise, Hadenbergstr. 8. — **Köpenick:** Friedrich Woid, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** D. Bernice, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Rohr, Duppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — **Baumsehuldenweg:** Stod, Ernststr. 2, ll. — **Treptow:** R. Bolgi, Wiesenstr. 37, vorn III. — **Neu-Weissensee:** W. Recke, König-Chaussee 33a, l. — **Rummelsburg:** Forger, Prinz Albrechtstr. 5a. — **Tegel, Borsigwalde, Daldorf und Waldmannslust:** Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43. — **Pankow:** R. Kummert, Florastr. 43. Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.

**Steppdecken** 3173L  
**Gelegenheitskauf!**  
Wollatlas, alle Farben 4,85  
Similiseide, alle Farben 6,00  
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.  
Special-Haus **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstrasse 150.

**Unsinn** ist es, für einen Kleider viel Geld auszugeben. Wir liefern aus echt englischen Stoffen für 40.— M. einen eleganten Paletot, 50.— M. einen eleganten Anzug nach Maß. **Labellofer** ist, gute Verarbeitung, in Material wird garantiert. Auf Wunsch senden Fachmann mit Muster.  
**Modehaus „Gentleman“** Friedrichstr. 131d, Ecke Karlstr. 1. Etage. 33002  
Klein Laden. Bitte auf Firma zu achten.  
**Sirischfleisch** 25-30-40 Pf., Brustchen und Blätter.  
**Große Hosen** M. 2,75 u. 3.—  
**Oderbr. Gänse** 55 u. 60 Pf.  
Junge Enten, Hühner, Kaninchen 70 Pf., Dresdener: Amt IV, A. Ritschl, Straße 61. 1599.

# Puppen-Fabrik u. Klinik

Brunnenstr. 119, Otto Kreyszig, Brunnenstr. 119.  
 Kauft man, wie bekannt, am besten und billigsten Puppen, sowie sämtliche für Puppen nötige Artikel. Geschnittene werden gratis befehligt.  
**Puppen-Reparaturen billigst.**

**Damen erhalten elegante Garderoben**  
 nach Maß bei nur geringem Aufschlag. **J. Kurzberg, Königsstr. 47 II.**  
 Direkt an Alexanderpl.

**Oderbrucher und pommersche Gänse**  
 sowie Gänsefleisch, Lebern, Lieren u. Gänselein empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen  
**Fritz Weber, Grüner Weg 57, im Keller.**

**Dr. Simmel, Preisstr. 41.**  
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
 10-2-5-7, Sonntags 10-12-2-4.  
**Dr. Schönemann**  
 Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.  
 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, Sonnt. 9-11

## 16. Ziehung 5. Klasse 209. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 26. November 1908, vormittags.  
 Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
 (Eine Gewähr.) Wiedruck verboten.  
 189 430 78 661 713 18 993 1006 185 235 419 641 87  
 2031 49 142 401 222 740 (5000) 894 929 3049 123  
 349 427 58 282 619 904 64 4009 80 386 492 514 33 903  
 (500) 59 54 5041 (1000) 421 (3000) 46 68 521 36 45  
 (500) 670 704 6135 629 675 577 804 (500) 70 7150 261  
 359 550 62 (500) 79 700 58 988 8106 240 738 91 499  
 618 83 610 75 (1000) 9318 567 643 951  
 10471 698 95 984 11000 7 18 74 126 238 90 421  
 32 62 (500) 540 84 677 847 990 23 61 12072 (5000)  
 4 286 335 (3000) 416 549 620 (500) 72 774 (500) 822  
 832 13065 144 344 477 573 742 829 61 14270 95  
 619 15 86 776 91 15115 42 458 688 829 934 16004  
 63 90 (500) 93 (1000) 131 250 326 405 55 76 545 741 83  
 863 59 79 80 912 86 17018 87 177 85 287 311 476 612  
 878 (1000) 92 18025 81 95 124 256 422 (500) 43 734  
 900 19028 307 58 609 303 71 (500) 79 76 909  
 20016 293 639 603 53 69 856 928 21037 143 234  
 429 85 608 878 663 22022 (500) 106 61 83 810 (500)  
 35 99 90 (500) 23022 34 84 221 432 615 786 90 (500)  
 818 969 24016 26 69 (500) 153 117 40 367 (1000) 467  
 612 24 65 440 705 904 25074 235 72 95 84 20019  
 28 96 135 234 251 665 (500) 663 81 99 704 75 813 99  
 27008 38 143 95 299 80 90 341 47 91 435 515 801 938  
 54 81 89 28424 601 763 814 884 986 29011 (500) 38 39  
 470 75 307 442 (500) 690 750 (1000) 817 51 956  
 30033 228 (3000) 89 383 367 (500) 663 753 31088  
 95 (500) 139 (1000) 98 348 71 87 403 689 761 842 903  
 36 (500) 65 32229 331 59 447 677 709 920 33108  
 438 617 (1000) 929 34085 140 269 82 491 543 50 615  
 945 97 (500) 908 28 35010 79 82 98 235 320 94 97 326  
 41 714 878 (3000) 36034 97 102 201 381 407 37004  
 (1000) 102 339 49 716 235 38241 52 458 (1000) 75  
 832 90 39023 29 97 254 430 68 598 74 719 828  
 40090 211 24 39 547 749 61 97 832 71 (1000) 983  
 41106 25 238 812 703 803 42049 (500) 289 388  
 519 30 27 31 41 897 929 43366 503 715 88 856 44219  
 63 91 590 726 906 72 45127 31 338 (1000) 82 400 503  
 725 41 882 44067 (500) 91 628 (1000) 73 (500) 889  
 160 47 (500) 65 (500) 47295 491 525 642 77 94 721  
 834 61 48923 26 292 328 50 494 503 35 64 690 818 35  
 48 810 23 (500) 49003 26 148 273 (500) 318 59 516  
 27 41 631 854 (1000)  
 50153 (500) 368 448 602 936 73 51498 578 920  
 25 52059 (1000) 233 96 320 (500) 97 406 (1000) 679  
 763 816 943 (500) 87 93 63243 56 76 306 48 522 634  
 717 843 54144 215 338 544 61 811 72 84 55049 427  
 684 870 56980 114 76 401 (500) 9 597 607 727 614  
 (5000) 87 57033 234 76 463 78 782 83 926 69 81  
 58132 82 92 394 723 816 59014 41 91 (3000) 131 32  
 (3000) 215 87 372 629 730 804 20 853  
 60090 60 445 334 (500) 765 839 62 981 61076 307  
 568 677 817 62140 215 382 823 75 868 63046 57 327  
 88 609 11 (1000) 716 864 64559 64 603 732 56 71 864  
 923 61 65013 (1000) 223 61 903 538 49 713 (1000) 35  
 849 975 90 66118 559 612 73 74 67086 (500) 90 108  
 314 49 57 92 423 (500) 677 (1000) 801 929 68431 784  
 832 910 69029 67 71 138 86 342 98 419 946 686 (1000)  
 90 833 37  
 70221 37 40 291 (3000) 80 505 716 500 (500) 71  
 963 (1000) 72066 201 (1000) 35 (1000) 372 93 651 705  
 34 (3000) 44 78 97 72271 429 733 74 815 90 938 57  
 (3000) 73088 165 317 29 424 59 70 924 64 74447  
 683 75618 (1000) 21 75 706 932 (500) 50 76014 (1000)  
 273 288 613 47 (3000) 24 805 42 973 77090 111 21  
 (3000) 242 47 501 43 88 223 921 32 78037 64 (500)  
 164 78 276 422 69 504 38 767 839 67 79030 (500)  
 37 92 134 420 48 692 33 985  
 80421 81 352 551 (500) 679 790 840 969 75  
 81193 377 489 82000 49 (3000) 190 230 346 443 46  
 672 88 (1000) 637 35 776 (1000) 301 36 81 83019 83  
 (1000) 337 68 (500) 86 (500) 618 798 876 987 84014  
 70 205 307 466 (3000) 591 19 30 43 671 85 803 928  
 85006 164 445 694 981 (3000) 86080 496 586 65 721  
 67 93 914 87175 (1000) 294 (3000) 374 439 79 91 96  
 (1000) 537 880 945 88040 194 274 93 326 575 932 (1000)  
 89083 182 274 83 384 90 (500) 433 500 616 (500) 51  
 89 714 22 874  
 90046 49 123 201 318 820 964 91183 281 83 348  
 543 87 (3000) 94 833 747 915 51 61 92038 60 157 87  
 (800) 287 377 402 (500) 24 529 642 50 808 17 (1000) 67  
 81 860 93007 424 548 642 748 94029 23 54 260 865  
 83 847 70 72 95248 90 411 562 645 954 96177 228  
 482 620 62 717 (500) 801 969 73 (1000) 97028 306  
 (3000) 17 67 (500) 77 (500) 430 (500) 49 564 65 756  
 919 98013 329 (1000) 571 (3000) 76 799 (1000)  
 99088 (500) 111 66 348 76 63 550 67 73 79 82 822 31  
 100015 338 489 (1000) 894 965 101117 73 97  
 212 86 344 77 465 589 603 810 34 102053 419 35 68  
 558 82 799 103044 (1000) 144 221 (3000) 507 90  
 876 104029 42 338 434 365 739 50 (1000) 812 70 981  
 105122 73 212 52 641 719 31 73 838 87 106064 68  
 78 (1000) 117 (3000) 272 (3000) 444 627 64 610 76 (500)  
 803 17 925 107019 146 444 550 108137 297 311  
 44 583 634 717 23 99 805 935 92 109044 142 (3000)  
 54 (1000) 61 307 73 94 890 966  
 11079 325 37 67 (500) 484 584 624 (1000) 40 928  
 69 11142 80 236 45 444 (3000) 863 (1000) 99 112094  
 436 62 63 641 (3000) 55 781 (500) 810 92 912 113018  
 73 82 128 79 289 417 43 639 78 82 812 114044 71 160  
 (3000) 85 245 626 (1000) 837 45 956 87 115065 367  
 681 (3000) 806 953 116001 34 130 245 54 586 95 600

## 16. Ziehung 5. Klasse 209. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 26. November 1908, nachmittags.  
 Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
 (Eine Gewähr.) Wiedruck verboten.  
 318 763 857 965 1369 412 581 607 15 (1000) 820 31  
 53 92 2060 (500) 61 434 510 (1000) 650 707 931 44  
 3082 85 127 73 234 79 431 821 26 949 71 (3000) 4022 45  
 152 (500) 77 46 328 426 (500) 73 549 82 807 8 (500) 767  
 5012 257 372 495 677 745 94 833 956 60 6188 224 (3000)  
 74 79 345 502 51 77 817 43 996 (1000) 7102 232 383 644  
 (500) 79 8083 284 95 516 663 716 69 889 904 90 9023  
 332 411 591 970 93  
 10177 212 44 369 33 641 760 946 11029 587 (500)  
 89 733 817 965 (500) 12900 33 1007 57 (500) 72 76 568  
 63 792 (500) 76 (3000) 670 78 13005 81 137 38 89 431  
 (500) 37 559 69 686 776 849 58 989 14002 189 (500)  
 321 443 68 590 622 751 61 998 977 15067 201 37 84  
 434 (500) 504 709 37 898 962 16012 (500) 29 73 363  
 17 389 90 651 17099 70 102 40 80 217 94 300 439 514 638  
 41 18002 30 44 417 (500) 43 674 693 804 912 19091  
 170 258 407 689 731 (500) 829 63  
 20139 58 207 95 438 95 667 808 18 (1000) 21237  
 (500) 363 467 89 644 815 945 22084 87 354 (500) 453  
 547 59 88 759 839 933 36 23022 (3000) 144 223 (500)  
 302 436 502 645 721 31 41 63 530 922 (1000) 24023 219  
 333 38 53 546 96 (3000) 796 828 991 25010 191 250 58  
 (1000) 392 571 671 708 85 919 26042 80 86 176 242 80  
 527 (1000) 631 47 58 798 879 965 27049 78 79 104 262  
 317 670 88 964 28068 101 270 330 (3000) 408 41 867  
 538 833 927 29288 300 60 447 501 903 780 855 (500) 987  
 30051 90 313 24 54 55 671 (3000) 906 67 (500) 79  
 31014 45 211 825 825 66 32112 201 585 (1000) 631 903  
 61 (500) 94 33023 47 72 93 330 (1000) 733 34064  
 (500) 318 542 99 613 80 726 900 35147 88 261 488 514  
 624 26 875 (500) 89 912 51 80 96 36064 114 34 83 277  
 310 479 83 762 82 969 37115 30 295 98 494 620 737  
 (500) 78 90 822 30 76 961 38077 (500) 422 510 41 (500)  
 624 49 50 82 785 (1000) 39039 47 103 73 90 326 433  
 (3000) 509 438 98  
 40635 214 35 329 43 48 530 892 895 41288 366 78  
 537 618 711 839 (500) 47 (1000) 55 42169 318 485 547  
 72 617 58 802 967 43012 137 203 534 65 622 854 90 955  
 61 44109 87 236 40 336 414 538 48 694 872 809 45017  
 115 (500) 89 94 465 829 906 46077 152 311 (500) 64 454  
 630 38 740 876 87 839 74 (500) 47099 217 339 (1000)  
 480 851 83 48289 78 440 589 96 978 (1000) 49065  
 139 230 420 39 93 508 96 (3000) 646 750 89  
 50202 15 883 683 51341 44 549 942 (500) 52123  
 285 308 64 77 413 636 40 91 706 805 (500) 924 53078  
 169 240 312 513 78 609 95 786 801 24 54109 27 66 74  
 290 402 27 747 52 966 55122 35 42 424 56166 366 403  
 550 630 712 30 31 848 924 97 57119 248 310 72 76 417  
 635 (3000) 708 (3000) 30 43 893 98 960 58113 (500)  
 242 396 531 673 798 889 59023 295 373 630 49 713 37  
 60 75 899 599  
 60066 142 449 515 655 749 890 883 61224 32 26  
 304 558 624 67 780 837 99 811 62913 209 72 318 62 83  
 (1000) 439 504 609 64 706 912 85 63007 54 219 69 72  
 (500) 397 408 533 837 930 64067 294 747 855 932 60  
 65636 (1000) 94 89 90 423 489 69 81 654 83 804 87 965  
 66081 99 169 (3000) 99 232 51 421 (500) 977 67357 546  
 766 837 431 68180 (3000) 300 444 617 764 871 69019  
 37 137 345 454 57 75 501 839 905 87  
 70290 123 586 656 (3000) 71385 512 (1000) 640 78  
 (500) 979 72906 171 (1000) 377 98 (1000) 486 589  
 699 77 (500) 885 73064 72 88 288 510 812 87 941 74197  
 558 64 890 951 63 75110 46 288 (500) 339 444 59 890 98  
 606 719 (500) 839 64 76068 94 (500) 211 310 425 61 569  
 793 (3000) 888 979 77419 (500) 40 518 69 654 79 728 859  
 965 (500) 67 78588 82 546 63 (1000) 619 908 33 45  
 79035 89 (1000) 115 41 (1000) 291 684 805 957 73  
 80159 609 23 (500) 949 65 81264 81 338 61 432 96  
 655 704 66 842 75 82029 157 427 30 51 (1000) 67 782 97  
 828 634 73 83030 494 522 57 606 714 84078 296 373  
 94 641 738 844 69 (1000) 85023 54 423 77 699 701 50  
 (3000) 878 989 86051 114 90 232 352 714 856 969 86 (500)  
 87024 223 39 605 644 708 811 (3000) 30 35 88149 52  
 87 324 442 633 87 818 89046 228 97 304 451 (3000) 97  
 676 610 733 45 807 988 91  
 90001 161 (500) 97 99 356 401 767 966 91044 77  
 (500) 103 317 425 573 608 92 753 800 92063 178 274 378  
 440 716 24 49 (500) 80 344 966 41 93042 128 254 97 317  
 39 303 (3000) 794 (500) 818 94059 263 313 75 96 729 76  
 833 40 90 948 95141 55 503 12 29 36 813 87 901 76  
 96038 73 154 205 (3000) 47 91 394 582 645 742 97027  
 158 (500) 285 404 783 847 943 71 98044 90 323 (1000)  
 849 505 635 86 808 61 (500) 911 99008 27 31 163 83 221  
 72 77 760  
 100558 138 235 47 73 93 377 416 (1000) 79 633 90  
 842 47 101010 72 97 403 46 97 (500) 642 (500) 783 89  
 815 961 86 (3000) 102052 100 61 328 596 619 50 68  
 808 103054 89 155 312 93 424 523 26 632 724 201  
 104038 112 874 684 746 849 102255 (500) 77 201 24  
 29 78 426 513 26 856 106041 432 642 728 34 90 827 68  
 107088 245 445 729 (500) 108071 328 109121 268  
 (500) 82 91 351 498 656 896 95 (500) 49  
 110049 (1000) 138 233 357 734 (1000) 111017

## 16. Ziehung 5. Klasse 209. Reg. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 26. November 1908, nachmittags.  
 Nur die Gewinne über 240 RM. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
 (Eine Gewähr.) Wiedruck verboten.  
 457 (3000) 785 875 905 94 (500) 112027 34 241 398 89  
 690 113079 216 (3000) 82 340 575 (500) 698 739 86  
 (500) 832 79 977 95 114003 20 90 235 49 (500) 54 420  
 98 (500) 682 86 684 115088 121 201 2 (1000) 313 30  
 427 687 878 (500) 901 116815 33 64 117045 77 325  
 58 775 89 (1000) 826 118043 415 (1000) 533 617 70  
 (1000) 748 606 (500) 119018 24 (3000) 31 42 (1000)  
 807 970 (500)  
 120293 310 570 121210 72 85 438 528 745 825 54  
 64 (500) 78 99 929 122043 84 147 301 90 515 54 727 58  
 899 (500) 951 123104 96 234 38 564 705 870 124276  
 339 458 (500) 814 77 125001 39 122 50 310 45 (1000)  
 425 (500) 683 128007 328 423 691 894 634 127095  
 171 94 279 324 567 617 87 895 128081 154 411 61 41  
 587 879 (500) 918 129906 41 69 74 118 51 216 63  
 (3000) 322 429 90 567 726 50 (500) 85 928  
 130109 93 120 213 347 88 (1000) 415 34 40 (500)  
 75 510 85 091 19 709 819 28 29 66 131004 14 310 650  
 92 (500) 887 132300 (1000) 24 532 682 954 133127  
 47 (500) 86 (500) 249 304 31 402 708 96 894 74 134117  
 303 31 79 552 88 676 789 963 (500) 135527 40 96 (500)  
 702 85 968 (1000) 136027 29 (1000) 38 252 349 843 51  
 697 137025 98 184 301 402 59 (1000) 567 81 684 71 84  
 131888 223 433 532 694 706 917 25 (1000) 38 139015  
 109 15 265 339 439 580  
 140005 29 48 98 100 283 401 660 987 62 141030 78  
 104 16 35 211 69 90 683 707 810 63 89 142084 395 421  
 (1000) 92 522 781 918 143098 99 17

Stadtverordnetenwahlen

finden in der dritten Wählerklasse

heute, am 27. November

von morgens 9 bis abends 8 Uhr in den folgenden Kommunal-Wahlbezirken statt, in denen die dabei benannten Kandidaten seitens der Sozialdemokratie aufgestellt sind:

- 2. Kommunal-Wahlbezirk: Waldeck Manasse, Hermann Werner, Otto Antrich, Paul Singer, Arthur Stadthagen, Emil Kerfin, Max Schöneemann, Paul Schneider, Bernhard Bruns, Franz Kohle, Hermann Schubert, Hermann Borgmann, Wilhelm Grindel, Karl Anders, Ferdinand Ewald, Richard Augustin.

Die Parteigenossen, welche heute helfen wollen, werden ersucht, sich an folgenden Stellen einzufinden:

- 1. Wahlkreis: Morgens 8 Uhr im Central-Wahlbureau bei Glaue, Krausenstr. 18. 2. Wahlkreis: Morgens 8 Uhr: 5. Kommunalbezirk bei Kunkle, Wilowstr. 59 (Central-Bureau); 8. Kommunalbezirk, die Stadtbezirke 67, 70 bei Seidel, Wittenwalderstr. 16; Stadtbezirke 68, 69, 71 bei Scholz, Jossenerstr. 1 (Central-Bureau); Stadtbezirke 72, 73, 74 bei Wolf, Plan-Wer 27. 3. Wahlkreis: Morgens 8 Uhr für den 17. Bezirk: Restaurant Wolf, Prinzenstr. 23; Restaurant Ahmuf, Prinzenstr. 59; für den 18. Bezirk: Restaurant Wendt, Alexandrinenstr. 39; Restaurant Jessel, Sebastianstr. 38. Die Parteigenossen aus andern Wahlkreisen, welche sich noch zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich nach der Centrale, Alexandrinenstr. 39, zu begeben. Viertes und fünfter Wahlkreis. 24. Bezirk bei Paul Wittin, Warschauerstr. 61; 5. Baumgarten, Königsbergerstr. 7; Dolar Blume, Straßauer Allee 31b. 25. Bezirk bei Otto Franke, Jorndorferstraße 8. 28. Bezirk bei Schulze, Weberstr. 40a; Post, Niederstr. 5, und im Centralbureau, Rosenthalerstr. 57 (fünfter Kreis).

Vierte Wahlkreis früh 7 1/2 Uhr auch bei Wittich, Lübbenerstr. 1 (Hauptredaktion Amt IV Nr. 1709).

Fünfter Wahlkreis. Freiwillige Hilfskräfte für die Stadtverordnetenwahl wollen sich früh von 1/8 Uhr an bei Velter, Neue Königstr. 60, melden.

- Sechster Wahlkreis. Früh 8 Uhr: 31. Bezirk: Behrend, Ehornerstr. 7; Bernau, Schwedterstr. 23 (Amt III, 586); Ziedler, Saarbrückerstr. 6. 37. Bezirk: Korf, Elisabethstr. 18; Weigmann, Bernauerstr. 94; Diele, Adlerstr. 123 (Amt III, 5114). 39. Bezirk: Keifen, Gartenstr. 101; Michaelis, Eichendorffstr. 21; J. Kaiser, Pfingststr. 6 (Amt III, 5422). 42. Bezirk: K. Streit, Kirchstr. 22. 43. Bezirk: A. Fischer, Waldstr. 8 (Amt II, 600). 47. Bezirk: August Dohy, Müllerstr. 32a; Herm. Schwandt, Seestraße 25; Adolf Abendroth, Waldstr. 42/43; Joh. Friede, Magstr. 13b (Amt II, 3157).

Die Genossen, welche nicht den ganzen Tag helfen können, werden gebeten, sich wenigstens nachmittags besonders zwischen 5 und 6 Uhr in obigen Lokalen zur Verfügung zu stellen.

Parteigenossen, beteiligt Euch zahlreich an der Agitationsarbeit! Wer es irgendwie einrichten kann, übe sein Wahlrecht schon vormittags aus!

Die sozialdemokratischen Wähler der ersten und zweiten Abteilung werden ersucht, morgen und übermorgen in allen zur Wahl stehenden Bezirken ihre Stimmen auf den Genossen Paul Singer zu berechnen.

Heute abend 8 Uhr finden zur Verkündung des Resultats der Stadtverordnetenwahl in Berlin Volksversammlungen statt, und zwar in folgenden Lokalen: Industrie-Festhalle, Ventstr. 20/21; Habels Brauerei, Bergmannstraße 5-7; Königshof, Wilowstraße 37; Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96; Urania-Säle, Brangelstr. 9/10; Königshaus, Große Frankfurterstr. 117; Schützenhaus, Linienstr. 5; Kröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148; Wille, Brunnenstraße 188; Schmidt, Gartenstr. 9; Lehmann, Schulstr. 29; Kronen-Brauerei, Alt-Roabit 47-49. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Der Prozeß Skwilecki

Bewegt die Gemüter der Reichshauptstadt natürlich noch lebhaft. Wenn man den in dieser Angelegenheit einlaufenden Berichten trauen darf, so ist die Gräfin als die eigentliche Hauptperson des Dramas ungefähr in der Lage des Grafen Walderssee, als dieser nach China zog, wobei natürlich der Unterschied zu vermerken ist, daß der Weltmarschall damals seine Vorbeeren aus offiziellen und offiziellen Kreisen auf Vorstoß erntete, wogegen die Gräfin für ein hinter ihr liegendes Martyrium von der Bevölkerung als Heldin des Tages gefeiert wird. Die Dame war für die Reportage natürlich ein fetter Bißchen und mußte sich von einer Mitarbeiterin des „Berliner Tageblatt“ gestern früh interviewen lassen. Das wäre an sich belanglos, beachtenswert ist aber, daß die Gräfin dem erwähnten Besuch außer 200 Glückwunschtelegrammen den folgenden, vom 24. November, also dem Tage vor der Freisprechung datierten Brief ihres lieben Feindes Skwilecki zeigte:

Herrn Justizrat Bronker.

Hochachtungsvoll

Obvor der Nichterspruch gefällt worden ist, fühle ich mich verpflichtet, folgende Erklärung abzugeben: Ich bin durch den Gang der Verhandlungen zur Einsicht gelangt, meine Verbände auf Grund von mir nicht zu beweisender Thatsachen beschuldigt zu haben. Nachdem ich dieses ausgesprochen, ersuche ich Euer Hochwohlgeboren ergebenst, den beteiligten Personen dieses mitteilen zu wollen; auch hoffe ich, daß dieselben meinen Irrtum werden entschuldigen wollen.

Hochachtungsvoll

Hektor Skwilecki.

Die Verteidigung hat bekanntlich in der Verhandlung von diesem sensationellen Brief keinen Gebrauch gemacht. Ueber ihre Behandlung im Untersuchungsgefängnis sagte die Gräfin u. a.:

„Das schlimmste für mich während der Untersuchungshaft war, daß ich bis August keinen Spiegel hatte. Denken Sie, eine Dame ohne Spiegel! Und dann noch eins. Am 6. Uhr wurde

mir das Chbested fortgenommen. Sollte ich nachher noch etwas genießen, so mußte ich mit den Fingern essen. Abscheulich, nicht wahr? Sehen Sie mich nicht an! Ich bin arm wie Floh, habe nicht zum Anziehen. In der Haft schrieb ich viele Briefe, las alle Zeitungen, freilich nur deutsche, die polnischen waren mir verboten, und sogar eine Handarbeit habe ich gemacht... In einem kleinen Koffer hatte ich meine nötigen Toilettesachen, nur der Gebrauch von Schere und Rasierapparat war mir unteragt. Von Januar bis Juli habe ich mit niemandem im Untersuchungsgefängnis sprechen dürfen. Erst dann erhielt ich die Erlaubnis, mit den Oberaufseherinnen während der vorgeschriebenen Promenade zu sprechen.“

Der Prozeß verursachte auch gestern noch mancherlei Aufregung im Kriminalgerichts-Gebäude, insbesondere im Raum der Gerichtskasse, die noch von zahlreichen Personen behufs Auszahlung der Zeugengebühren in Anspruch genommen wurde. Daß es dabei zu vielfachen Auseinandersetzungen und Beschwerden über die Berechnung der Zeugengebühren kommt, ist selbstverständlich. Zu den Personen, die mit der für sie herausgerechneten Geldsumme nicht zufrieden waren, gehörte die Hauptbelastungszeugin Hedwig Andruszewska, bei welcher als entgangener Arbeitsverdienst die Summe von 1,50 Mark pro Tag angenommen war. Sie beanspruchte einen höheren Satz, da sie in ihrer Heimat einen höheren Tagesverdienst habe, mußte sich aber mit dem Hinweis begnügen, daß sie bei Gericht schriftlich einkommen solle. — Auch der kleine Graf erschien in Begleitung der beiden Komtessen an der Gerichtskasse, da auch für seinen und seiner Begleiterin Aufenthalt in Berlin nicht unbedeutende Kosten entstanden waren, die nun durch die Gerichtskasse ersetzt wurden. Als die Komtessen mit der unschuldigen Hauptperson des langwierigen Prozesses das Gerichtsgebäude verließen und eine Droschke bestiegen, wurde die Gruppe vom Straßenpublikum erkannt. Im Nu war die Droschke von einer großen Menschenmenge umlagert, die dem zukünftigen Majoratsherrn von Wroblewo und seinen Begleiterinnen deutlich ihre Sympathie bekundete. — Unter der Verögerung des Skwilecki-Prozesses durch die Hecrierung des Zeugen Ewell und anderer Zeugen aus Warschau hat auch die gestern begonnene neue Schwurgerichtstagung zu leiden gehabt. Sie sollte schon am Montag ihren Anfang nehmen; Hals über Kopf mußten aber die Geschworenen abbestellt und die ersten Termine aufgehoben werden, da der Schwurgerichtssaal erst gestern frei wurde.

Die Entlastungszeugin Frau Wiedowska aus Wroblewo, die, wie wir seiner Zeit berichteten, auf den Antrag des Ersten Staatsanwalts Dr. Steinbrecht unter dem dringenden Verdacht des Meineides und der Begünstigung im Laufe des neunten Verhandlungstages verhaftet worden war, ist gestern mittag aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Sie hatte im Gegenzug zu ihrer früheren vor dem Untersuchungsrichter befohlenen Aussage in der Hauptverhandlung eidlich belundet, daß die alte Anteta Andruszewska am Tage der Geburt des kleinen Joseph Stanislaus in Wroblewo anwesend war. Die Verhaftung dieser Zeugin hatte, wie wir seiner Zeit berichteten, dem bekannten Juristen Justizrat Staus Anlaß zu Betrachtungen über Mängel im Voruntersuchungs-Verfahren gegeben.

Affessor Müller, der als Vertreter des Zweiten Staatsanwalts den Geschworenen in seiner Anklagerede so ungeschickt vor den Kopf stieß, sollte nach Elberfeld strafversetzt werden, doch hat er es, wie das „Berl. Tageblatt“ ebenfalls meldet, vorgezogen, seinen Abschied aus dem Staatsdienst zu nehmen.

In der Presse giebt sich nur eine Stimme der Befriedigung über den Ausgang des Prozesses zu erkennen. Bemerkenswert sei u. a. eine Mitteilung der „Voss. Ztg.“:

Die Geschworenen haben mit Opferfreude ihres Amtes gewaltet; sie haben auch Verständnis für die Vorgänge und für die Personen bewiesen und sich in ihrem eigenem Urteil durch nichts beirren lassen. Es klingt freilich wie eine Satire auf das Verfahren, wenn einer der Geschworenen im Gespräch auf die Bemerkung, er dürfe doch nur den Zeugen glauben, die vereidigt wurden: lächelnd antwortete: „Im Gegenteil, in diesem Prozeß glauben wir nur den Zeugen, die unbeeidigt gelassen wurden.“ Die Geschworenen hatten ebenso wenig wie die Zuhörer oder die öffentliche Meinung ein andres als sachliches, ideales Interesse am Ausgang des Prozesses.

Das „Berliner Tageblatt“ erörtert die bedenkliche Taktik des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters:

Zeugen, die beläsend auszusagen, werden in der Voruntersuchung vereidigt und sie werden damit auf ihrer Aussage festgenagelt, wenn sie sich nicht einer Anklage wegen Meineides aussetzen wollen. Gegen Entlastungszeugen wird dagegen, noch bevor der Prozeß beendet ist, ein Strafverfahren wegen Begünstigung eingeleitet und daraufhin ihre Vereidigung abgelehnt. Diese Taktik hat wohl nicht zum mindesten dazu beigetragen, daß in diesem Prozeß die Geschworenen die Schuldfragen verneinten. Aber sie zeigt doch deutlich, daß hier etwas faul im Staats Dänemark ist, und so rufen wir den Räumern, welche über die Reform unres Strafprozesses zu beraten haben, ein dringendes „caveant consules“ zu. Hoffentlich sind die Lehren dieses Prozesses nicht verloren.

Die „Staatsbürger Ztg.“ schreibt:

Der Prozeß kostet dem Staat die Meinigkeit von etwa 150 000 M. Der Ausgangspunkt des Prozesses ist der Wunsch des Grafen Hektor, Majoratsherr von Wroblewo zu werden. Sein Wunsch ist unerfüllt geblieben, der Spruch des Zivilgerichts hat sich auf strafrechtlichen Wege trotz erheblicher Aufwendungen, die er gemacht hat, nicht heiligen lassen; er bleibt zu Recht bestehen, und der in „Gothaer“ bereits eingetragene junge Graf Joseph Adolf Stanislaus wird nach menschlicher Berechnung demnachst Majoratsherr von Wroblewo werden. Wäre es nicht angezeigt, wenn Graf Hektor nun die Kosten dieses Prozesses auf sich nähme und damit die preussischen Steuerzahler um ein Erhebliches entlastete?

Ueber die Fehler der Staatsanwaltschaft äußert sich auch die „National-Zeitung“:

Nach dem Ausgange des Prozesses fragt man sich erstaunt, ob ein solches Aufgeböht von — Richtbeweismaterial vor den Geschworenen wirklich nötig war, ob der Fall Wroblewo einen andern Erfolg haben wird, als den, die neuerdings immer häufiger werdenden Klagen über staatsanwaltlichen Hebereiher noch erheblich zu vermehren!

Nur ein Blatt, nämlich der fromme „Reichsbote“, benutzte den Prozeß, um für Dunkelmänner-Pläne Propaganda zu machen:

Man hat die öffentlichen Gerichtssäle schon öfter als eine Hochschule des Verbrechens, dessen Vertreter es vorzugsweise sind, welche die Zuhörerräume belagern, bezeichnet; hier lernen sie, wie es gemacht wird. Aber wenn das auch vielleicht zu viel gesagt ist, so kann das dort verkehrende, meist sehr minderwertige Publikum doch nicht als kompetent für die Kontrolle der Rechtspflege, wozu doch die Öffentlichkeit bestimmt sein soll, gelten; in dem übrigen Publikum aber wirkt diese Defensivität abschwächend auf das Gewissen und die sittlichen Anschauungen, zumal wenn ein solcher Sensationsprozeß den andern jagt, wie jetzt, wo auf den Wisse-Prozeß der Oldenburger Verantwörtung und der Skwilecki-Prozeß folgte. Deshalb muß man immer wieder sagen: Schaft Wandel.

Das Blatt bleibt eine Erklärung dafür schuldig, inwiefern das als minderwertig bezeichnete Publikum durch die ihm neuerdings in öffentlicher Gerichtsverhandlung vorgeführten Bilder zum Kindesunterchieden, zum Hazardspiel oder zu den militärischen Ungehörigkeiten, die im Wisse-Prozeß aufgedeckt sind, angeregt werden soll. Andre Leute als Grafen, Minister und Offiziere kommen als Ver-

führungsojekte in den erwähnten Prozessen kaum in Betracht; werden diese Menschenkategorien aber von dem konserverativen Blatt in moralischer Hinsicht für so haltlos gehalten, daß aus dem bösen Beispiel heraus noch mehr solcher Sensationsprozesse zu erwarten wären?

Aus Industrie und Handel.

Saatenstand in Deutschland. Um die Mitte des Monats November war der Stand der Saaten in Deutschland nach der amtlichen Statistik (Nr. 1 sehr gut, Nr. 2 gut, Nr. 3 mittel (durchschnittlich), Nr. 4 gering, Nr. 5 sehr gering):

Table with 5 columns: Year, Weizen, Winterweizen, Roggen, Junger Alee. Rows for 1903, 1902, 1901, 1900.

Dazu heißt es in den Bemerkungen des „Reichs-Anzeigers“: Während im nordwestlichen Deutschland das schon seit Anfang Oktober herrschende, überwiegend nasse Wetter noch bis Ende desselben Monats anhält und infolgedessen die Fortsetzung und Beendigung der unterbrochenen Bestellungsarbeiten sehr verzögert wurden, trat in dem übrigen Deutschland schon Mitte Oktober ein Umschwung zum Besseren ein; mildes, schönes Herbstwetter, das die ganze Verichtsperiode hindurch anhält, förderte hier die Bestellung und begünstigte die Entwicklung der Frühen, sowie das Keimen der späteren Winter-saaten. Nachtfröste kamen nur vereinzelt vor. Aus allen Gegenden kamen Klagen über das zahlreiche Auftreten von Feldmäusen, die stellenweise schon Anlaß zu Unpflügungen oder Nachsäungen gaben. Fast ebenso verbreitet zeigt sich die Ackergründe.

Die schon im September in die Erde gebrachten Saaten haben sich schon entwickelt und kräftig bestockt und gehen, abgesehen von stellenweisen Schädigungen durch Mäuse oder Schnecken, gut in den Winter über. Die erst nach der langen Regenperiode gefallene Halmfröchte, und zwar der größere Teil des Weizens, aber auch ein erheblicher Teil des Roggens, lagen am Schluß der Verichtsperiode teils noch im Keime, teils waren sie erst in den letzten Tagen aufgelaufen. In einigen Gegenden, in denen der Boden besonders stark durchnäßt war, ist die Herbstsaat noch nicht beendet.

Kohlenhandel. In der gestrigen Nebenbesitzer-Versammlung des Kohlenhandels wurden der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge die Richtpreise für Kohlen, Coals und Brickets unverändert wie bisher festgesetzt. Die Abgabe und die Entschädigung für den Mehr- und Minderabgab für das letzte Vierteljahr wurde auf 1 M. resp. 1,50 M. angelegt; ebenso wird die Höhe des Strafgebotes für jede Tonne der an die Beteiligten nicht gelieferten Menge auf 2 M. pro Tonne bestimmt.

Der Abstieg blieb im Monat Oktober gegen die Beteiligung um rund 22 Proz. zurück. Die Förderung weist gegen September eine Steigerung von 1,81 Proz. und gegen Oktober des Vorjahres eine solche von 7,93 Proz. auf. Die Förderung betrug im Oktober 4 942 540 Tonnen in 27 Arbeitstagen, das ist 183 057 Tonnen pro Tag und ist gegen September um 3252 Tonnen, gegen Oktober 1902 um 13 442 Tonnen gestiegen. Der arbeitstägliche Versand an Kohlen, Coals und Brickets betrug 16 739 Doppelwaggons und stieg gegen September 1902 um 138 Doppelwaggons und gegen Oktober 1902 um 1023 Doppelwaggons.

Stahlwerksverband. Auch die „Rheinische Zeitung“ weist von ernstigen Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen zu berichten, die sich zu einem Stahlwerksverband zusammenschließen wollten. Wie sie bestätigt, ist bei den letzten Verhandlungen über den Stahlwerksverband eine Spaltung der beteiligten Werke eingetreten. Dabei stehen sich die rheinisch-westfälischen Werke und die sogenannte Frankfurter Gruppe schroff gegenüber. Zu letzterer gehören die Burbacher Hütte, die Döbelinger Eisenhütte, die Alfelder Hütte und das Feiner Walzwerk, die Maximilianshütte in Rosenberg, die Köhlingischen Eisen- und Stahlwerke, die Rombacher Hütte, Gebr. Stumm in Reunfingen und de Wandel u. Co. in Hayingen. Diese Werke fordern eine um 155 000 Tonnen höhere Beteiligung und sind entschlossen, im Falle der Ablehnung ihrer Forderung die Verhandlungen abbrechen. Sie verfügen über eine Hochofenherzeugung von etwa 2 1/2 Millionen Tonnen.

Andererseits besteht bei verschiedenen der größten rheinisch-westfälischen Werke keine Reigung, die alten Verbände zu erneuern, so daß im Falle des Scheiterns des Stahlwerksverbandes eine Auflösung verschiedener Syndikate der Eisenindustrie erfolgen dürfte. Das Blatt verweist weiter darauf, daß sich auch aus der für den geplanten Verband vorgesehenen Verrechnungsweise Rechnungsverschiedenheiten unter den Werken ergeben.

Vom Kaffeehandel. Brasilien wird in immer stärkerer Maße zum Kaffeelieferanten der Welt. Nach dem diesjährigen Bericht des brasilianischen Finanzministers erreichte die Kaffeeproduktion der Welt im Erntejahre 1901/02, d. h. in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902, mit 19,5 Millionen Sack (a 60 Kilogramm) ihren Höhepunkt. Davon entfielen auf Brasilien allein 15,5 Mill. Sack, was gegen 1889/90 mit 4,2 Mill. Sack eine Vermehrung der Produktion um etwa 270 Proz. bedeutet, während die Produktion der andren Länder mit 3,5 Mill. gegen 4,4 Mill. Sack um etwa 25 Proz. geringer war als im Jahre 1889/90.

Die Kaffeefuhr aus den brasilianischen Kaffeegärten Rio de Janeiro, Santos, Victoria und Bahia gestaltete sich in den drei letzten Erntejahren (für 1902/3 ist nur die Zeit vom 1. Juli 1902 bis 31. März 1903 berücksichtigt, es fehlt also das letzte Viertel dieses Jahres), wie folgt:

Table with 4 columns: Year, Sack, Milleis, Pfd. Sterl. Rows for 1900/01, 1901/02, 1902/03.

Aus diesen Häfen wurden außerdem noch jährlich ca. 250 000 Sack für indischen Konsum nach andren brasilianischen Häfen verschifft, vorzugsweise Pernambuco, Pará, Manaus und Porto Alegre, wobei zu bemerken ist, daß die Tariffäre des „Lloyd Brasileiro“ von Rio nach Pará und Manaus viel höhere sind, als die nach Europa gezahlten.

Hauptbezugsländer von brasilianischem Kaffee waren im Jahre 1901 (unter Angabe der Mengen für den eignen Konsum in Klammern): die Vereinigten Staaten mit 6 874 421 (6 818 897), Deutschland mit 2 808 519 (1 705 476), Frankreich mit 2 183 870 (629 468), Oestreich-Ungarn mit 689 946 (601 395), Italien mit 205 107 (185 685) Sack.

Gewerkchaftliches.

Arbeiter Deutschlands!

Der Kampf in Crimmitschau wird zur Zeit mit rasender Erbitterung geführt. Die Thatfache, daß die Konjunktur vor Weihnachten abgeklaut hat und die Erkenntnis, daß der Kampf für sie verloren ist, wenn sie nicht jetzt Arbeitswillige für die im Januar neu beginnende Saison aufstreiben, hat die Unternehmer zu den unerschöpflichsten Anstrengungen veranlaßt.

In Crimmitschau finden sie keine Arbeitswilligen. So haben sie ihre Sendlinge nach Osten und Westen, nach Norden und Süden in die Welt gesandt. Die Herbergen werden nach Streikbrechern abgesehen.

Es sind denn in der That auch eine Anzahl von so herangeholten Leuten eingetroffen, aber später wieder abgereist.

Sollte es denn wirklich noch irgend wo einen Ort geben, in dem man von dem Klassenkampf in Crimmitschau nichts weiß?

Arbeiter Deutschlands! Weist die Spinner und Weber im Rheinland, im Elsaß, in Bayern und anderwärts darauf hin, daß in Crimmitschau die Löhne weit niedriger sind als in ihrer Heimat! Weist sie darauf hin, daß sie ihre eigene Lebenshaltung für alle Zukunft herabsetzen helfen, wenn sie wegen vorübergehend stauer Zeit an der bisherigen Arbeitsstelle nach Crimmitschau gehen, von wo aus man der Industrie anderwärts auf Kosten der Arbeiterschaft die schlimmste Schmutzkonkurrenz macht.

Spinner und Weber! Geht nicht nach Crimmitschau! Nehmt nicht die Stellen der Leute ein, die ohne Zugeständnis von Seiten der Unternehmer nie in die Fabriken gehen.

Arbeiter Deutschlands! Deckt den Zehnfunden-Kämpfern in Crimmitschau den Rücken! Haltet die Verräter fern! Tragt den Kämpfern Munition zu!

### Berlin und Umgegend.

Der Holzarbeiterstreik bei der Firma Kummel dauert unverändert fort. Am Mittwoch waren zwar Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisation zusammengelassen, um über eine eventuelle Beilegung der Differenzen zu verhandeln. Das Resultat der Verhandlungen war jedoch ein negatives, weil die Unternehmer sich nur zu kaum nennenswerten Zugeständnissen verstehen wollten, die den berechtigten Forderungen der Arbeiter bei weitem nicht entsprechen.

Von einer Aussperrung wurden am Mittwoch die gesamten Arbeiter der Pianofabrik von Lehmann u. Co., Königsbergerstraße 3, betroffen, weil die dort beschäftigten Posierer (Holzarbeiter-Verband) einige Forderungen gestellt hatten. Im Laufe des gestrigen Tages sind die Differenzen aber bereits zu beiderseitiger Zufriedenheit wieder beigelegt worden, die Aussperrung hat somit nur einen Tag gedauert.

Achtung, Leistenvergolder Berlins! Die Firma Methlow Co., Berlin, Köpenickerstr. 100a, ist eifrig bemüht, unter den Leistenvergoldern einen Mann ausfindig zu machen, welcher sich zum „Reuankernen“ von Vergolderinnen hergiebt. Diese billigen Arbeiterinnen sollen dann gegen die männlichen Arbeiter als Preisrückerinnen ausgespielt werden. Wir erwarten daher, daß kein ehrenhafter Kollege sich dazu hergiebt, unsre Branche gemeinsam mit den Fabrikanten ruinieren zu helfen.

Wer das unternimmt, trägt die Verantwortung dafür, wenn es darüber zu erbitterten Kämpfen kommt.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder.

### Deutsches Reich.

Wenn die Aussperrung der Töpfer in vollem Umfange durchgeführt wird, dürfte diese eine der größten Aussperrungen werden, die Deutschland bisher gesehen hat. Dem Unternehmer-Verband gehören 102 Firmen an. Bisher haben von diesen 96 an 23 Orten gelündigt. Wird die Aussperrung perfekt, so kann die Zahl der auf die Straße geworfenen Arbeiter etwa 15 000 betragen.

Die Hausperre gegen Schwindelunternehmer in Magdeburg führt anscheinend auch zu Konflikten mit den „ehrlichen“ Firmen am Orte. Ein solcher Unternehmer, Herr Wille, hat es unternommen, einen Bau, auf dem Arbeiter um ihren Lohn geprellt worden sind, weiter zu führen und wollte nur einen Teil seiner Leute dorthin kommandieren. Diese weigerten sich, ihren um den Lohn betrogenen Kollegen in den Rücken zu fallen. Nun werden sie mit der Motivierung fortgeschickt: „Wenn Ihr nicht auf den gesperreten Bauten arbeiten wollt, so habe ich für Euch keine Arbeit mehr und Ihr seid entlassen!“ — Wer nicht um seinen verdienten Lohn betrogen werden will, gehe nicht nach Magdeburg.

Der Bergarbeiter-Verband hat im Plauenischen Grund einen schönen Sieg davon getragen. Bei der Wahl der Berg-Schiedsgerichts-Mitglieder wurden die Verbandsmitglieder Häuer Thomas, Drechsler und Schlotterbeck mit 210, 208 und 195 Stimmen gewählt, während es die Sozialpartei nur auf 22, 7 und 6 Stimmen gebracht hat. Es hatten von 320 Wählern 230 gewählt.

Der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Genosse Leim-peter, wurde von der Strafkammer in Bochum zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte behauptet, daß auf den Jochen „Graf Schürmerin“ und „Erin“ mehrere Mündigungen vorgenommen worden seien, um die Zahlstelle Rangel-Großop des Bergarbeiter-Verbandes zu vernichten. Die Verhandlung ergab, daß mehreren Vergleuten nach 4½ resp. 5jähriger Tätigkeit ohne äußerlich erkennbaren Grund gelündigt worden sei, darunter auch dem Vertrauensmann der Zahlstelle. — Das Gericht erkannte an, daß die Vergleute wohl eine Verächtlichmachung zu dem Glauben hätten, ihre Entlassung sei wegen der Verbandszugehörigkeit erfolgt, ein Beweis wäre jedoch dafür nicht erbracht. Außerdem erkannte das Gericht in der Form des Artikels eine Beleidigung.

### Ausland.

Der Taff-Bale-Entscheid des britischen Oberhauses, nach dem die Eisenbahner-Gewerkschaft zur Zahlung von ca. 500 000 M. Entschädigung verurteilt wurde, weil ihre Beamten den Streit gegen die Taff-Bale-Bahn-Gesellschaft mit „ungehörigen“ Mitteln geführt, unter andern die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung ohne Kündigung „verleitet“ hätten, macht in den Vereinigten Staaten Schule. So sind Schadenersatzklagen bei den amerikanischen Gerichten anhängig gemacht gegen die Gewerkschaft der Buchbinder in Chicago in Höhe von 30 000 Dollar, gegen die dortigen Bauarbeiter-Gewerkschaften in Höhe von 50 000 Dollar, gegen die Gärtler in Höhe von 30 000 Dollar und gegen die Gewerkschaft der Zuberbäcker in Chicago in Höhe von 20 000 Dollar. Die Filiale der Gewerkschaft der Maschinisten in Rutland (Vermont) ist zu 2500 Dollar Schadenersatz verurteilt worden, und jedes einzelne Mitglied mit seinem Gut und Gut für persönlich haftbar erklärt. In Danbury (Connecticut) sind die „Vereinigten Hutmacher von Nordamerika“ und die „Amerikanische Arbeiter-Föderation“ auf 350 000 Dollar Schadenersatz verurteilt wegen Boykott und sogar wegen Gebrauchs der Kontrollmarke.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schönevide. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 28. November, abends 8½ Uhr, die ordnungsmäßige Vereinsversammlung bei Franz stattfindet. Es erwartet vollzähliges Erscheinen  
Der Vorstand.

Grünau. Der Wahlverein hält morgen abend 9 Uhr in der „Grünen Ecke“, Köpenickerstr. 88, seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Grünwald referiert über: Der Weltverkehr zu Wasser und zu Lande. Gäste willkommen.

### Lokales.

#### Ein Volksgericht sei der heutige Tag!

„Zum Sturm aufs rote Haus“ — das ist die Losung des 27. November! Die stille, emsige Arbeit der Agitation zu den Stadtverordneten-Wahlen, die unsere Parteigenossen unermüdet und pflichtgetreu in den letzten Wochen geleistet haben, soll heute ihren Lohn finden. Kommunalwähler der dritten Abteilung, ihut nun Ihr eure Pflicht! Trete Mann für Mann an die Wahlurne und stimmt für die Kandidaten der Sozialdemokratie! In Berliner Freisinnigen ist nach den Landtags-

Wahlen der Kammer geschwollen, und sie hoffen, daß sie nun auch bei den Stadtverordneten-Wahlen wieder etwas günstiger abschneiden werden. Der „schimpfliche Sieg“, den die „Freisinnige Volkspartei“ (wie sie schamlos noch immer sich nennt) auf Grund des Landtags-Wahlrechtes noch einmal davontragen durfte, ist in den Versammlungen des Freisinn dreist und unverfroren hingestellt worden als ein Beweis, daß „der Socialdemokratie nichts mehr gelinge“. Die freisinnigen Erwählten von Geldsack Gnaden haben kein Wort des Tadels dafür gefunden, daß durch eine Handvoll Landtagswähler erster und zweiter Abteilung, deren Vertrauen sie allein noch besitzen, die in der dritten Abteilung vereinigte breite Masse des Volkes niedergedrückt worden ist. Triumphierend über die Brutalität eines solchen „Wahlrechtes“ haben sie gehöhnt: „Wo sind denn eure drei Millionen vom 16. Juni?“

Die Parteifreunde dieser Männer, die Witschuldigen solcher Wahl-entrechtung der gewerthätigen Bevölkerung, treten heute in Berlin vor Euch, Kommunalwähler der dritten Abteilung, und betteln um eure Stimmen. Am 20. November haben die Cassel, Kreitzing, Rosenow und Konforten stolz lächelnd die Frucht der Vergewaltigung des arbeitenden Volkes, ihre Berliner Landtagsmandate, in Empfang genommen. Am 27. November präsentieren sie Euch Kommunalwählern ihre Gefinnungsgenossen, ihre Kollegen im Stadtparlament, die Homann und Fried und Drense, die im roten Hause den acht freisinnigen Streich mitgemacht haben, den Beginn der Landtagswahl für die dritte Abteilung auf eine den Arbeitern ungenügende Tageszeit zu legen; den „König von Moabit“, Herrn Gerde, der an jedem arbeiterfeindlichen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung teilzunehmen bereit ist und bei der Wahl von den Gefinnungsgenossen eines Prezel, den Rämmern der „Bürgerpartei“, mit unterstützt wird; den Maurermeister Leng, Vorsitzenden des Hausagrariers-Vereins, der in Berlin-Nord zu den forschtesten dieser gemeinschädlichen Vereine gehört.

Aber das Kommunal-Wahlrecht, wiewohl gleichfalls ein Dreiklassen-Wahlrecht, ist weniger brutal als das Landtags-Wahlrecht und darum weniger günstig dem Freisinn. Hier gibt es kein Niederstimmen der dritten Abteilung durch die erste und zweite, hier kann wenigstens durch die dritte Abteilung die gewerthätige Bevölkerung sich Gehör und Geltung verschaffen. Heute, wo die dritte Abteilung wählt, haben nicht die Geldsäcke zu entscheiden, heute entscheidet das Volk. Darum gehört am 27. November der Sieg nicht dem Freisinn, sondern der Socialdemokratie. Ein Volksgericht sei der heutige Tag, ein Volksgericht über den volksfeindlichen Freisinn!

#### Die Hausagrarien und ihre Beschützer bei den Stadtverordneten-Wahlen.

Die Städte-Ordnung bestimmt, daß in der Stadtverordneten-Versammlung mindestens die Hälfte der von jeder der drei Wähler-abteilungen zu wählenden Stadtverordneten den Reihen der Haus-beisitzer entnommen werden muß. Durch diese Vorschrift wird gegebenenfalls die Socialdemokratie genötigt, den Wählern einen Hausbesitzer als ihren Vertreter zu empfehlen. Wenn vor den Stadtverordneten-Wahlen bei der Auslosung der Wahlbezirke, die diesmal einen Hausbesitzer in das Stadtparlament entsenden sollen, das Los ein paar für uns günstige Bezirke getroffen hat, dann bleibt uns nur übrig, dieser lästigen Bedingung bei der Auf-stellung der Kandidaten Rechnung zu tragen.

Es versteht sich von selbst, daß die socialdemokratischen Hausbesitzer sich mitteilen zur Stärkung des Hausagrariertums in der Stadtverordneten-Versammlung. Wir erfüllen notgedrungen die gesetzlich vorgeschriebene Bedingung, aber unsre Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung, die hausbesitzenden wie die nicht-hausbesitzenden, bekämpfen dort rücksichtslos die Hausagrarien und ihre Herrschaftsgelüste. War jene Bedingung vom Gesetzgeber als ein Privileg des Grundbesitzes gedacht und beabsichtigt, so macht ihm die Socialdemokratie, wo sie an der Gemeindeverwaltung teilnimmt, einen Strich durch seine Rechnung.

Andero handelt der Freisinn! Die Vertreter des Freisinn in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sind, mit sehr wenigen Ausnahmen, eifrig bemüht, das Hausagrariertum zu schützen und zu füttern. Man denke an die Haltung, die die Mehrheit der freisinnigen Stadtverordneten zu der socialdemokratischen Forderung einer kommunalen Regelung des Wohnungs-wesens eingenommen hat! Die ablehnenden Beschlüsse, die damals gefaßt wurden, sind erklärlich aus den intimen Beziehungen, die zwischen Freisinn und Hausagrariertum bestehen. Die Berliner Hausbesitzer sorgen dafür, daß schon bei der Auswahl und Aufstellung der freisinnigen Stadtverordneten-Kandidaten möglichst nur Männer ihrer Clique berücksichtigt werden. Wer nicht ihre Approbation erhält und trotzdem als Kandidat aufzutreten wagt, dem wird es von seinen eignen, freisinnigen Parteifreunden verurteilt schwer gemacht, in das rote Haus hineinzukommen.

Der Einfluß der Hausagrarien auf den Freisinn geht so weit, daß es ihnen sogar gelingt, einen etwa ohne ihre Zustimmung oder gar gegen ihren Willen gewählten freisinnigen Stadtverordneten noch nachträglich zu sich hinüberzuziehen. Ein lehrreiches Beispiel hierfür ist der Stadtverordnete Goldschmidt. Er vertrat früher einen Bezirk der dritten Abteilung, aber vor zwei Jahren entschied das Los, daß sein Bezirk einen Hausbesitzer zu wählen hatte. Herr G. war kein Hausbesitzer und — wollte auch keiner werden. Die Hausbesitzer selber zählten ihn zu ihren Gegnern, weil er manchmal ein tadelndes Wort über sie gesprochen. Was nun thun? „Fatal!“ sagten seine Parteifreunde, aber der Ausgeloste dachte: „Famos!“ In seinem bisherigen Bezirk wäre er ja lässlich durchgefallen; so aber konnte er sich im Anstand in die zweite Abteilung hineinretten. In die zweite Abteilung, die wie die erste von den Hausbesitzern als ihre Domäne betrachtet wird! Es gab heftige Kämpfe — die Hausbesitzer stellten ihm einen eignen, ebenfalls freisinnigen Kandidaten gegenüber — aber er schaffte es doch und kriegte sein Mandat. Nicht lange nachher machte er seinen Frieden mit den Hausagrariern. Inzwischen hat er sich weiter entwickelt und heute — agitiert er für die Wiedertwahl des freisinnigen Stadtverordneten Iden. Dieser Iden, ein Kollege G.'s aus der zweiten Abteilung, ist einer der schlimmsten Führer des Hausagrariertums in Berlin-Südost. Vor zwei Jahren arbeitete er heftig gegen die Wahl des „Hausbesitzerfeindes“ Goldschmidt; künftig wird er's nicht mehr thun. Eine Hand wäscht die andre.

Der belehrte „Hausbesitzerfeind“ von ehedem giebt sich bei andern Gelegenheiten als „Volksmann durch und durch“; in der Stadtverordneten-Versammlung gehört er zur „Neuen Linken“, da versteht sich das ohnedies von selber. Er liefert jetzt den Beweis, daß man „Volksmann“ sein und — dem Hausagrariertum dienen kann. Das Volksgericht der Wähler dritter Abteilung braucht der Vorsichtige ja nicht mehr zu fürchten. Aber die übrigen Beschützer des Hausagrariertums, mit denen der Freisinn bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen wieder vor die dritte Abteilung hintritt, sollen es am 27. November erfahren, daß auch für sie hier keine Stätte mehr ist. Hinaus mit dem Freisinn aus der dritten Abteilung, hinaus mit allen, die zum Hausagrariertum halten! Die dritte Abteilung darf allein der Socialdemokratie gehören!

Zur Ausübung ihres Wahlrechtes erhalten heute die städtischen Arbeiter und Beamten ohne jeden Abzug für die Versammlung einen zweiwöchigen Urlaub. Die Wahlen beginnen um 9 Uhr.

Zur Förderung der Berliner Konsumgenossenschaftsbewegung finden in der ersten Dezemberwoche verschiedene Volkerversammlungen statt. Um für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen Propaganda zu machen, findet am Sonntag, den 28. November, morgens 8 Uhr, von nachstehenden Stellen aus Flugblatt-Verbreitung statt. Es ist Pflicht jedes Genossenschaftlers, sich an dieser Verbreitung zu beteiligen und für regen Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen. Die Verbreiter wollen sich melden bei: Bachgänger, Ewinemilnderstr. 34. Abendroth, Vabstraße, Ede Gropiusstraße, Platz, Reimkendorferstr. 68. Wittchow, Kleine Hamburgerstraße 27, Ede Elshafferstraße. Borgfeld, Krndstr. 35. Thomien, Gneisenaustr. 30. Rehbach, Hagelsbergerstr. 23. Kaufsch, Wintstraße 12.

Die Wärmehallen am Alexanderplatz sind eröffnet. Leider fehlt es den dort einkehrenden Kernien der Armen oft an den notwendigen Kleidungsstücken, besonders aber an festem Schuhzeug. Die Verwaltung im Stadtbahnhofen 98, an der Dirlsenstraße, gegenüber dem Polizeipräsidenten, ist gern bereit, Gaben für die Obdachlosen und Frierenden zur Verteilung an diese entgegenzunehmen. Angesichts des schlechten Wetters sind sie doppelt willkommen.

#### Eine entsetzliche Familienkatastrophe

verursachte Mittwochabend gegen 11 Uhr auf dem Stadtbahnhof Stralau-Kummelsburg ungeheure Aufregung. Dort warf sich der 30 Jahre alte Schneider Johannes Manikowicz mit zwei Kindern vor einem Stadtbahnhofzug auf das Geleise. Der Vater und das eine Kind wurden auf der Stelle getötet, das zweite Kind, ein Mädchen, verstarb in der Nacht im Kummelsburger Krankenhaus.

Ueber den graufigen Vorfall wird uns weiter berichtet: Johannes Manikowicz ist am 28. November 1873 in Poakitz, Kreis Scharnau, geboren und seit sechs Jahren mit einer Lande-männin verheiratet. Der Ehe sind drei Kinder, ein Knabe Karl, jetzt fünf Jahre alt, und zwei Mädchen, die vierjährige Walli und die neun Monate alte Anna entsprossen. M. wohnte in Porphagen-Kummelsburg, Vöschstr. 15, und arbeitete für die Firma Rudolph Herzog in der Breitenstraße; er würde ein gutes Auskommen gehabt haben, wenn seine Frau nicht krank gewesen wäre. Sie litt an Unterleibskrebs und die langwierige Krankheit verursachte bedeutende Ausgaben, infolgedessen M. sich in ständigen Kollaps befand. Die Verhältnisse gestalteten sich noch ungünstiger, als Frau Manikowicz vor vier Monaten nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. Das kleinste Kind fand Unterkunft bei Verwandten in Berlin. Manikowicz befand sich seit dieser Zeit in einem verzweifeltten Zustande. Seit zwei Monaten war er die Mietschuldig geblieben; die Möbel gehörten ihm schon längst nicht mehr, und der Unflathliche vermochte nur mit Mühe so viel zu erwerben, wie er für den notwendigen Unterhalt gebrauchte. Wiederholentlich äußerte er sich dahin, daß er mit seinen Kindern den Tod suchen wolle. Nachbarn bemühten sich, den Armen zu trösten, und erklärten sich auch bereit, den Kindern die notwendige Pflege zu teil werden zu lassen. M. lehnte jedoch jede Hilfe ab. Scheinbar besserte sich in der letzten Zeit sein Gemütszustand. Am vergangenen Sonntag erhielt der Schneider die Mitteilung von dem Tode seiner Frau. Es wurde bei ihm eine Depesche vorgefunden des Inhalts: „Frau gestorben im Krankenhaus.“ Seit dieser Zeit ließ Manikowicz tiefsinnig umher, wies jeden Trost zurück und lehnte auch die Annahme neuer Arbeiten ab. Schon am Dienstag hatte er die Absicht, gemeinsam mit seinen Kindern in den Tod zu gehen. Doch gelang es an diesem Tage Nachbarn, ihn in seiner Wohnung zurückzubalten. Mittwochabend verließ der Schneider mit seinen beiden Kindern unbeobachtet das Haus.

Als der um 10.55 Uhr abends auf dem Bahnhof Stralau-Kummelsburg fällige Vorortzug Grunewald-Johannisthal in die Station einließ, vernahmen die Beamten plötzlich einen furchtbaren Aufschrei, der das Raseln der Räder des an dem Bahnsteig vorfahrenden Trains überdünnte. Sofort wurde die Strecke abgesperrt. Unmittelbar vor der Einfahrt des Bahnhofes, etwa eine Wagenlänge hinter dem Schlafwagen des Zuges, befand sich die Unfallstelle. Den Stationsbeamten bot sich ein schauriger Anblick. Teils zwischen den Geleisen, teils neben den Schienen auf der Strecke lagen die blutigen Körper dreier Personen. Es waren Manikowicz und seine beiden älteren Kinder. Der Schneider war durch die Räder des Zuges höchstwahrscheinlich gevierelt worden, sein Körper völlig auseinandergerissen. Dem fünfjährigen Karl war der Oberleib vom Unterleib getrennt, der vierjährigen Walli das rechte Bein am Oberschenkel abgetrennt. Nur das Mädchen war noch am Leben; es wurde sofort nach dem Kummelsburger Krankenhaus gebracht, wo es gestern morgen gegen 4 Uhr seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Allem Anschein nach hatte sich M. mit den Kindern zwischen Maschine und ersten Wagen auf die Schienen geworfen. Der Lokomotivführer des Grunewald-zuges hatte von dem ganzen Vorfall nichts bemerkt. Auch fanden sich an den Rädern der Lokomotive keine Blutspuren. Ebenso wenig hatte das Bahnhofspersonal die Katastrophe verhindern können, da sich Manikowicz außerhalb des Bahnhofes versteckt gehalten hatte.

Zur Beschaffung von Wandschmuck für die Berliner Gemeindegewerkschaften, der in künstlerisch ausgeführten Bildern bestehen soll, werden jetzt die ersten Schritte getan. In der letzten Sitzung des Komitees, das zur Förderung dieser Angelegenheit vor längerer Zeit aus Lehrerkreisen zusammengesetzt ist, konnte der anwesende Stadtschulrat Gerstenberg mitteilen, daß ihm für einen Betrag 1200 M. überwiesen worden seien. Es wurde erwogen, in welcher Weise diese Summe verwendet werden solle, ob sie auf vier oder nur auf zwei Schulen zu verteilen sei. Eine Einigung hierüber wurde noch nicht erzielt. Auch der Vorschlag des Stadtschulrats, den letzten Schulbau des Stadtbaurats Blankenstein (Christburgerstraße) und den ersten Schulbau des Stadtbaurats Hoffmann (Glogauerstraße) für diesen Versuch auszuwählen, wurde noch nicht zum Beschluß erhoben. Beabsichtigt ist zunächst nur eine Ausschmückung der Klassenzimmer, doch wurde angeregt, auch die Kufen und die Korridore zu berücksichtigen. Es wurde eine Kommission von drei Personen eingesetzt, die die Bilder auswählen soll. In der Sitzung wurde auch der Wunsch ausgesprochen, im Anschluß an diesen Versuch möglichst bald sämtlichen Schulen solchen Wandschmuck zu geben. Man solle, mit der achten Klasse beginnend, in jedem Jahre alle Klassenzimmer je einer Stufe mit Bildern ausstatten, so daß man bei einem jährlichen Kostenaufwande von etwa 10 000 Mark in acht Jahren fertig sein würde. Stadtschulrat Gerstenberg erklärte jedoch, hieran sei vorläufig nicht zu denken.

Taschendiebe in Warenhäusern. Mit dem Beginn des Weihnachtsverkehrs in den Warenhäusern ist auch die Saison der Taschen- und Ladendiebe angebrochen, und fast täglich laufen bei der Kriminalpolizei Meldungen ein von Personen, denen Portemonnaies aus den Taschen verhaftet worden sind. Die Polizei hat in Verächtlichung dieser Thatfache einen umfangreichen Ueberwachungsdiens ein-gerichtet und es ist ihre auch gelungen, innerhalb der letzten acht Tage sieben Taschendiebe festzunehmen, die sämtlich in der Leipzigerstraße arbeiteten. Unter den Verhafteten befand sich nur ein „Frischer“, während die übrigen schon mehrfach, teilweise mit Justizhaus, vorbestraft worden sind. Das in den Warenhäusern herrschende Gedränge wird von den Dieben ebenfalls zur Ausführung von Beute-zügen benutzt. Am gestrigen Tage allein wurden drei Ladendiebe abgefaßt, von denen zwei nach Feststellung ihrer Personalkarten wieder entlassen wurden, während der dritte, ein gewerbmäßiger Dieb, der Polizei übergeben worden ist. Die sogenannte Hauspolizei, die von den Warenhäusern-Inhabern organisiert worden ist, wird gegenwärtig von der Kriminalpolizei unterstützt, welche eine Anzahl Beamte täglich für den Innendienst in den Warenhäusern abkommandiert.

**Unternehmer-Risiko.** Fast eine halbe Million soll, dem „Konfessionär“ zufolge, der junge Inhaber eines Engros-Geschäftes in der Nähe des Dönhofsplatzes in einer einzigen Nacht in einem hiesigen vornehmen Spielklub verloren haben. Vater und Schwiegervater des Spielers haben gemeinsam dessen Spielschulden gedeckt. Im selben Klub hat, nach derselben Quelle, auch ein gegenwärtig in Transvaal weilender Minenbesitzer über 100 000 M. am Spieltisch eingebüßt.

Schade, daß der „Konfessionär“ nicht den Namen des spielfreundigen Geschäftsinhabers nennt. Bei einem Mann, der so mit den Hunderttausenden herumwerfen kann, bedarf es gewiß nur eines Anstoßes von seiten seiner Arbeiter, um ihnen sagen wie eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung zu bewilligen.

**Arbeiter-Risiko.** Zwischen zwei Kisten zermalmt wurde gestern Abend gegen 6 Uhr der 26 Jahre alte Knutcher Albert Riefelwand, Lühbenerstr. 23 wohnhaft. Er war vor dem Hause Spöndersstr. 118 mit dem Aufladen mehrerer Kisten beschäftigt und hatte eine größere Kiste auf den Wagen hinaufgeladen. Er bemühte sich, die schwere Sendung etwas zur Seite zu schieben. Hierbei kam die Kiste ins Gleiten und so wurde ihm der Kopf zwischen der aufgeladenen Kiste und einem bereits auf dem Wagen stehenden Klotz festgeklemmt. Durch den ungeheuren Druck wurde dem Armer die Schädel zertrümmert, so daß die Gehirnmasse herausstrat. Als Riefelwand aus seiner furchtbaren Lage befreit wurde, hatte er bereits die Bewußtsein verloren. Er wurde zunächst nach der Infallstraße in der Alexandrinenstraße und von hier aus auf Anordnung des anwesenden Arztes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Der Zustand des Schwerverletzten ist hoffnungslos.

**Theater.** Am dem Joh. Seb. Bach-Abend des Schiller-Theaters, der Sonntag, den 20. November, im Bürgerpark des Rathhauses stattfindet, werden dieselben Vortragenden wie am vorigen Sonntag, die Damen Auguste Höp-Wehmann und Paula Weinbaum, und die Herren Hjalmar Arberg und Bernhard Dessau mit. Den einleitenden Vortrag hält auch wieder Herr Faxner Aug. Wellmer. — Im Deutschen Theater geht am nächsten Sonntag, den 28. November, „Chrano von Bergerac“ neu einstudiert mit teilweise neuer Besetzung in Szene; die Titelrolle spielt wieder Otto Sommerstorff, die Krogane Zerefina Gehner.

**Die Löwenbändigerin Miß Heliot** verläßt in den nächsten Tagen Berlin: am Dienstagabend ist ihre Abschiedsvorstellung. Am Sonnabendabend findet für Miß Heliot eine Benefizvorstellung mit neuen Vorstellungen statt.

**Ausstellung von Sing- und Ziervögeln.** Der „Berliner Kanarienvogel- und Vogelschutz-Verein“, welcher alljährlich eine umfangreiche Ausstellung von Zier- und Singvögeln veranstaltet, hat für dieses Jahr gemeinsam mit dem „Noabiter Kanarienvogel- und Vogelschutz-Verein“ eine interessante Ausstellung für die Zeit vom 5. bis 8. Dezember vorbereitet. Die Veranstaltung findet in den geräumigen Sälen Ringstraße 20, I statt und umfaßt Kanarienvogel, Selbstzucht- und Allgemeine Klasse, Eröten, Papageien usw. Ferner gelangen alle zur Zucht und Pflege erforderlichen Hilfsmittel, als Käfige, künstliche Nester, Futterarten sowie ausgestopfte Vögel und fachwissenschaftliche Druckwerke zur Ausstellung.

## Aus den Nachbarorten.

**Die Charlottenburger Stadtverordneten-Wahlen** der ersten Abteilung haben gestern nachmittag mit folgendem Ergebnis geendet: Gewählt wurden: Im 1. Bezirk Theodor Marfus (lib.) 70 Stimmen, Dr. Kommissen (lib.) 67 Stimmen, Rudolf Kaping (lib.) 68 Stimmen. Im 2. Bezirk Dr. Feenkel (lib.) 60 Stimmen, Richard Leben (lib.) 61 Stimmen. Im 3. Bezirk Dr. Eriger (lib.) 56 Stimmen, Rentier Ludwig Ruz (lib.) 50 Stimmen. Im 4. Bezirk erhielten Professor Dr. v. Hitz und Gredy je 59 Stimmen. Die Wahl wurde aber für ungültig erklärt, da hier ein Hausbesitzer zu wählen ist.

**Der Charlottenburger Stadtverordneten-Vorsitzer Ströbber** macht wieder einmal von sich reden. Diesmal ist die neue Standauffaire von einem seiner bisherigen Anhänger, Herrn Ellenburg inszeniert, einem Manne ohne jede Bedeutung, dessen Wahlzeit abgelaufen ist und der sich dafür, daß er nicht wieder kandidieren darf, an Herrn Ströbber rächen will. Die kommunalen Verhältnisse Charlottenburgs sind durchaus unerfreulich. Die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung bildet die „Freie Vereinigung“, an deren Spitze Herr Ströbber steht. Ströbber ist zweifellos ein Mann von hervorragenden Gaben. Schade nur, daß sein Ehrgeiz noch größer ist als seine Begabung! Der „ungekrönte König von Charlottenburg“, wie er scherzweise genannt wird, hat es verstanden, die Mandate der ersten und zweiten Abteilung unter seine Getreuen zu verteilen. Dabei geht er mit großem Geschick vor. Seine Kandidatenliste ist in der That unparteiisch. Neben Erziehungsräten finden sich auf ihr Anhänger der freisinnigen Volkspartei, neben wütenden Antisemiten Nationaljuden, neben hervorragenden Männern der Wissenschaft einfache Handwerker. Das einzige Erfordernis, das an die Kandidaten gestellt wird, ist, daß sie frei von jeder Ueberzeugung sind und ihrem Chef blindlings gehorchen. Manchmal allerdings kommt es vor, daß seine Leute ihm den Gehorsam verweigern. Die Strafe folgt dann auf dem Fuße, sie werden das nächste Mal nicht wieder aufgestellt. In der Wahl seiner Mittel ist Herr Ströbber nicht gerade wählerisch. Vor 5 Jahren kandidierte er gemeinsam mit Herrn Dr. Bernstein zum Landtag, genierte sich aber nicht, Gehlsen 500 M. zur Agitation gegen Bernstein zur Verfügung zu stellen. Angeblich hat er Herrn Gehlsen nicht gekannt! Im Frühjahr dieses Jahres richtete er, wie erinnerlich, die heftigsten Angriffe gegen die Armenverwaltung, und als sich die Habseligkeit der Angriffe herausstellte, als es sich zeigte, daß seine Alleanzstücke mit dem wirklichen Alleanzhalt nicht übereinstimmen, da ließ er sich einfach ein Vertrauensvotum ausstellen, und seine Myrthenorden gehörten ihm, nachdem sie ihn schon vorher wieder „honorig gegessen“ hatten. Zu diesem Festeffen zu Ehren des Herrn Ströbber hatte man die Dreifigkeit, sogar die sozialdemokratischen Stadtverordneten und den Magistrat einzuladen.

Durch die Enthaltungen des Herrn Ellenburg wird nun dargelegt, daß Herr Ströbber auch einen schwunghaften Handel mit unbesoldeten Stadtratsstellen betreibt. Ein Stadtrat wurde nicht wiedergewählt, weil er sich weigerte, Anteilsscheine für die „Charlottenburger Tageszeitung“, das Organ des Herrn Ströbber, zu zeichnen, zwei andre wurden erst dann auf die Kandidatenliste gesetzt, als sie sich mit 3000 bzw. 1000 Mark an diesem Blatte beteiligten. Auf diese Weise hofft Herr Ströbber allmählich auch den Magistrat sich gefügig zu machen. Die Herrschaft Ströbbers zu brechen, ist Ehrensache aller derer, denen das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt. In der dritten Wählerklasse muß er dem Ansturm der Sozialdemokratie weichen, in den ersten beiden Klassen wird er seine Herrschaft ja wohl noch einige Zeit behaupten. Doch scheint es, als ob allmählich seine eignen Leute sich von ihm abwenden. Schon wird offiziös sein Rücktritt „aus Gesundheitsrücksichten“ angekündigt. Es wäre ein wahrer Segen, wenn der Führer der Unpolitischen endlich von seinem Posten zurücktreten würde. Denn seitdem er in der Stadtverordneten-Versammlung schaltet und waltet, sind Fortschritte auf sozialem Gebiete nicht mehr zu verzeichnen. Die Charlottenburger Kommunalverwaltung, die einst an der Spitze der kommunalen Sozialpolitik marschierte, ist heute von andern Gemeinden längst überflügelt, der gute Ruf Charlottenburgs ist dahin. Mögen seine Anhänger noch so viel Lobeshymnen auf ihn singen, mögen sie ihn bei festlichen Gelagen noch

so sehr preisen, jeder unbefangene Beurteiler wird nur mit einem Gefühl des Bedauerns auf die Aera Ströbber zurückblicken.

In Teltow finden am Montag die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in der Stunde zwischen 5—6 Uhr nachmittags statt. Von sozialdemokratischer Seite ist Säuermeister Eustab Franke als Kandidat aufgestellt worden. Zwei Parteigenossen sind jetzt bereits in der kommunalen Körperschaft. Sade der sozialdemokratischen Wähler am Orte ist es, in intensiver Agitation dafür zu sorgen, daß auch diesmal die Wahlen mit einem Siege der Sozialdemokratie enden.

**Stadtverordneten-Wahlen in der Provinz.** Bei den Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung in Potsdam mit großer Majorität die von dem konservativen Neuen Wahlverein, den patriotischen Vereinen, dem Reformverein, dem Haus- und Grundbesitzerverein und den Bezirksvereinen gemeinsam aufgestellten Kandidaten gegen die Kandidaten der Sozialdemokratie, welche leider sogar einen Rückgang an Stimmen gegen die letzten Stadtverordneten-Wahlen zu verzeichnen hatten. Von dem liberalen Bürgerverein waren diesmal keine Kandidaten aufgestellt. In Rathenow siegten mit geringer Mehrheit die bürgerlichen Kandidaten über die Sozialdemokraten.

**Einen Vorstoß gegen die Reaktion** unternahm unsere Spandauer Parteigenossen mit einem Antrage, den sie in der dortigen Stadtverordneten-Versammlung einbrachten und der die Vorbereitung einer Petition an den eben gewählten Landtag fordert, in welcher um eine zeitgemäße Reform der preussischen Städte-Ordnung durch Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts, des Hausbesitzer-Privilegiums, des Bestätigungsrechts der Regierung bei Besetzung gewisser Posten in den Kommunen, Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts usw. ersucht werden soll. Es ist allerdings sehr zweifelhaft, ob dieser Antrag bei den überwiegend konservativen Stadtverordneten die nötige Gegenliebe finden wird, für alle Fälle aber veranlaßt dieser Antrag die bürgerlichen Stadtväter, Farbe zu bekennen. Im besonderen dürfte der Antrag den — liberalen Stadtverordneten gewiß „sehr willkommen“ sein, hat doch ihr Landtagskandidat, Herr Naumann, im Verlauf des letzten Wahlkampfes sehr energisch die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Städte-Ordnung im fortschrittlichen Sinne, betont. Die Zustimmung zu diesem Antrage wird aber auch den Spandauer Stadtverordneten deshalb besonders leicht gemacht, weil der neue konservative Landtags-Abgeordnete für Spandau-Dishabelland, Herr Lübecke, welcher auch Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung ist, dann sofort Gelegenheit bekäme, ein wirklich verdienstvolles Werk zu thun, indem er diese Petition so thätig als möglich vor dem Abgeordnetenhaus vertritt.

## Gerichts-Zeitung.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II hatte sich gestern der Gerichtsbollzieher Hannig wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Fälschung amtlicher Listen zu verantworten. Er war geständig, 3300 M. Gerichtskosten, die er von verschiedenen Kostenschuldnern im Wege der Zwangsvollstreckung einzuziehen hatte, an die Gerichtskasse nicht abgeführt und in die amtlichen Listen falsche Eintragungen gemacht zu haben. Während die Anklage davon ausging, daß der Angeklagte ein stotteres Leben geführt und die fehlenden Beträge in seinem Ruhezverwendet habe, behauptete dieser, daß er im April vorigen Jahres 2000 M. in Reichsbanknoten auf unerklärliche Weise verloren habe. Um diesen Punkt drehte sich fast die ganze Beweisnahme. Auf Antrag des Rechtsanwalts Leop. Meyer I als Verteidiger des Angeklagten wurde ein Bruder des letzteren vernommen, der behauptete, daß in der That der Angeklagte eines Tages im April vorigen Jahres in großer Aufregung zu ihm gekommen sei und ihm unter Thränen mitgeteilt habe, daß er auf seinem Dienstwege 2000 M. in Papier verloren habe. Er wolle dies seiner vorgesetzten Dienstbehörde nicht anzeigen, weil er hierdurch den Verlust seiner Stellung befürchte. Der Zeuge hatte an der Richtigkeit dieser Mitteilung seines Bruders seinen Augenblick geäußert und ihm sogleich 700 M. zur teilweisen Deckung des Verlustes gegeben. Der Verteidiger hat die Geschworenen, den Angeklagten durch Bewilligung mildernder Umstände vor dem Justizhause zu bewahren. Die Geschworenen erklärten das Vorliegen mildernder Umstände an, worauf der Staatsanwalt ein Jahr drei Monate Gefängnis beantragte. Der Verteidiger beantragte eine mildere Strafe unter Hinweis auf den unerschuldeten großen Verlust, zu dessen Deckung der Angeklagte, lediglich zur Erhaltung seiner Stellung, einen Kriß in die Amtskasse gethan habe. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis.

**Eine verhängnisvolle Ohrfeige.** Die neue Schwurgerichtsperiode beim Landgericht I, die gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Penz ihren Anfang nahm, verhandelte eine Anklage wegen Mißhandlung mit tödlichem Ausgang gegen den Tischler Karl Patry. Am 11. August hatte der Angeklagte mit einem Werkstoffgen eine Pierreise unternommen. Sein Begleiter war der Möbelpolierer Geisler. Beide gerieten in eine Streitfällige Stimmung, als sie dem Alkohol gehörig zugesprochen. Geisler nannte den Angeklagten einen Esel, worüber dieser so erzürnt wurde, daß er dem Beschuldigten eine gewaltige Ohrfeige gab. Der Geschlagene, der ohnehin nicht mehr fest auf den Füßen stand, fiel um und schlug so heftig mit dem Kopf gegen den Zäpfstein, daß er einen Schädelbruch und einen Bluterguß ins Gehirn erlitt. Er ist am folgenden Tage verstorben. Der Staatsanwalt stellte den Geschworenen andem, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. In diesem Sinne lautete auch der Spruch der Geschworenen, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu acht Monaten Gefängnis, wovon drei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

**Bestrafter Ordnungsheld.** Am Tage der Reichstagswahl vollführte der Bauernratsbesitzer Stolp in dem holländischen Dorfe Dalgow eine ordnungsgewaltige Heldenthat ersten Ranges, indem er einen sozialdemokratischen Stimmgittelverteiler ohne die mindeste Veranlassung in roher Weise mit einem Knüttel mißhandelte und ihm mehrere Kopfverletzungen zufügte. Das Spandauer Schöffengericht ahndete diese Heldenthat mit einer Geldstrafe von 30 M.; auf die von dem Vertreter des als Nebenkläger zugelassenen Verletzten, Rechtsanwalt Dr. Diekmann, eingelegte Berufung erhöhte die Berliner Strafkammer die Strafe nun auf 60 Mark.

## Vermischtes.

Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Sie rebellieren weiter, die Halle'schen Geschworenen, über deren Aufsitzen gegen einen Amtsrichter wir gestern berichtet hatten. Heute nahmen sie es nicht bloß mit dem Staatsanwalt, sondern auch mit dem Gerichtshof des Schwurgerichts auf. Als der Gastwirt Anton Niemeck, der in der Nacht zum 1. Oktober seine Sachen mit Petroleum getränkt und dann angezündet hatte, wegen Brandstiftung angeklagt war, beantragte der geladene Sachverständige, Ingenieur Prof. Ziemle, den Angeklagten auf Grund des § 81 der Straf-Prozess-Ordnung zur Vorbereitung eines Gutachtens sechs Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes in einer Irrenanstalt unterzubringen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, der Angeklagte sei ganz gesund und auch das Gericht lehnte den Antrag ab, da es zu der Ueberzeugung gekommen war, daß der Angeklagte nicht nach § 81 des Strafgesetzbuchs in einem Zustande von Bewußtlosigkeit gehandelt habe. Der Staatsanwalt beantragte nun das Schuldig unter Verneinung mildernder Umstände. Der Verteidiger meinte, die Geschworenen könnten es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, unter diesen Umständen ein Schuldig auszusprechen. Als man so bis 1/2 Uhr abends verhandelt hatte, zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Sie kamen aber bald wieder und ließen durch ihren Demann kurz und bündig

erklären: Wir lehnen die Beantwortung der Schuldfragen ab. Eine Arbeitsverweigerung, wie sie im Buche steht. — Nummern mußte doch dem Antrage des Sachverständigen stattgegeben werden.

**Amerikanische und deutsche Damen.** Ein amerikanisches Kulturbild giebt die „Kölnische Zeitung“ in folgender Mitteilung: Die Vermählung der Frau Goebel, der reichsten amerikanischen Erbin, wie sie oft genannt wurde, mit dem Herzog von Koburg, rief wieder einmal den New Yorker Frauenpöbel zusammen. Die Trauung fand in der vornehmen St. Thomaskirche an der 5. Avenue und der 53. Straße statt, in der feinsten Gegend, denn an der 52. Straße stehen die Wanderspaläste und gegenüber an der 51. die St. Patrickskathedrale, das stolze kirchliche Bauwerk der Vereinigten Staaten. Ein Aufgebot von 200 Schulpflichtigen lud die 10 000 Menschen, meistens Frauen, die sich in den fünf Straßenvierteln zwischen der Goebelschen Residenz und der Kirche sammelten, in Licht zu halten. Mehrere Male gelang es dem Weibermob, die Postenkette zu durchbrechen. Der Wagen der Neudermählten wurde angehalten, die Weiber stiegen aufs Trittbrett und ließen sich halb n a c h s i e h e n, nur um das herzogliche Paar von Angesicht zu schauen. Von der Kirchentür führte ein Wandelgang aus Segelsteinwand nach der Fahrstraße; einer Anzahl von Frauen gelang es aber trotz des Polizei-Aufgebots, auf dem Boden kriechend unter die Leinwand zu gelangen und wenigstens den heisererhehten Anblick von unten zu erhalten; dabei wurde ein Frauenzimmer von einem derben Schuttmann am Fuß gepackt und wie ein widerstrebendes Ferkel von der Hand des Wehgers weggezerrt. Fünfzehn Frauen fanden ein Kellerloch unter der Kirche, zur Aufnahme der Knochen, und schlüpfen hinein, wo sie zwar nichts sehen, aber doch hören konnten, was oben in der Kirche vorging. Nach der Trauung stürzte die Menschenmenge in die Kirche und plünderte den ganzen Blumenstrauß. Nun, es war eben der New Yorker Janhagel, denkt der Leser. Allerdings Janhagel und Pöbel, aber von der amerikanischen Art, nämlich nicht Leute aus den ärmsten Klassen, die sich vielleicht auch einmal in Paris solche Ausschreitungen zu schulden kommen lassen, sondern Frauen aus den Mittelklassen, sagen wir sogar den besseren Mittelklassen. Es wird in den Berichten betont, daß die Frauen durchgehends sehr gut, vielfach ausgesucht gut gekleidet gewesen seien, und dies stimmt durchaus mit den Beobachtungen, die jeder Unbefangene machen kann, wo der amerikanische Mob in Tätigkeit tritt. Die schmachtvollen Auftritte vor dem Kapitäl in Washington bei der Einsegnung der Leiche McKinleys fielen ganz und gar einem Pöbel der besseren Mittelklasse zur Last. Bei den meisten Lynchereien sind die Führer sogenannte prominente Bürger.

Uns will scheinen, daß man nicht erst nach Amerika zu gehen braucht, um Beispiele für ein recht bedenkliches Benehmen von Damen der „besseren Klasse“ aufzuföhren. Auch bei dem jetzt beendigten Prozeß Stöcker konnte man erleben, daß elegante Damen aus dem Berliner Westen sich ihre kostbaren Pelze vom Leibe reißen, sowie ihre nicht minder wertvollen Hüte zerdrücken ließen, um nur ja die Sentation der Verhandlung zu genießen. Auch ist es fraglich, ob der Aufenthalt in der unweiten Stidluft des Karbidors und Verhandlungssaales in Noabit, wo diese sonst so peniblen Damen wochenlang aushielten, dem Aufenthalt im Hofstellers der New Yorker Kirche vorzuziehen ist.

**Schiffskatastrophen.** Wht auf Föhr, 20. November. In den Nacht vom Dienstag zu Mittwoch strandete bei Amrum eine norwegische Bark. Die Boote dieser Bark wurden auf Amrum angetrieben, drei Leichen wurden bisher von den Wellen ans Land gespült. Vom Schicksal der übrigen Besatzung ist bisher nichts bekannt. Das Schiff ist vollständig aufgebrochen und verloren. — Brunsbüttelerhafen, 20. November. Der holländische Dampfer „Anglia“, von Hamburg nach Rotterdam bestimmt, ist unterwegs untergegangen. Bei Vorkum wurden Leichen und Teile der Ladung angetrieben, wodurch der Untergang des Schiffes bestätigt wird.

**Unwetter im Rheinland.** Aus Düsseldorf, Essen, Siegen und andern Orten des Rheinlandes sind Mitteilungen über gestern vormittag dort niedergegangene Gewitter eingelaufen. In Dortmund herrschte starkes Sämegefüßer.

Der Rhein ist seit vorgestern in raschem Steigen begriffen. Der heutige Pegelstand beträgt in Köln 3,33 Meter gegen drei Meter am Mittwoch und 2,68 Meter am Dienstag.

## Verammlungen.

Der Verband der städtischen Arbeiter hielt am 19. November seine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab, welche sehr stark besucht war. Schuberl gab das einleitende Referat über die Entlassung der 93 städtischen Gasarbeiter wegen Beteiligung an den Landtagswahlen. Er ließ die Geschichtnisse der letzten Tage Revue passieren und wies nach, daß sowohl Verbandsvorstand wie Ortsleitung davon abgesehen hatten, die Arbeit niederzulegen. Zwar waren die Kollegen dieserhalb sehr erbittert, aber wer die Verhältnisse auch nur einigermaßen überschaute, mußte sich sagen, daß wir dem Magistrat keinen größeren Gefallen hätten thun können, als einen allgemeinen Gasarbeiterstreik wegen der Entlassung zu proklamieren, wie ein großer Teil der Gasarbeiter das gewünscht hätte. Gewiß konnte der Dirigent der Anstalt in der Danzigerstraße mindestens einige zur Wahl gehen lassen, aber die Arbeiter hätten sich nicht provozieren lassen sollen, denn die Folgen eines Gasarbeiter-Ausstandes seien unübersehbar und hätten zum Schaden für die ganze Organisation führen müssen. Gewerkschaftskommission wie Partei hätten die Unterstützung abgelehnt. Säubert empfiehlt eine Resolution, welche die Unterstützung der Entlassenen bezweckt. In lebhafter Diskussion sprachen eine Anzahl Gasarbeiter ihre Injuridenheit über das Verhalten des Dirigenten der Anstalt IV aus; man mußte aber zugeben, daß die Ortsleitung voll ihre Pflicht erfüllt und nicht anders handeln konnte. Die Versammlung billigte das Vorgehen des Kollegen Schuberl und nahm einstimmig die Resolution an. Von dem Referat über die Stadtverordnetenwahlen wurde der vorgerückten Zeit halber Abstand genommen. Dittmer wies in kurzen Worten auf die Bedeutung derselben für die städtischen Arbeiter hin. Es wurde ein Schreiben an den Magistrat beschlossen behufs Freigabe für die Wähler. — Eine Debatte über die Zulässigkeit von Extrasessoren und deren eventuelle Kontrolle durch den Präsidialrat erzielte bis nach Mitternacht die Gemüter. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsigende Fiedig die Versammlung.

## Eingegangene Druckschriften.

Dr. Arthur Kann, Naumburg, Preis 75 M. — Professor Dr. Hoffa, Ginnstadt und Kaffage als Heilmittel, Preis 50 M. — Professor Adolph Seeligmüller, Kopsfänger, Preis 1 M. — Sammlung zu beziehen im Verlag D. Coblenz, Berlin W. 30, Dersingerstraße 20.  
O. A. Bued, Soziale Reform, 31 Seiten, 3. October, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin 1903, Lühovstr. 107.  
Otto Alfred Bach, Eine rote Regierung, Ein Beitrag zu Lösung sozialer Fragen der Gegenwart, Preis 1 M. — Prof. Dr. Georg Adler, Franz Wehling als Historiker, Preis: 30 M. Beide erschienen im Verlag Witten u. Tischer, Kiel und Leipzig 1903.  
Klarstellung Deiner Arbeit, Ein Beitrag zur Frage der Operation ohne Einwirkung des Patienten, von Dr. med. F. Oberhart, 16 Seiten, Druck A. Bauer, Jöh.  
Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung des Centralvereins der Bühnener Deutschlands zu Berlin 1903, 63 Seiten, Druck von Kurt Rohen, Deutshtr. 2.  
Dr. Moris Mosberg, Erbliche Entartung bedingt durch soziale Einflüsse, Preis 80 M., Stahl und Leipzig 1903, Th. G. Fischer u. Co.  
Katalog der Bibliothek der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, 700 Seiten, Preis 1.— M., Berlin 1903, In Kommission bei Georg Reimer.  
Die freie Kratzwahl und ihre Gegner, von Dr. F. Schönheim, Leipzig, Adersmann u. Glaser.  
Die Urwälder und die Vereitigung der Kurpfuscherei, von Dr. A. Gerwald, Berlin W. 30, Verlag von Oskar Coblenz, Preis 50 M.

Neue Staatslehre von Anton Menger. Das Werk, das wir bei seinem Erscheinen im "Vorwärts" ausführlich besprochen haben, ist in einer zweiten billigen Ausgabe im Verlage von Gustav Fischer, Jena, erschienen. — Preis 2 M., gebunden 2,60 M.

Wicht. Rheumatismus und Gichtweh. (Schmerz) Ursachen, Behandlung und naturgemäße Heilung. Von Dr. Kollega, Verlag von Edmund Demme, Leipzig. Preis 75 Pf.

Paul Louis. Les Étapes du Socialisme. 357 Seiten. Paris 1903. Bibliothèque-Charpentier-Eugène Pasquelle, Editeur, 11 Rue de Grenelle.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder Anfrage ist die Abonnements-Liturgie beizulegen und mitzutheilen, unter welcher Chiffre Antwort erwartet wird. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Nr. 73. 1. Majorat bedeutet das Recht des Kellers in der Erbfolge. 2. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. 3. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. 4. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. 3. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Verträge sind die 150 M. für die Dauer von nur sechs Wochen garantiert, nicht für die überstehende Zeit. 3. Ein Abzug findet nicht statt. — Diebstahl. 1. Nr. 2. Verhaftung ist keineswegs erforderlich, wenn die Strafe keine hohe ist. — Rudolf. Schulstrafe. 1. Der Zahlungsbefehl ist vollstreckbar und rechtskräftig. Er kann also sofort vollstreckt werden.

2. Falls der Betrag nicht das Gegenstück befreit, bedürfen Sie zur Abmilderung der Umwidmung des Wertes. — R. 16. Sie müssen ein Zeugnis Ihres Heimatlandes darüber besitzen, daß Ihrer Heirat nach dortigen Gesetzen nichts im Wege steht. Denken Sie sich an Ihren Gehelbten.

— Paul R. Ob in Ihrem Falle eine Privatklage Erfolg haben wird, ist recht zweifelhaft. Wie eine Privatklage wegen Beleidigung anzufilehen ist, erfahren Sie aus dem in den öffentlichen Verwaltungen ausliegenden "Rechtswort" S. 103 und 400. — Ferner. Das parteiunabhängige Taubensingenrecht ist aufrecht erhalten. Ihre diesbezügliche Frage läßt sich nur beantworten, wenn Sie den Vorfall näher schildern, insbesondere angeben, wo er sich ereignet hat und ob der Mann, dem die Tauben fortgenommen sind, Acker besaß. — C. S. Ja. — J. G. 48. Rein. — Z. 300. Ob eine Klage seitens der Staatsanwaltschaft erhoben ist, läßt sich aus Ihren Darlegungen nicht entnehmen. Es ist unwahrscheinlich, Fragen Sie bei der Staatsanwaltschaft direkt an. Die Verjährungsfrist beträgt 5 Jahre. — S. S. 15. Ist vereinbart, daß die Vorschriften des alten Vertrages bestehen bleiben, so sind Sie im Recht. Ist solche Vereinbarung nicht getroffen, liegt vielmehr Vereinbarung monatlicher Kreiszahlung vor, so ist der Satz im Recht. — W. W. 39. Wenden Sie sich schleunigst an die Schuldenverwaltung. — 100 M. Welche Rechte oder Pflichten aus einem Verträge folgen, ist ohne Einblick in denselben nicht zu beantworten. — Weigelt. Sie müssen sich an die Vollstreckungsbehörde des Ortes wenden, an dem Sie Strahlgeldhandeln treiben wollen. — W. W. Rein. — Parteigenosse Brunner. 1. und 3. Rein. 2. Ja. 4. Vollstreckungsbehörde (in letzter Instanz Ober-Verwaltungsgericht). — A. M. Fr. Eine Klage zum 1. April ohne Zustimmung des Richters ist rechtsunwirksam. Es muß spätestens bis am 27. Juni zum 1. Oktober 1904 gefordert sein, sonst verlängert sich nach Anhalt des Vertrages dieser bis zum Oktober 1905. — S. S. Ja. — Väter 1764. Wenden Sie sich lediglich darauf, daß Sie nur die nach dem Vertrag Ihnen obliegenden Verbindlichkeiten zu erfüllen haben und daß zu diesen Verbindlichkeiten nicht gehören. — Fegeer. Scheinverträge sind unzulässig und können strafbar sein. Hat zur Abfassung von Schein- oder Scheinungsverträgen zu erteilen, lehnen wir ab. — Gorges. Rein. — C. S. 77. Wenn Sie nicht sofort nach Empfang der Ware reklamieren haben, werden Sie zur Zahlung verurteilt. — Genoss 10. 1. Die Aufforderung des Bruders ist gleichgültig. Wollen Sie andere Gegenstände pfänden, so muß erst der Pfändungs- und Verwertungsbeschluss aufgehoben werden. 2. Gehört zu Gubin. — R. 3. 160. Aus Ihrer Anfrage ist nicht ersichtlich, ob Sie die Mutter des Kindes geheiratet haben oder nicht. Ergänzen Sie Ihre Anfrage nach dieser für die

Antwort erheblichen Richtung hin. — Z. 2. 1884. 1. Rein. 2. und 3. Ja. — Z. 2. 38. 1. Sie können den ganzen Sachverhalt der Staatsanwaltschaft schildern und Verhaftung verlangen. 2. Rein und wie zu 1. — Z. 2. 68. Rein. — 777. Ihren Geburtsort müssen Sie dem Standesbeamten mitbringen und eventuell den Sachverhalt darlegen. — Z. S. 1. und 2. Rein. 3. Durch mindestens zweijährigen ununterbrochenen Aufenthalt ohne Unterbrechung wird eine Unterbringungsmöglichkeit erworben. — Caprivier. 4. Hierzu sind Sie gleichfalls verpflichtet. — Lotto 37. In zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Schuld entstanden oder zuletzt anerkannt ist, verjährt eine Forderung. — G. R. Corneliusstraße 3, nur bis 9 Uhr morgens. — G. S. 1. In der Regel nicht; es hängt das vom Inhalt ab. 2. Wenn Sie Erbin ohne Vorbehalt geworden ist, ja. — W. W. 41. Darüber gibt es keine gesetzlichen oder statistischen Vorschriften. — J. S. 600. In der Uebernahme des Geschäftes unter den von Ihnen geschilderten Umständen kann eine strafbare Handlung erblickt werden. — Z. S. 42. Ein ordentliches Verfahren muß gefordert werden. Leider erscheint aber die Klage aussichtslos, da dem Hauswirt kein Verschulden zur Last fällt. — Defau. Wahrscheinlich ist ein Verstoß in Ihrem Sinne ergangen. Wenden Sie sich direkt an das Schiedsgericht (schriftlich oder mündlich) mit dem Ersuchen um Auskunft. — Wärten, Rixdorf. 1. Rein. 2. Wenn die Frist noch nicht verfallen ist, ja. — Chr. Gruben 1. 1. Die Darlegung war damals zutreffend. Die heutige Rechtslage finden Sie in der Ausgabe von 1900, S. 137. 2. Ja.

Witterungsübersicht vom 26. November 1903, morgen 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. U., Stations, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. U.

Wetter-Prognose für Freitag, den 27. November 1903. Ein wenig kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Theater. Freitag, 27. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyranus, Samson und Dalila. Schauspielhaus. Wie die Alten lungen.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Um 8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: „Die Metalle der Erden.“

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Liebel. Schauspiel in 3 Akten von A. Schnitzer. Hierauf: Litteratur. Lustspiel in 1 Akt v. Arthur Schnitzer.

Cirkus Busch. Freitag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr: Nur noch 5 Tage: Heliot, Löwenbraut. Nur noch kurze Zeit: Paul Müldners Todessprung.

Sanssouci. Rottbuser Thor — Stat. der Hochbahn. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Sonnabend, 28. November: Wohlthätigkeits-Vorstellung.

Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62. CASTANS PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Indianer-Riese. Alanko Karoo. Die zusammengewachsenen Leber- und Schwestern! Lobend.

ALT - CHINA Kunst-Ausstellung. LEIPZIGER-STRASSE 12. Täglich geöffnet 10-8. Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Cirkus Schumann. Heute Freitag, den 27. November 1903, abends 7 1/2 Uhr: Gr. ausserordentliche Gala-Vorstellung zum Besten der unterzeichneten Krieger-Zanitäts-Kolonie vom Roten Kreuz Berlin und des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz.

Berliner Prater-Theater. Kottbuscher Allee 7-9. Freitag, den 27. November 1903: Bernhard Rose-Theater-Ensemble. Um Ehr' und Liebe.

Glas-Christbaumschmuck! Wer seinen Kindern zu Weihnachten eine Freude bereiten will, der laufe ein Nütchen des von unsren Genossen angefertigten gold- und silberglänzenden Christbaumschmucks.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Zum erstenmal: So ist das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater. Zum 50. Male: Frühlingsluft. Operette in 3 Akten u. weiß. Rot. Strauß. Am 3. Akt: Blütenhochzeit.

Zum 90. Male. Deutsch-Amerikanisches Theater. 67 Köpenickerstr. 68. Uebergrassenreich. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater. Direction: Robert Dill. Brunnenstrasse 10. Hamlet. Prinz von Dänemark.

Guido Müller jr. Vansche, Z.-M. Agitationsmaterial! 215 billiges und wirksames Agitationsmaterial empfehlen wir: 100 Exemplare zu M. 7, 500 zu M. 25.

Central-Theater. Heute 7 1/2 Uhr: 11. Abonnements-Vorstellung. Das süße Mädel.

Metropol-Theater. Durchlaucht Radieschen! Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.

Passage-Theater. Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Die 1. Excentric-Tänzerin der Welt. Pertina.

Biscotte. Anfang 8 Uhr. Sonntagnachmittag: Die Notbrücke. W. Noacks Theater.

WINTERGARTEN. Nur noch wenige Tage: Saharel australische Tänzerin. Emil Sondermann Humorist vom Central-Theater, Berlin.

Reichshallen Stettiner Sänger. Sonntag: 8 Uhr. Montag: 7 Uhr.

Luisen-Theater. Anfang 8 Uhr. Der Widerspenstigen Zähmung. Sonnabend: Die Jungfrau von Orleans.

Belle-Alliance-Theater. Belle-Alliancestr. 7-8. Los vom Manne! Schwan in 3 Akten von B. Jacoby und A. Hippelich.

Casino-Theater. Letzte Woche: Berliner Nachtasyl. Letzte Woche: Gastspiel Kapitän Martens zc.

Fröbel's Allerlei-Theater. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Jeden Sonntag 5 Uhr: Grosse Extra-Vorstellung der besten Nummern.

Café Schurig. Oranienstr. 144, a. Moritzplatz. 5 Billard-Saal: 5 Billards (Neubusen mit Kerka-Bande) a Stund 4 u. 60 Pf.

Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau. Oranienstrasse 30, Ecke Adalbertstr. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmuckgegenstände zu bill. Preisen.

Residenz-Theater. Direction E. Lautenburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Das grosse Geheimnis. Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Wohlthätigkeits-Vorstellung, veranstaltet vom Johannitus O. Die Schule des Lebens.

Palast-Theater Feen-Palast. Burgstr. 22. Elite-Extra-Vorstellung. Mutter und Sohn. Schauspiel in 5 Akten v. G. Dieck-Bleffer.

Rönigstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. 12. Franz Sobanski, Geschw. Lehmann, C. Groth, L. Durand, La Traviata, Lesardo und Trepp.

Reichshallen Stettiner Sänger. Sonntag: 8 Uhr. Montag: 7 Uhr.

Rohtabak 181 Adolph Buhl 181 Brunnenstraße.